Nr. 4/1994 9. Jahrgang Einzelpreis 7 DM 1P 4356 F

die randschau

Zeitschrift für Behindertenpolitik

SCHWERPUNKT

DIE LINKE UND BEHINDERUNG

"Jede Revolution beginnt mit einem Auflauf", so heißt es in der Fernsehwerbung. Die Redaktion nahm sich diesen Spruch zu Herzen und servierte zum Redaktionswochenende, statt Nudelsalat, einen Gemüseauflauf und harrt seitdem der Dinge, die da kommen mögen.



Statt des wohl kurz bevorstehenden Großereignisses, der gewaltigen gesellschaftlichen Umwälzung, geben wir uns zunächst auch mit den kleinen Freuden des Lebens zufrieden und können erfreut vermelden, daß das Projekt 'die randschau' mit dieser Nummer auf der Schwelle zum Zehnjährigen steht. Zum Vergleich: Auch die ruhmreiche Sowjetunion wurde kaum älter als siebzig Jahre.
Immer noch ist das Projekt nicht richtig erwachsen und die Redaktion bemüht sich stetig, das dies auch in Zukunft so bleibt.
Die LeserInnen sind aufgefordert uns mit geeigneten Geschenken zu überhäufen und uns so ihrer Unterstützung zu versichern. Geld- und Sachspenden könnt Ihr direkt an unseren Herausgeber schicken. Briefe, Karten und Telegramme mit den üblichen Glückwünschen, nimmt jede Polizeidienstst... äh, Quatsch, Redaktion (s. Impressum) entgegen. Sachdienliche Hinweise auf den Wert der 'randschau' für ihre LeserInnen sind ebenfalls willkommen.
Und merke: Geburtstagsfeierlichkeiten sind ohne Süßwaren überhaupt nicht auszuhalten (bitte auf das Verfallsdatum achten!). Und wo wir gerade beim Feiern sind, gefeiert werden soll natürlich auch. Unsere Überfliegerpläne



von einer Mammutveranstaltung haben wir jedoch zwischenzeitlich auf Eis gelegt. Gefeiert werden soll im kleineren Stil und zwar in der Jugendherberge in Melsungen (wenn alles klappt) Ende April/Anfang Mai im Rahmen des Familienkreises. Wer immer von unseren LeserInnen, AutorInnen und UnterstützerInnen ebenfalls kommen möchte, ist natürlich herzlich eingeladen. Um frühzeitige Anmeldungen wird gebeten, genaueres dann in der Nr. 1/95.



Die versprochene Revolution läßt zwar noch auf sich warten: Jedoch ist die Redaktion anscheinend auf dem besten Wege zum 'Held der Arbeit' gekürt zu werden. Immer mehr RedakteurInnen befinden sich in Lohn und Brot, 'die randschau' wird immer mehr zum Feierabendprojekt. Für die meisten von uns bedeutet dies zwar nur Arbeit auf Zeit, aber unsere Arbeitslosenstatistik läuft dem Bundestrend derzeit völlig entgegen. Das heißt natürlich weniger Zeit für das Projekt, obwohl wir glauben, durch bessere Organisation das Chaos klein halten zu können und so auch das zehnte Jahr sicher zu überstehen. Die Themen-Planung fürs näxte Jahr findet ihr gleich rechts.



Für das nächste Jahr haben wir uns viel vorgenommen: Außer dem Warten auf die Revo (Ja, wann kommt sie denn nun???) werden wir der 'randschau' ein neues Outfit spendieren. Zwar hatten wir uns erst überlegt jedem und jeder neuen AbonnentIn eine Lupe zum Entziffern der Kleinstschrift beizulegen, sind aber aus Kostenerwägungen davon abgekommen. Die Kritik, die von uns verwendete Schriftgröße sei wirklich kaum lesbar, finden wir durchaus berechtigt. Jedoch ist es kaum möglich die gleiche Fülle an Texten mit einer größeren Schriftgröße auf der gleichen Anzahl von Seiten unterzubringen. Bisher scheitert eine größere Schrift, wie so Vieles, am mangelnden Finanzen.
Aber: Das wird spätestens nach der großen gesellschaftlichen Umverteilung ganz anders (bis dahin sind wir auf Leute mit Geld angewiesen, die von Zeit zu Zeit was rüberücken).

DIE REDAKTION

Inhalt

die randschau



REDAKTIONSSCHLUSS FÜR DIE NR. 1/95 IST DER 20. JANUAR 1995
SCHWERPUNKTE:
-Selbstbestimmung
-10 Jahre 'die randschau'

Jahresplanung 1995

Während Ihr in dieser Nummer blättert, haben wir uns Gedanken darüber gemacht, was uns und Euch im nächsten Jahr erwarten wird. Die Planung der Schwerpunktthemen für 1995 hat uns fast keine Arbeit gemacht, die Themen liegen ja praktisch auf der Straße. Die Umsetzung wird uns wohl umso mehr in Arbeit stürzen, deshalb ist jede/r von Euch aufgefordert - bei Interesse - Beiträge, Fotos, Vorschläge, etc. mit einzubringen, uns Texte zu schicken, usw. Redaktions-Adressen siehe Impressum

Nr. 1/95
Schwerpunkte: **'Selbstbestimmung' / 10 Jahre 'die randschau'**
Redaktionsschluß: 20.1.1995 !!!!!!
Verantwortl.: Ursula Aurien/Jörg Fretter

Nr. 2/95
Schwerpunkt: **'Therapie'**
Red.schluß: 20.4.1995
Verantwortlich: Ulrike Lux

Nr. 3/95
Schwerpunkt: **Krüppel kunst & Kultur**
Red.schluß: 20.7.1995
Verantwortlich: Thomas Schmidt

Nr. 4/95
Schwerpunkt: **behinderte Männer**
Red.Schluß: 20.10.1995
Verantwortlich: Volker van der Locht

Der jeweilige Redaktionsschluß ist der jeweils letzte Abgabetermin!!! Bitte bem Übersenden von Texten unbedingt beachten!!!

Zentrum für Selbstbestimmtes Leben in Wien gegründet

Wir sind die besten ExpertInnen in eigener Sache. Nach dem Motto und Vorbild der internationalen Selbstbestimmt-Leben-Bewegung wurde in diesem Jahr das erste österreichische **Zentrum für Selbstbestimmtes Leben, BIZEPS**, eröffnet. Zu finden ist es in der **Juchgasse 27, 1030 Wien. Telefon und Fax: 0043/1/715 35 54**

Erstes Archiv zum Thema Frauen mit Behinderung

Das erste Archiv zum Thema "Frauen mit Behinderung" ist seit Anfang 1994 **beim Hessischen Koordinationsbüro für behinderte Frauen** eingerichtet worden. Z. Zt. gibt es ca. 350 deutsch- und englischsprachige Veröffentlichungen, die nach Absprache einsehbar sind. Es können auch Kopien von Artikeln und Aufsätzen zu verschiedenen Themenbereichen angefordert werden.
Das Archiv lebt von der Mitarbeit der Benutzerinnen. Um den Bestand ständig erweitern zu können, sind Literaturhinweise und Kopien von Artikeln zum Thema dringend erwünscht! Unter dem Titel **"Angesagt"** gibt das Koordinationsbüro zweimal im Jahr eine **Zusammenstellung von Veranstaltungshinweisen** zum Thema "Frauen mit Behinderung" heraus. Die zweite Ausgabe soll im März 95 erscheinen. Redaktionsschluß für entsprechende Hinweise ist am 15. Februar 1995.
Hessisches Koordinationsbüro für behinderte Frauen, z. Hdn. Birgit Schopmans, Werner-Hilpert-Str. 8, 34117 Kassel, Tel. 0561/713387 Fax 0561/713132

"Durchhalten, Dranbleiben. Und sich trauen.

Lebenssituationen und Alltagserfahrungen behinderter Frauen", das ist das Thema einer Broschüre, die von Sigrid Arnade erarbeitet und im Juli 94 vom Hessischen Ministerium für Frauen, Arbeit und Sozialordnung herausgegeben wurde. Die Themenkomplexe konzentrieren sich um die familiäre und berufliche Situation behinderter Frauen, sexuelle Gewalt, Assistenz bzw. Gewalt durch Abhängigkeit von Assistenz. Zu finden sind eine Fülle von Hinweisen, Tips, Adressen, Anlaufstellen, Kontaktpersonen und Seminarangeboten. Die Broschüre ist kostenlos erhältlich beim **Hessischen Ministerium für Frauen, Arbeit und Sozialordnung, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Dostojewskistr. 4, 65187 Wiesbaden. Eine Kassettenversion ist bereits in Arbeit.**

Berliner Senat entdeckt behinderte Frauen

Unter dem inzwischen nicht mehr ungewöhnlichen Motto "unbeschreiblich weiblich" veranstaltete die Berliner Senatsverwaltung für Arbeit und Frauen am 14. Oktober 94 eine Fachtagung zur Situation behinderter Frauen in Berlin. Behinderte Menschen müssen stärker als bisher unterstützt werden, ihr Leben selbst zu bestimmen, befand die zuständige Senatorin Christine Bergmann. Das Berliner Arbeitsmarktprogramm und viele Förderinstrumente seien bereits auf Frauen zugeschnitten. Behinderten Frauen müsse jedoch mehr als bisher ermöglicht werden, erwerbstätig zu sein. Positiv machte sich das Konzept der Tagung bemerkbar: Hier wurden nicht

PflegeverUNsicherung

Am 1. Januar 1995 tritt die neue Pflegeversicherung in Kraft, ab 1. April 1995 wird die (Mit-)Finanzierung der Leistungen im ambulanten Bereich anlaufen. 'die randschau' will Transparenz schaffen und im nächsten Jahr kontinuierlich darüber berichten, welche Auswirkungen die Pflegeversicherung in den einzelnen Städten und Gemeinden für die Betroffenen hat.
Dabei sind wir dringend auf Eure Mithilfe angewiesen! Wir bitten um die Zusendung von Infos aus der "Praxis", von verwaltungsmäßiger Umsetzung und nicht zuletzt von Euren persönlichen Erfahrungen mit den Auswirkungen.
Zuschriften an die Redaktion Mannheim, Martin Seidler, Am Weingarten 2/3, 68169 Mannheim, Tel.: 0621 / 30 49 54

kurz & bündig

Sich selbst "Krüppel" zu nennen, ist etwas anderes als als solcher bezeichnet zu werden. In einem Hörfunkbeitrag im WDR hatte ein Autor den Begriff in Bezug auf behinderte Sportler benutzt und sich anläßlich der darauf folgenden Kritik von Bonner Behinderten auf eine Bewegung berufen, die den Begriff "Körperbehinderter" als verlogen ablehne.



Im Kölner Zentrum für selbstbestimmtes Leben wurde im Juli das **Forum behinderter BeraterInnen gegründet.** Es orientiert sich am Prinzip des Peer Counselings. Zum Sprecher wurde Matthias Rösch vom mainzer Zentrum für selbstbestimmtes Leben gewählt. Tel. 06131/395429 od. 365243.



Die **Übersetzung des Peer Counseling Training Programs des Center for Independent Living in San Fancisco ist im Mai in 2. und erweiterter Auflage** erschienen. Erhältlich für 10,- DM + 3,- DM Porto beim ISL-Büro, Kurt-Schumacher-Str. 2, 34117 Kassel.

★

Vergleichende Untersuchung über Texterkennungssysteme (Scanner) für Sehbehinderte und Blinde soll Hilfe anbieten bei der Auswahl des am besten geeigneten Systems. die Untersuchung wurde gefördert von der Hauptfürsorgestelle Hamburg. Der Bericht ist auch als Diskettenversion erhältlich bei: AfB GmbH (Arbeitspädagogik und Arbeitsplatzgestaltung für Behinderte), Richardstr. 45, 22081 Hamburg. (BAR-Information 3/94 v. 26.8.94)



Die Kassenärztliche Vereinigung und die Hildesheimer Bezirksstelle der Ärztekammer Niedersachsen trauern um den "verehrten Kollegen" Endruweit. Ob ihr ehrendes Gedenken Endruweits Rolle als "Euthanasie"-Arzt im Nationalsozialismus mit einschließt, sagen die "Kollegen" nicht. 1967 hatte das Landgericht Frankfurt Endruweit der Beihilfe zur Ermordung an mindestens 2250 geistig behinderten Menschen überführt und auch gleich freigesprochen: er habe das Unerlaubte seines Tuns nicht erkannt. Nach erneuten erfolglosen Verhandlungsversuchen 1971 und 1986 wurde das Verfahren am 16. Oktober 1990 endgültig eingestellt, auf Kosten der Staatskasse.



Informationsbroschüre "Europäische Union - Chancen für Behinderte". Die Broschüre gibt Auskunft über alle im Rahmen von HORIZON geförderten Projekte. Da noch keine Ergebnisse vorliegen, werden die Konzepte der verschiedenen Vorhaben vorgestellt. Ein umfangreicher Serviceteil umfaßt Adressen, Telefonnummern und AnsprechpartnerInnen.
Gegen 5, DM in Briefmarken zu bestellen bei: **Nationale Koordinierungsstelle HORIZON, Endenicher Str. 125, 53115 Bonn.** (BAR-Information 3/94 v. 26.8.94)

theoretische Erkenntnisse der Verwaltung über behinderte Frauen referiert, sondern handfeste Erfahrungen, Erkenntnisse und Forderungen behinderter Frauen von ihnen selbst vorgestellt. Das Spektrum reichte von der statistisch untermauerten Diskriminierung bis zur ironischen Darstellung der vielfältigen "kleinen" Unterschiede, was wohl vor allem bei zahlreichen behinderten Frauen selbst schmunzelndes Wiedererkennen auslöste. Die Referentinnen Andrea Schatz, Sigrid Arnade, Karin Wolski, Jutta Rütter, Petra Stephan, Angelika Fumagalli, Christiane Ruppert und Anneliese Mayer brachten den anwesenden *behinderten* Frauen nichts Neues. Zu hoffen ist aber, daß die Vorträge den Vertreterinnen der verschieden Verwaltungsbereiche, aus Behindertenverbänden, Frauenorganisationen und dem Hochschulbereich in Erinnerung bleiben und für die Zukunft in den oft festgefahrenen Verwaltungsstrukturen Möglichkeiten zur Veränderung schaffen. Vielleicht verhinderte das Selbstbewußtsein der Referentinnen und ihre Sachkometenz den Ausdruck der sonst so häufig vorzufindenden "Betroffenheit" im Publikum. Darum ist es auch nicht schade. Doch die Frage bleibt, warum eigentlich (fast) niemand etwas wissen wollte, keine Einwände geltend machte; die Forderungen waren offensiv genug. So bleibt doch ein wenig der Vedacht, daß etliche beruflich mit dem Thema Frauen und/oder Behinderung Befaßten die Tagung nicht als eine Möglichkeit der Auseinandersetzung, sondern einfach als einseitig zu nutzende Informationsquelle begriffen. Der Raum für Fragen und Diskussionen blieb ungenutzt. Schade, denn die Gelegenheit wäre günstig gewesen.



KASSELER BEHINDERTENBEIRAT

In Kassel wurde der **erste hessische kommunale Behindertenbeirat gewählt.** Er besteht aus 15 Mitgliedern und soll zu Belangen, die Behinderte betreffen, gehört werden, muß aber nicht. Der Beirat kann Vorschläge unterbreiten, zu denen sich die Kommune innerhalb von 6 Wochen äußern muß. Umstritten war im Vorfeld das Verfahren: die Behindertenorganisationen forderten eine gewählte Interessenvertretung, der Magistrat wollte die Beiratsmitlieder lieber ernennen, Auch, daß nur Behinderte Beiratsmitglieder werden können, hatte zu Kontroversen geführt. Für die Geschäftsführung ist nach langem Tauziehen nun eine halbe Stelle vorgesehen. (Kontakt: Kasseler Behindertenbeirat, Magistrat der Stadt Kassel, Rathaus, Kassel)

Die **Arbeit der kommunalen Behindertenbeiräte** ist auch das Thema einer **Fachtagung** am 3. Dezember 94 **in Hanover**, zu der der niedersächsische Behindertenbeauftragte einlädt.
Nach dem Vorbild des hessischen Netzwerkes wollen sich jetzt auch **behinderte Frauen in Niedersachsen** zu einem **Netzwerk** zusammenschließen. Zur Gründungsversammlung soll für Januar 95 eingeladen werden, ebenfalls über den niedersächsischen. Behindertenbeauftragten(Adresse: Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 2, 30159 Hannover).

WEIßBUCH DER EU-KOMMISSION ZUR SOZIALPOLITIK VERABSCHIEDET

Auf der Grundlage des Grünbuchs "Die Zukunft der europäischen Sozialpolitik - Weichenstellung für die Europäische Union" verabschiedete die EU-Kommission im Juli 94 das Weißbuch "Europäische Sozialpolitik - Ein zukunftsweisender Weg für die Union". Aufgezeigt werden die Vorstellungen zur Entwicklung der Sozialpolitik für den Zeitraum von 1995 bis 1999. Angesichts der Ausgrenzung großer sozialer Gruppen sieht die Kommission Handlungsbedarf. Gefordert seien Maßnahmen gegen Armut und soziale Ausgrenzung und zur Integration behinderter Menschen. Hervorgehoben werden der Europäische Sozialfonds, die HORIZON-Initiative und das HELIOS-Aktionsprogramm. Darüberhinaus sollte "bei der Überarbeitung der Verträge die Einführung einer ausdrücklichen Erwähnung der Bekämpfung von Diskriminierung aufgrund von Rasse, Religion, Alter und Behinderung ernsthaft erwogen werden". (BAR-Information 3/94 v. 26.8.94)

ERHÖHUNG DER AUSGLEICHSABGABE DER "FALSCHE WEG"?

Mit seiner Forderung, die Ausgleichabgabe mindestens zu verdoppeln, trat der rheinland-pfälzische Landesbehindertenbeauftragte Klaus Jensen kräftig ins Fettnäpfchen, so sehen das jedenfalls CDU und FDP. Pro Haushaltsjahr muß Rheinland-Pfalz 1,5 Mill. DM auf den Tisch legen, weil es die Pflichtquote zur Einstellung behinderter Menschen nicht erfüllt. Angesichts einer möglichen Verdoppelung sieht Franz Josef Bischel, CDU, rot: Ob dadurch mehr Arbeitsplätze geschaffen würden, sei zweifelhaft. Sein FDP-Kollege Bauckhage leistet brav Schützenhilfe: Eine Erhöhung der Ausgleichsabgabe sei der falsche Weg, dadurch würden lediglich die Unternehmen zusätzlich belastet. Er plädiert dafür, die "Integration Behinderter in das Arbeitsleben ... flexibel und unbürokratisch" vorangetrieben werden müsse. Wie er sich das vorstellt, das hat Kollege Bauckhage allerdings nicht verraten.

AUSSTRAHLUNG VON UNTERTITELN FÜR HÖRGESCHÄDIGTE VERWEIGERT

Die rund 500 000 Hörbehinderten in Bayern haben trotz Aufnahme des Diskriminirungsverbots im Grundgesetz eine Abfuhr erhalten. Die Ausstrahlung von Untertiteln für einen von der bayerischen SPD produzierten Wahlspot anläßlich der Landtagswahl wurde nicht nur vom Bayerischen Rundfunk, sondern auch vom Verwaltungsgericht in München abgelehnt. Mit einer "fadenscheinigen" Argumentation, wie SPD-Landeschefin Renate Schmidt in einer Presseerklärung am 16.9.94 feststellt. Der Umgang des BR mit dem SPD-Wahlspot sei "skandalös und unerträglich".

U.a. hatte der BR argumentiert, eine Ausstrahlung mit Untertiteln verletze den Gleichheitsgrundsatz, weil die anderen Parteien diesen Antrag nicht gestellt hätten und bringe außerdem erhebliche technische Probleme mit sich.

FLENSBURG LÄßT GRÜßEN.

"Warum sollte ein urlaubsbedürftiger Nichtbehinderter kein Recht auf ungestörten Urlaub haben? ... Leider ist es so, daß Behinderte aus der Behinderung das Recht ableiten, sehr viel besser als andere behandelt werden zu müssen. Dadurch geraten sie schon wieder ins Abseits und erkaufen sich eine Sonderstellung." Weil sie keine "Sonderbehandlung" wünsche, lehnt die Verfasserin dieser Zeilen in ihrem Leserinnenbrief an die Süddeutsche Zeitung auch ein Antidiskriminierungsgesetz ab. Eigentlich müßte sie wissen, wovon sie redet, ist sie doch selbst Rollstuhlfahrerin und und kämpft nach eigenem Bekunden seit Jahren um Gleichberechtigung.
Frau Bauer aus München jedenfalls hat volles Verständnis für den Rausschmiß eines behinderten jungen Mannes aus seinem Urlaubsquartier in Aufkirchen im Landkreis Starnberg. Pensionswirtin Luise Brunnhuber hatte den körperlich und geistig behinderten Mann mit seinen zwei Assistenten nach einer Stunde "Aufenthalt" wieder vor die Tür gesetzt. Sie betrachtete die Anwesenheit des behinderten Urlaubsgastes in ihrem voll belegten Haus als geschäftsschädigend. Ihr Haus stehe für "jede Art von Behinderten, Asylberwerbern, Ausländern oder Sozialfällen" offen, "soweit dies in einem zumutbaren Rahmen steht" (Süddeutsche Zeitung, 22.8.94). Sohn Brunnhuber ist sich mit seiner Mutter einig: "Mit sowas kann man nicht ins Hotel" (Süddeutsche Zeitung, 19.8.94). Es gäbe doch "Behindertenanstalten", in denen der junge Mann Urlaub machen könnte. Sohn Brunnhuber hat als Zivi mit Schwerstbehinderten gearbeitet. Vielleicht in einer solchen "Anstalt"?
Der behinderte junge Mann und seine Begleiter suchten sich ein neues Quartier im Bayerischen Wald. Die neue Wirtin sieht keinen Grund zu klagen. Für den Fremdenverkehrsverband Starnberger Fünfseenland ist Frau Brunnhuber keine Unbekannte. Ihre barsche Art habe schon häufig zu Beschwerden geführt. "Wir werden das Gästehaus künftig voraussichtlich nicht mehr in unser Unterkunftsverzeichnis aufnehmen" kündigte der stellvertretende Geschäftsführer Michael Drummer an.

SCHÜLERINNENSTREIK UND ZENSURENBOYKOTT GEGEN GEPLANTE TRENNUNG

"Wenn die Behinderten bei einem Schulwechsel nicht mit uns kommen können, dann werden Fünfen und Sechsen geschrieben, und wir alle wechseln zusammen auf die Sonderschule." (Elbe-Jeetzel-Zeitung 11.11.94) So faßt ein Lehrer die Haltung der SchülerInnen einer vierten Klasse an einer Bremer Schule zusammen. Bisher wurden in der Kooperationsklasse 17 nichtbehinderte und 5 geistig behinderte Kinder gemeinsam unterrichtet. Im kommenden Schuljahr jedoch, wenn der Übergang zur Sekundarstufe I ansteht, soll die Klasse auseinandergerissen werden. Im September war sie bereits in einen Streik getreten. Die Schulleitung hat zwar Verständnis geäußert, will aber den Zensurenboykott nicht dulden. Dabei sei es den SchülerInnen durchaus nicht leichtgefallen, absichtlich schlechte Noten zu schreiben, denn sie würden den Stoff beherrschen.
Trotz Unterstützung durch so prominente Namen wie Günter Grass und Wolf Biermann ist die gemeinsame Schulzukunft nach wie vor gefährdet. Aus Geld- bzw. Raummangel, wie es heißt.

KONGRESS-ERKLÄRUNG

"Ich weiß doch selbst, was ich will! - Menschen mit geistiger Behinderung auf dem Weg zu mehr Selbstbestimmung" - Duisburger Erklärung und Protest gegen Bioethik-Konvention "Wenn Politiker von Selbstbestimmung sprechen, heißt das nicht, daß sie damit Geld sparen können. Denn Selbstbestimmung heißt nicht, daß man ohne Hilfe lebt."
Am 1. Oktober 94 verabschiedeten 800 TeilnehmerInnen, darunter etwa 300 mit geistiger Behinderung, auf dem Lebenshilfekongreß die "Duisburger Erklärung". Die Erklärung wendet sich gegen Benachteiligung aufgrund der Behinderung, gegen Verwahrung in der Psychiatrie und Bevormundung durch BetreuerInnen oder Eltern. Gefordert wird die Wahlmöglichkeit für den Schulbesuch, für die Art und Weise zu leben und zu wohnen, mehr Mitbestimmung z.B. in der Werkstatt für Behinderte ("richtige Arbeitsverträge") und soviel Lohn, "wie man zum Leben braucht". Eine Dokumentation zum Kongreß ist in Vorbereitung.
Außerdem sprachen sich die TeilnehmerInnen des Kongresses und die Mitgliederversammlung der Bundesvereinigung der Lebenshilfe einstimmig gegen die Verabschiedung der geplanten Bioethik-Konvention des Europarates aus. Eingriffe an nicht zustimmungsfähigen Personen unter Verweis auf das Vorliegen "übergeordneter Interessen" seien "nicht nur Ausdruck eines Denkens, das behindertes Lebens als minderwertig ansieht, sondern ein eklatanter Verstoß gegen die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland". Es sei "dringend erforderlich, daß die Bundesregierung sofort dafür sorgt, daß die Verabschiedung der Bioethik-Konvention verhindert wird".
(zur Bioethik-Konvention vgl. auch die randschau 2/94, S. 39)

BREITER PROTEST GEGEN BIOETHIK-KONVENTION - UND EINE KURZE ATEMPAUSE BIS ANFANG 95

Nun haben wir endlich einmal aus der Geschichte gelernt und dann ist es auch nicht recht. In Sachen Bioethik sind die Deutschen - immer noch und gottseidank - sensibler als ihre europäischen Nachbarn. In keinem anderen dem Europarat angehörenden Land (es sind immerhin 32 und nicht zu verwechseln mit der Europäischen Union) stößt die geplante Bioethik-Konvention auf so viel Widerstand wie in Deutschland und umgekehrt das "deutsche Psachodrama" auf so wenig Verständnis. Eine Allianz quer durch alle politischen Lager, vom Genarchiv Essen, randschau über BAGH und Lebenshilfe, den Weltkongreß für Soziale Psychiatrie bis zu den katholischen Bischöfen, von der grünen Europaabgeordneten Hiltrud Breyer bis zu Justizministerin Leutheuser-Schnarrenberger, nicht zu vergessen eine internationale Initiative, bekundet Protest, wenn auch unterschiedlich motiviert. Die Bundesregierung sah sich allerdings wohl erst infolge des öffentlichen Drucks genötigt, unmittelbar vor der entscheidenden Beratung in der Parlamentarischen Versammlung im Europarat am 5.Oktober eine ablehnende Stellungnahme abzugeben und trug damit offenbar wesentlich zur (einstimmigen) Ablehnung bei. Nach erneuter Beratung im Wissenschafts-, Rechts- und Gesundheitsausschuß soll die Konvention im Januar 95 wieder auf der Tagesordnung stehen. Wieweit die kritisierten Bereiche - Experimente an nicht einwilligungs-

fähigen Personen im "übergeordneten Interesse", Embryonenforschung, Weitergabe genetischer Testergebnisse - wirklich aus der Konvention herausgenommen werden, bleibt abzuwarten. Eins ist sicher: Protest und Widerstand haben sich noch lange nicht erledigt. (Lese auch den 'Aktionsaufruf' auf der letzten Seite.)

HOLLÄNDISCHER ÄRZTEVERBAND DEMENTIERT "ENGEL DES TODES" - STAATSANWÄLTE ERMITTELN

Die Meldung, daß in den Niederlanden herumreisende Ärzte auf Abruf Sterbehilfe leisten (vgl. auch die letzte randschau), wird vom niederländische Ärzteverband KNBG empört zurückgewiesen, vom Generalinsektor für Volksgesundheit, Jan Verhoeff, dagegen bestätigt. Justizminister Ad Kosto hat inzwischen die Staatsanwaltschaft eingeschaltet. 1993 waren 1318 Fälle von Sterbehilfe (Tötung auf Verlangen) gemeldet worden. In 14 Fällen wurde eine Strafverfolgung eingeleitet. Die "Euthanasie"-Diskussion in Holland hat inzwischen eine neue Phase erreicht: Ein Vorschlag der Justiz- und der Gesundheitsministerin (beide Mitglied der linksliberalen Partei Demokraten 66) geht davon aus, Sterbehilfe auch dann für zulässig zu erklären, wenn das Leiden eines Patienten "ausschichtslos und unerträglich" erscheine; unabhängig vom körperlichen Befinden.

COMPUTERGESTEUERTE "STERBEHILFE"?

Aus England erreicht uns folgende Meldung: David Bihari, Direktor einer Londoner Intensivstation, entwickelte ein Computerprogramm, wonach hinter dem Namen von Patienten, "deren Überlebenschancen nach einer 90-tägigen Intensivbehandlung unter Berücksichtigung aller bekannten und meßbaren Faktoren hinreichend gering sind", ein schwarzes Sargsymbol mit weißem Kreuz aufblinkt (Neue Zürcher Zeitung, 26.8.94). Das Computerprogramm könne die Heilungsaussichten eines Patienten mit 95%iger Sicherheit voraussagen, betont Bihari. Es sei optimal zur Kosteneinsparung geeignet, denn es könne den Abbruch der Intensivbehandlung bei denjenigen Patienten empfehlen, die ohnehin sterben würden.

BGH-URTEIL - "WECHSEL VON DER PASSIVEN ZUR AKTIVEN STERBEHILFE"

Überwiegend positive Presse-Resonanz ist nach dem BGH-Urteil v. 13.9.94 zu verzeichnen. Der Erlanger Rechtsmediziner Hans-Bernhard Wuermeling (bekanntgeworden durch das "Erlanger Baby") begüßt die Entscheidung, Der stellvertretende Vorsitzender der Bundesärztekammer, Jörg Hoppe, dagegen spricht von einer "Katastrophe" und "erheblichen Aufweichung" bisheriger Grenzen, von einem ein Wechsel von der passiven zur aktiven Sterbehilfe. Ein Behandlungsabbruch oder Verzicht ist danach auch dann möglich, wenn der Sterbeprozeß noch nicht unmittelbar eingesetzt hat. Es komme u.a. wesentlich auf den Willen des Patienten an (wie der zu ermitteln ist, ist noch völlig offen). In diesem Fall war es um eine im Koma liegende Frau gegangen, deren Hausarzt und Sohn die künstliche Ernährung einstellen lassen wollten. Wuermeling hat mit einem Behandlungsabbruch bzw. -verzicht in der "Vor-Sterbephase" offenbar keine Probleme: "Ein Arzt darf niemals Hilfe zum Sterben geben. Er gibt Hilfe zum Leben. Und wenn das nicht mehr geht, hat er es zu lassen" (FR 15.9.94). Mit "Euthanasie" hat das nach Wuermeling nichts zu tun.

CHINA HAT EUGENIK-GESETZ GEGEN "MINDERWERTIGE GEBURTEN" VERABSCHIEDET

Am 1. Juli 1995 soll das neue Gesetz, mit dem China die "Qualität" seiner Bevölkerung "verbessern" will, in Kraft treten. Es trägt die harmlose Bezeichnung "Gesetz über den Gesundheitsschutz von Müttern und Säuglingen". Jährlich kämen 460 000 behinderte Kinder zur Welt. Zehn Millionen Behinderte hätten verhindert werden können, wenn es das Gesetz bereits früher gegeben hätte, heißt es von offizieller Seite. Im wesentlichen stimmt das Gesetz mit dem vor einem Jahr vorgelegten Entwurf über "Rassenhygiene und Gesundheitsschutz" überein. Als Maßnahmen sind vorgesehen: "Empfehlung" zur Abtreibung, wenn der Fötus als behindert diagnostiziert wird, keine Heirat bei ansteckenden oder vererbbaren Krankheiten oder Behinderung. Unklar ist noch, ob die ursprünglich vorgesehene Zwangssterilisation geistig behinderter Menschen nur im Text 'vergessen' wurde oder tatsächlich entfällt. Der Staat verpflichtet sich, "Gesundheitspflege vor der Geburt zu leisten", das beeinhaltet "medizinische Untersuchungen", "Beratungen" und "Führung der Bürger" (FR, 28.10.94).
Das Gesetz gegen "minderwertige Geburten" spricht zwar die gleiche Sprache, wie das nationalsozialistische "Gesetz zur Verhütung erbbkranken Nachwuchses" von 1933, hat aber nach Pekinger Auffassung nicht das Geringste damit zu tun. Und in der Süddeutschen Zeitung vom 29.10.94 ist zu lesen, "kein einziger auf Pekings Straßen Befragter hatte das Geringste am Eugenik-Gesetz auszusetzen". Das lasse "zumindest in diesem Fall" auf "die so oft beschworene 'andere Mentalität des Chinesen'" schließen. Na, wenn das *so* ist.

PERSÖNLICHE ASSISTENZ - BASIS FÜR DAS STUDIUM TAGUNGSDOKUMENTATION

Nicht nur für behinderte Studis von Interesse ist die soeben erschienende Broschüre, die Modelle persönlicher Assistenz (ArbeitgeberInnenmodell, Assistenzgenossenschaft, ISB über Zivis) sowie deren Finanzierung unter besonderer Berücksichtigung der Pflegeversicherung zusammenfasst und aus unserer Sicht als Betroffene kommentiert.
Der Assistenzbedarf sehbehinderter und hörbehinderter Studierender ist ebenso Thema wie Serviceangebote an den Hochschulen (Berkeley und Köln).

Die Tagungsdokumentation ist kostenlos erhältlich bei: Autonomes Behindertenreferat, AStA Uni Mainz, Staudingerweg 21, 55128 Main, Tel.: 06131 / 395429, Fax: 371857 (auch in Großdruck und auf Diskette).

DAS ZSL MAINZ HAT RÄUME - ZSL HANNOVER IN GRÜNDUNG

Das ZsL-Mainz hat endlich Räume gefunden. Der Aufbau einer Beratungsstelle für behinderte Menschen in Mainz zeigt erste Früchte. Bereits seit Ende November werden Beratungszeiten angeboten (Sprechzeiten: Die. 16. - 18.00 Uhr und Do. 18. - 20.00 Uhr). Die Adresse lautet:
Zentrum für selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen e.V.-ZsL, Am Zollhafen 8, 55118 Mainz, Tel.: 06131 / 618671, Fax: 06131 / 61 56 72

Ein Zentrum für selbstbestimmtes Leben befindet sich in Hannover in Gründung. Bisher liegt leider nur die Einladung zu einem Pressegespräch anläßlich der Gründungsversammlung vor, dennoch hier zunächst die c/o Adresse:
Selbstbestimmt Leben Hannover i.G., c/o Ralph Büsing, Sundernstraße 40, 30966 Hemmingen, Tel.: 0511 / 417003.

PROZEß GEGEN BIRGIT HOGEFELD

Der 'AK Drinnen & Draußen' ruft zu Prozeßbesuchen beim Verfahren gegen Birgit Hogefeld vor dem **Oberlandesgericht Frankfurt (Hammelgasse 1 - Gebäude E, Saal 2)** auf.
Angeklagt wird Birgit Hogefeld an verschiedenen Aktionen der RAF zwischen 1985 und 1993 teilgenommen zu haben. Vorgeworfen wird ihr auch Mord und sechsfacher Mordversuch an Beamten der GSG-9 in Bad Kleinen. Dies obwohl sie bereits überwältigt am Boden lag, bevor der erste Schuß fiel.

Die Prozeßtermine nach Erscheinen dieser Ausgabe sind der 20. und 23. Dezember 94 und der 3., 5., 10., 12., 17., und 30. Januar 1995. Beginn ist jeweils um 9.30 Uhr.

Die Linke und Behinderte



SCHWERPUNKT

Wer die *randschau* liest, ist schwer verdauliche Kost gewohnt. Das ist dieses Mal nicht anders, und dafür sind wir ja auch schließlich da.

"Annäherungen an eine Problembeziehung": Der Titel, den Urte Sperling ihrem Beitrag gegeben hat, könnte das Motto für den gesamten Schwerpunkt sein. Daß in der Beziehung zwischen Behindertenbewegung und der Linken Probleme und Widersprüche stecken, war allerdings lange kein Thema. Als sich die ersten Behinderten aufmachten, um gegen Aussonderung, Diskriminierung und Entmündigung zu kämpfen, da boten sich (nichtbehinderte) Menschen aus dem linken Spektrum gewissermaßen als natürliche BündnispartnerInnen an. Schließlich befand sich eine politische Strömung, die Emanzipation und Gleichberechtigung auf ihre Fahnen geschrieben hatte, hier auf ureigenstem Gelände, und die Solidarität mit Minderheiten gehörte zumindest seit 68 zum Grundbestand der linken Prinzipien. Sich auf gemeinsame Ziele und Aktionsformen zu verständigen, war lange Zeit kein Problem, und für viele aus der Bewegung erschien die eigene Identität als Linke(-r) und Krüppelaktivist(-In) nahezu deckungsgleich. Das gegenseitige Verhältnis war pragmatisch, aktionsorientiert und meist ziemlich unreflektiert.

Irgendwann begannen - zunächst einzelne - Leute aus der Krüppelszene genauer nachzufragen: Was war eigentlich das Motiv der selbstlosen UnterstützerInnen von links? Ging es ihnen tatsächlich um Emanzipation und gesellschaftliche Teilhabe behinderter Menschen? Oder waren wir ihnen eigentlich herzlich egal, ihre Solidarität lediglich Teil einer Mobilisierungsstrategie, die auf Minderheiten als Subjekte der großen Umwälzung setzte? Welchen Platz haben unvollkommene Menschen in den linken Utopien? Und wie verhält es sich mit den eigenen Macht- und Ganzheitsphantasien der real existierenden Linken? Eine Antwort durch "die Linke" blieb aus; vielleicht deshalb, weil diese als handlungsfähige politische Kraft schon nicht mehr existierte. So waren es meistens Einzelpersonen oder kleinere Gruppen, die bereit waren, sich solchen Fragen überhaupt nur zu stellen.

Verschiedene Entwicklungen haben das Mißtrauen gegenüber linker Solidarität verstärkt und dazu beigetragen, daß AktivistInnen sich immer weniger mit einfachen Antworten zufriedengaben: Der Mißbrauch von Behinderung als angstmachendes Abschreckungssymbol durch die Friedens- und Ökologiebewegung; die Auseinandersetzung um das weibliche Selbstbestimmungsrecht im Zusammenhang mit eugenischer Indikation, Gen- und Reproduktionstechnologien; schließlich die Tatsache, daß auch auf linker und linksliberaler Seite die Stimmen lauter wurden, die eine Debatte über "Euthanasie" für notwendig halten. Auf der anderen Seite sind es wiederum erklärte Linke, die mit am entschiedensten Front machen gegen Bioethik und den Trend zur Selektion.

Manche dieser Widersprüche und Unvereinbarkeiten haben innerhalb der - nichtbehinderten - Linken zu heftigem Streit und Verwerfungen geführt, und damit auch dazu beigetragen, daß heute unklarer denn je ist, was denn nun eigentlich "links" bedeutet. Die Ausdifferenzierung der bundesdeutschen Linken vollzieht sich auch an Themen, die für die Behindertenbewegung entscheidende Bedeutung haben.

Für die Linke - oder was davon übrig ist - kann die offene Auseinandersetzung hilfreich sein. Über die Reflexion ihrer eigenen Normalitäts- und Perfektionsideale kann es ihr vielleicht gelingen, ihr Selbstverständnis zu klären und wieder als emanzipatorisches politisches Projekt erkennbar zu werden.

Für uns als Krüppel hingegen ist eine solche Auseinandersetzung mehr - nämlich lebenswichtig. Denn die unvorsichtige Auswahl von Bündnispartnern kann tödlich sein, und dies nicht nur in einem politischen Sinn.

Harte Kost also, wie versprochen, und sicher kein Schwerpunkt zum nebenbei Konsumieren; vielmehr eine Aufforderung an behinderte wie nichtbehinderte Linke, an linke wie nicht-linke BehindertenaktivistInnen zur Auseinandersetzung. Wer bereit ist, sich jenseits des pragmatischen Alltagsgeschäfts über den eigenen politischen Standort Gedanken zu machen, findet in den hier versammelten Beiträgen Anregungen, Provokationen und jede Menge Fragen.

Vom Rassismus der Linken oder: Groll streicht einen Zaun

Groll, den erklärten Liebling der *randschau*-Redaktion, müssen wir unseren LeserInnen nicht mehr vorstellen. Der Rollstuhlfahrer aus Wien-Floridsdorf, notorische Querulant und unverbesserliche Marxist rollt die Geschichte des Marxismus und derer, die sich auf ihn berufen, in seiner unnachahmlichen Art neu auf. Wer Groll kennt, kann sich ausrechnen, daß das Ergebnis alles andere als schmeichelhaft ausfällt. Als Wiener nimmt Groll natürlich vor allem die österreichische Sozialdemokratie aufs Korn, doch auch für die bundesdeutsche LeserInnenschaft sind Wiedererkennungseffekte garantiert. Herzlichen Dank an Erwin Riess, der den alten Grantler extra für diese *randschau* zu philosophischer und polemischer Höchstform auflaufen ließ!

Groll streicht den hölzernen Gartenzaun im Vorgarten seiner Gemeindewohnung. Magister Tritt eilt auf ihn zu.

Tritt: Guten Tag, Freund Groll, was machen Sie da?
Groll: Ich streiche den Gartenzaun.
Tritt: Warum streichen sie nur die oberen Sprossen?
Groll: Eine dumme Frage.
Tritt: Selbstverständlich. Entschuldigen sie.
Groll: Dafür streiche ich die Teile, die in meiner Reichweite sind, mehrmals.
Tritt: Ich darf Ihnen doch helfen?
Groll: Kommt nicht in Frage.
Tritt: Vorher war der Zaun gleichmäßig von der Sonne ausgebleicht, jetzt ist er scheckig wie eine Hyäne. Wo liegt da der Sinn?
Groll: Das müssen sie die Hausverwaltung fragen. Sie hat mir schon drei Drohbriefe geschrieben. Wenn ich den Zaun binnen Wochenfrist nicht streiche, droht sie mir mit der standrechtlichen Erschießung.
Tritt: Was für eine Hausverwaltung?
Groll: Eine sozialdemokratische, ich darf aber während der standrechtlichen Erschießung im Rollstuhl sitzen bleiben. Ein soziales Entgegenkommen.
Tritt: Die Verrohung der Sitten nimmt beängstigende Ausmaße an.
Groll: Richtig! Seit die Sozialdemokraten Haider ausgrenzen, um ihn hinterrücks in der Wahlzelle zu stärken, ist der Ton der Hausverwaltung merklich schärfer geworden.
Tritt: Sehen Sie, lieber Groll, genau darüber wollte ich mit Ihnen reden.
Groll: Worüber?
Tritt: Ich möchte im nächsten Semester eine Vorlesung über das Verhältnis der Linken zur Behindertenfrage halten. Da ich weiß, daß Sie sich zur Restlinken zählen, würde ich Sie gern dazu befragen.
Groll: Fangen Sie an.
Tritt: *zieht einen Notizblock hervor und liest* Aufgrund ihrer gesellschaftlichen Randstellung finden sich unter den Behinderten sehr viele kritische, linke Menschen.
Groll: Falsch!
Tritt: Wieso?
Groll: Aufgrund ihrer Gettoisierung fristen viele Behinderte ein Mauerblümchendasein, sie sind zu einer hohen Standorttreue verurteilt und werden damit besonders leicht Beute des Fernsehens. Folglich finden Sie unter den Behinderten überdurchschnittlich viel Nebelhaftigkeit im Denken, Obskurantismus und Liquidatorentum. Auch die gewöhnliche Dunkelmännerei und ein Hang



zum Vernadern sind unter uns Behinderten weit verbreitet.
Tritt: Das meinen Sie doch nicht ernst!
Groll: Bei der ersten Pflegegelddemonstration vor dem Finanzministerium wurde ich Zeuge, wie mehrere Rollstuhlfahrer "Ausländer raus" brüllten, nachdem die Behindertensprecherin der FPÖ dazu aufgefordert hatte.
Tritt: Wie haben Sie darauf reagiert?
Groll: Ich skandierte eine Gegenparole: "Behinderte raus!"
Tritt: *nachdenklich* Ich war der Meinung, daß behinderte Menschen weltoffener als ihre Mitbürger sind.
Groll: Das genaue Gegenteil ist der Fall, Sie Illusionist! Wie sollte denn jemand, dem die Welt nicht offen steht, weltoffen sein?
Tritt: Ich dachte, daß Behinderte meistens verkabelt seien.
Groll: Ein gedanklicher Kurzschluß! Kabelfernsehen und Weltoffenheit schließen einander aus. Als die Kabelgesellschaft vor Jahren zum Sturmangriff auf meinen Gemeindebau ansetzte, klebte ich vor dem Beginn der Kampfhandlungen ein Stück Elektrokabel an meine Wohnungstür. Daneben befestigte ich ein altes Plakat aus der Zeit des Vietnamkrieges, "Ami go home!" Das "Ami" habe ich durch "Kabel" ersetzt. Die Männer von der Kabelgesellschaft waren wie vor den Kopf geschlagen, soviel geordneten Widerstand waren sie nicht gewöhnt. Noch am selben Tag baute ich meinen Erfolg aus, ich riß das Telefonkabel im Stiegenhaus heraus. Und am nächsten Tag erwarb ich ein Funktelefon.
Tritt: Ein Handy?
Groll: Nein, ein sowjetisches Röhrengerät "Traktorist", ich ziehe es mit einem Lastrollstuhl hinter mir her.
Tritt: Aber gerade Sie, der Sie immer die Provinzialität Österreichs beklagen, gerade Sie müßten doch an der Welt außerhalb Österreichs interessiert sein.
Groll: Ich bin *nur daran* interssiert.
Tritt: Folglich müßten Sie doch das Kabelfernsehen nützen.
Groll: *zornig* Im kommunistischen Manifest werden Sie nichts über Kabelfernsehen finden, und ich halte mich auch in Fragen des Alltags an die Anweisungen der Klassiker. Wozu soll ich kabelfernsehen? Damit ich sehe, wie in der senegalischen Casamance der Sezessionskrieg fortgesetzt wird? Damit ich den Kampf der algerischen Rif-Kabylen, die der ORF als Berber denunziert, gegen den Klerikalfaschismus verfolgen kann? Das weiß ich auch ohne Kabel, Sie Tropf! Ich verabscheue den Kabelsalat, ich wünsche den Kabelmenschen täglich Kabelbrand. Wenn Sie mich weiter mit dem Kabelfernsehen ärgern, werde ich auch vor dem <u>äußersten</u> nicht zurückschrecken, dann werde ich den Tiefkühlkabeljau im KONSUM boykottieren.
Tritt: Der Schaden wird beträchtlich sein. Woher beziehen Sie denn Ihr Wissen?
Groll: Ich bediene mich eines weltweiten Informationsnetzes.
Tritt: Abgesprungene Stasiagenten? Leute vom KGB?
Groll: Denunzianten und Defätisten haben bei uns nichts verloren. Ich rede von behinderten Kollegen und Kolleginnen.
Tritt: Ich verstehe. *Er trägt etwas in sein Notizbuch ein.* Darf ich mit meinen Fragen fortfahren?
Groll: Bitte.
Tritt: Bei den Klassikern des Sozialismus finden sich erstaunlicherweise keinerlei Aussagen über Behinderte.
Groll: Falsch! Engels "Lage der arbeitenden Klasse" und Marx' "Kapital" handeln von nichts anderem. Ganz zu schweigen von den Artikeln, die Marx und Engels über die Verstümmelungen während des Sepoy-Aufstandes in Indien im Jahre 1857 verfaßten. Oder die Kommentare von Marx in den

Die Linke, die Feministinnen und die Krüppelbewegung: Annäherung an eine Problembeziehung

Die Protagonisten der alten und neuen Linken waren in der Regel Anhänger der These von "Haupt- und Nebenwidersprüchen". Dem strategischen Ziel, die Gesellschaft grundlegend zu verändern, hatten sich partikulare Sonderinteressen unterzuordnen. Subjekt dieses revolutionären Prozesses sollten die klassenbewußten organisierten Teile der Arbeiterklasse, - postmodern ausgedrückt: die sog. Leistungsträger der kapitalistischen Gesellschaft sein. Spezielle Unzufriedenheiten und Motive für Gesellschaftskritik bei Menschen anderer gesellschaftlicher Gruppen galten als erste Phase der Politisierung. Bei bewußteren BündnispartnerInnen hatte der konkreten Kritik die Einsicht in gesamtgesellschaftliche Systemzusammenhänge, insbesondere in die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu folgen. Dank der tieferen Einsicht trat dann die individuelle Betroffenheit von Unrecht und Diskriminierung außerhalb der Sphären der Produktion und der unmittelbaren (staats-)politischen Herrschaft als Nebenwiderspruch in den Hintergrund.

In der Aufschwungphase der außerparlamentarischen Opposition und der antiautoritären StudentInnenbewegung Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre war es die gemeinsame Sache, die die AktivistInnen einte und das Zugehörigkeitsgefühl bestimmte. Menschen mit körperlichen oder psychischen handicaps gehörten selbstverständlich dazu. Es spielte keine Rolle, ob mensch behindert war oder körperlich, geistig, psychisch normgerecht, ob weiblich oder männlich. Das Lebensgefühl, die Illusionen und Träume, der Kapitalismus könne in überschaubarer Zeit in eine humanere und egalitärere Gesellschaftsordnung transformiert werden, ließ die Nebenwidersprüche, die Differenzen innerhalb der in Aufbruch befindlichen Bewegung zur Nebensache werden. Die StudentInnenbewegung engagierte sich für eine Psychiatrie-Reform, menschenunwürdige Zustände in Anstalten und Heimen, in denen Pflegeabhängige untergebracht waren, wurden aufgedeckt. Zu den Zielgruppen der sog. "Randgruppenstrategie" gehörten auch Behinderte in Anstalten. Nicht selten wurden sie allerdings auch Objekte einer Bewegung, welche die Lage der Betroffenen über deren Köpfe hinweg politisch instrumentalisierte.
Die Aktivisten und Funktionären der traditionellen Arbeiterbewegung - egal ob SozialdemokratInnen oder KommunistInnen - beurteilten die Randgruppenstrategie skeptisch bis ablehnend. Der SPD galten Behinderte als Klienten des Sozialstaats, die einen Anspruch auf Fürsorge hatten, und deren Interessen von den offiziellen Wohlfahrtsverbänden angemessen vertreten wurden. Für die KommunistInnen waren die Belegschaften der Großbetriebe die Hauptzielgruppe ihres Wirkens. Behinderte hatten in ihrer Mehrheit keine betrieblichen und gewerkschaftlichen Interessen, es sei denn, sie hatten trotz Behinderung einen Arbeitsplatz ergattert.



Um die "Hirne und Herzen des Proletariats" zu gewinnen, wurde so manches Zugeständnis an das Alltagsbewußtsein der Arbeiter gemacht. Im Berufsstolz der (männlichen Fach-)Arbeiterbewegung und im Ethos der sozialistischen Gesellschaft, die sich ja als wahre "Leistungsgesellschaft" definierte, war das bürgerliche Gesundheits- und Körperideal voll verinnerlicht. Seit den 20er Jahren hatten die proletarischen Organisationen Sport und Körperkultur als Mittel genutzt, um ihren Angehörigen ein optimistisches und zum Widerstand befähigendes Lebensgefühl zu vermitteln. Diese Gratwanderung zwischen der Stärkung von Selbstbewußtsein über körperliche Anstrengung (wie sie auch im Behindertensport angelegt ist) und Verinnerlichung von Körper- und Leistungsnormen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft brachte Teile der Arbeiterbewegung immer wieder auf eine schiefe Bahn und bereitete den Boden für diskriminierende Vorurteile und Abwertungen von Behinderten bis hin zur Akzeptanz der NS-Aussonderungspolitik.
Soziale Bewegungen, die für menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen, für Chancengleichheit und gleiche Rechte aller BürgerInnen eintreten, tun dies in der Regel als Vereinigungen "gesunder", "normaler" Individuen, die im Sinne des bürgerlichen Rechts rechts- und geschäftsfähig sind und deren Körperlichkeit gängigen Normen entspricht. Wenn sich ihnen Menschen anschließen, ie körperlich, geistig oder psychisch behindert sind, dann wird dieses Anderssein als Privatsache betrachtet, d.h. ignoriert oder auch zum Gegenstand von Fürsorge und solidarischer Bevormundung, die im Anderen den Hilfsbedürftigen sieht. Asymmetrische Beziehungen schleichen sich ein, weil die alltäglichen gesellschaftlichen Verhältnisse, die auch in progressiven Vereinigungen und Gruppen den Umgang prägen,

---

technologisch-historischen Exzerpten. Lesen Sie seine Anmerkungen zur ursprünglichen Akkumulation, die Umwandlung von Waisen- und Irrenanstalten zu Arbeitshäusern.
Tritt: Ich meine eher die philosophische Dimension des marx'schen denkens.
Groll: Pardon! Ich vergaß, daß Sie ein Sozialdemokrat sind. Aber auch hier irren Sie. In der "Kritik der Hegel'schen Dialektik und der Philosophie überhaupt" entwickelt Marx den Begriff der Entfremdung, es heißt dort, daß der sich selbst entfremdete Mensch auch seinem gesellschaftlichen Wesen nach ein entfremdeter Denker ist; und wessen Entfremdung könnte größer sein, als jene Entfremdung, die ein Mensch erlebte, dessen Glieder oder Sinne sich von ihm emanzipiert oder entfremdet haben, indem sie die Arbeit einstellen, streiken oder gänzlich verschwinden. Die Lähmung eines Beins z.B. ist nichts anderes als ein partieller Generalstreik.
Tritt: In diesem Sinne läßt sich die ganze Geschichte auf die Behindertenfrage reduzieren!
Groll: In diesem Sinne heißt behindert sein, daß innerhalb des Behinderten ein Kampf zwischen seinem fungierenden und seinem potentiellen, seinem naturhaften und seinem gesellschaftlichen Wesen tobt. Mit anderen Worten: Mit dem Verlust bestimmter körperlicher oder geistiger Fähigkeiten geht der behinderte Mensch auch der damit korespondierenden Teile seines Wesens verlustig. Er büßt damit die eigentümliche Qualität der menschlichen Existenz ein - die Veränderungsfähigkeit durch die Arbeit an der Natur und damit an sich selber. Die meisten Behinderten verändern sich nicht, sie bleiben, wie sie sind.
Tritt: Das ist ja geradzu blasphemisch!
Groll: Warum? Wer täglich mit dem Staus Quo zu kämpfen hat, der entwickelt schwer-



nicht auf Integration von Behinderten und Nichtbehinderten, auf gleichberechtigts Zusammenwirken ausgerichtet sind. Bedingungen für gleichberechtigten Umgang schaffen hieße hier, die gesamte Alltagskultur und Kommunikation umstellen.
Im Laufe der späten 70er und 80er Jahre rückte diese "Differenz" in den Vordergrund. Das "Anderssein" in den eigenen Reihen wurde zum Thema. Bürgerinitiativen bildeten sich jenseits der alten und neuen Linken. Die neue Frauenbewegung konzentrierte ihre Kritik auf patriarchale Strukturen der Gesellschaft und nahm männliches Dominanzverhalten innerhalb der Linken aufs Korn. Einer neuer Hauptwiderspruch rückte in den Vordergrund: in den Köpfen aktiver Feministinnen trat der Interessensgegensatz der Geschlechter an die Stelle des Klassengegensatzes. Es entstanden autonome Frauengruppen, Selbsthilfegruppen, die sich in Netzwerken zusammenschlossen und schließlich gründeten sich die Grünen als Partei und parlamentarischer Bezugspunkt für die Interessen autonomer Gruppen, zu denen auch die Krüppelgruppen zählten. Sie waren 1981, im UNO-Jahr der Behinderten, in die Offensive gegangen und übten radikale Kritik an den bevormundenden Praktiken und der Heuchelei der "Wohltätermafia". Die Forderungen nach selbstbestimmten Lebensformen, nach voller Integration statt Abschiebung in Sondereinrichtungen provozierten unterschiedliche Reaktionen. Die Krüppelbewegung konnte einige Erfolge erreichen. Das grundsätzliche Problem einer echten Integration in allen Lebensbereichen blieb ungelöst.
In der zweiten Hälfte der 80er Jahren wurde dann alles eine Frage der Ökonomie. Die Frauenfrage reduzierte sich wieder auf die "Mütter" rsp. "Kinderfrage", die da lautet: Wer kommt dafür auf, daß die pflege- und betreuungsbedürftigen Kinder angemessen betreut sind, wenn Frauen, die Kinder bekommen, nicht auf ihre Chancengleichheit im kapitalistischen Erwerbsarbeitssystem verzichten wollen? Weder für die Auflösung der Heime und Anstalten zugunsten individueller, selbstbestimmter Pflege in selbstgewählter Umgebung noch für die Umsetzung des Integrationskonzepts im Bereich der Schulen und Kindergärten, noch für andere im Sinne des Kapitalismus unproduktiven Bereich ist seither "Geld da".
Die 90er Jahre stehen ganz im Zeichen von Privatisierung. Belastungen, die dadurch entstehen, daß gesellschaftliche Betreuungseinrichtungen wieder reduziert werden und Kosten für medizinische und pflegerische Dienstleistungen werden zunehmend auf die "Verursacher" abgewälzt. Gleichzeitig ist mit der vorgeburtlichen Diagnostik die Möglichkeit zum Schwangerschaftsabbruch aufgrund embryopathischer Indikation, d.h. die vorgeburtliche "Entsorgung" potentieller Behinderter zur allgemein akzeptierten Praxis geworden. Diese neue medizintechnische Möglichkeit treibt die Entgegensetzung der Interessen von Behinderten und Eltern auf die Spitze, wenn es - wie in den USA - zu sog. wrongful-life-Klagen kommt, in denen , Behinderte ihre Mütter auf Schadensersatz für die im Mutterleib erworbene Behinderung verklagen. In der Bundesrepublik zeigte sich das Problem im Streit der Krüppelfrauen mit nicht behinderten Feministinnen um die Bewertung der vorgeburtlichen Diagnostik und embryopathischen Indikation im § 218 StGB, als Feministinnen das Recht reklamierten, mögliche Fehlbildungen vorgeburtlich abzuklären, um gegebenenfalls die Schwangerschaft zu beenden. Auch in Selbsthilfegruppen von Eltern behinderter Kinder wird über pränatale Diagnostik und Schwangerschaftsabbruch diskutiert. Die Entsolidarisierung der Solidargemeinschaft der Sozialversicherten lädt das "Gesundheits"risiko Behinderung den Betroffenen auf. Wo Kosten-Nutzen-Kalküle und Schadensersatzansprüche im Zusammenhang mit der Geburt behandlungs- und pflegebedürftiger Kinder erörtert werden, wird auch der erwachsene Mensch mit handicap zwangsläufig zum Kostenfall, auch wenn er/sie als Steuerzahler(in) selbst in die Kasse einzahlt. Eltern rechnen ihren Kindern vor, was ihre medizinische und pflegerische Betreuung kostet und daß sie sich so etwas nicht ein zweites Mal leisten können. Seit die neoliberale Wirtschaftsphilosophie hegemonial wurde, setzt sich solches Denken immer wieder in offene Aggression gegen sichtbar behinderte Menschen um. Ihr Lebensrecht ist bereits zum Gegenstand öffentlicher Erörterungen geworden.
Der Blick auf die Nebenwidersprüche brachte in den 80er Jahren die Schattenseiten und dunkle Punkte auch der sozialistischen Gesellschaften ans Tageslicht. OptimistInnen unter den Linken glaubten damals, die autonome Selbstorganisation auf der Basis der spezifischen Betroffenheiten werde zu einer Präzisierung linker Strategien, zu einer, Erweiterung des Programms grundlegender gesellschaftlicher Veränderung führen. Doch die Herausforderung der radikalen Krüppelbewegung der 80er Jahre war offenkundig schwer zu verkraften. Die Betroffenen appellierten nicht an das Helfersyndrom, sondern machten auf das Phänomen des bevormundenden Mitleids aufmerksam. Dieser selbstbewußt vorgetragene Anspruch auf selbstbestimmtes Leben, auf das Recht, Pflegepersonen selbst zu wählen und entsprechend individueller Bedürfnisse gepflegt zu werden, der Anspruch auf selbstbestimmte Lebensgestaltung, reibt sich nicht nur mit der sogenannten Sparpolitik. Viele stillschweigende Konsenspunkte in der ArbeiterInnen- und Frauenbewegung, die im sog. gesunden Menschenverstand, im Alltagsbewußtseins wurzeln und auf abgewehrten Ängsten beruhen, daß einen selbst Behinderung treffen könnte, wurden in Frage gestellt.
Der schlichte Anspruch Behinderter, die auf umfassende Betreuung angewiesen sind, keine ungewollten Eingriffe in die Intimsphäre zu dulden, menschenwürdig und in menschlicher Gesellschaft gleichberechtigt zu leben und bei der Gestaltung öffentlicher Räume und Einrichtungen gleichberechtigt berücksichtigt zu werden, führt sehr schnell an die Grenzen dessen, was unter kapitalistischer Produktionsverhältnissen machbar (= bezahlbar) scheint (so wie es offenkundig auch die Integrationskraft sozialistischer Gesellschaften überstiegen hat). Wenn kein(e) Betroffene(r) dabei ist, wird schon mal "ganz im Vertrauen" gesagt: "Die können doch froh sein, daß so viel für sie getan wird!" Selbstverständlichkeiten des alltäglichen Lebens werden so zu Luxusgütern, wenn es um pflegeabhängige Menschen geht. Strategisches Handeln, Bündnisse, sozialpolitische Umverteilungsoffensiven und Initiativen gegen die Privatisierung der Lebensrisiken wären bitter nötig, um erreichte Standards nicht weiterhin widerstandslos preiszugeben und um neue Standards zu erkämpfen. Die Grünen haben in den 80er Jahren teilweise erfolgreich Behinderten-Gruppen eine Lobby verschafft. Allerdings bleibt bei den Verteilungskämpfen um die Staatsknete immer mehr auf der Strecke. Die sozialen Bewegungen der 80er Jahre haben ihre eigene Geschichte und die lehrt, daß autonome Gruppenbildung, Vernetzung und parlamentarische Vertretung durch die Grünen nicht haben verhindern können, daß linke Opposition sich atomisiert hat und in die Defensive geriet. Der Zerfall der feministischen Bewegung hat gezeigt, daß Kollektiv-Egoismus und Separatismus geradewegs in die Zersplitterung und Bedeutungslosigkeit führen. Die Enttäuschung der AktivistInnen der Krüppelbewegung über die Begrenztheit und Borniertheit ihrer BündnispartnerInnen unter den Linken trifft in dem Maße ins Leere, wie die Linke selbst immer mehr zum Phantom wird. Eine breite außerparlamentarische Opposition auf der Basis eines umfassend solidarischen Konzepts täte not und ist durch nichts zu ersetzen.

URTE SPERLING, MARBURG/LAHN



lich Utopien.
Tritt: Aber gerade Marx war ein Prophet der Veränderung!
Groll: So wurde er in der Sozialdemokratie verstanden, in Wahrheit war Marx vor allem ein leidenschaftlicher Kritiker der bestehenden Ordnung. Vielleicht haben Sie schon davon gehört, daß nach Marx das Individuum nichts anderes ist, als ein Ensemble der vorgefundenen gesellschaftlichen Verhältnisse. Wenn Sie sich dazu bequemen, den sozialdemokratischen Horizont zumindest gedanklich einmal hinter sich zu lassen, werden Sie feststellen, daß sich aus dem oben Gesagten ein Doppelcharakter der Behinderung ergibt: Zum einen ist sie lästige Erschwernis des Alltags, zum anderen wird sie im gesellschaftlichen Verkehr von politökonomischen Verwerfungen überformt, die bis zum staatlich verordneten Massenmord reichen können. Es ist diese zweite Dimension von Behinderung, die das Leben behinderter Menschen in einer Gesellschaft des blindwütig tobenden Werts so prekär macht.
Tritt: Das ist mir zu pessimistisch!
Groll: Andererseits behaupten Behinderte schon durch ihre Existenz die Möglichkeit einer anderen Lebensform, sie sind ein lebender Widerspruch, der darauf hindringt, die Grundlage dieses Widerspruchs, die Unterwerfung der Menschen unter die Zwänge der Plusmacherei, umzuwälzen. Aus diesem Grund spiegelt ja auch die Art des gesellschaftlichen Umgangs mit Behinderten die zivilisatorische Stufe der jeweiligen Gesellschaft wider.
Tritt: Die Behinderten als Spiegel der Nichtbehinderten! *Er schreibt in sein Notizbuch.*
Groll: Unter anderem üben die Behinderten diese gesellschaftliche Rolle aus. Ebenso

Verschlungene Pfade von links nach links

Daß ich mich vor zehn Jahren selbst als "Linken" bezeichnete und dies heute immer noch tue, besagt weniger über meine ideologische Standhaftigkeit als über die Beliebigkeit des Begriffs. Wenn ich in vielen Dingen heute das Gegenteil dessen denke und sage, wovon ich damals überzeugt war und meine Position im politischen Spektrum dennoch annähernd dieselbe geblieben ist, dann macht mich das hellhörig; zeigt es mir doch, daß sich hinter der scheinbar eindeutigen politischen Standortbestimmung widersprüchlichste Inhalte verbergen. Diese Widersprüche müssen mich als Behinderten schon allein deshalb interessieren, weil es dabei im Zweifelsfall um Leben und Tod geht.

Meine "linke Biographie" ist eng verbunden mit der Partei der GRÜNEN; in ihr habe ich es so lange ausgehalten, wie dort linke Politik möglich war. Meine politische Sozialisation war wahrscheinlich typisch für die Generation der heutigen (nichtbehinderten) Mittdreißiger: Friedensbewegung, Umweltinitiativen, die Erfahrung der außerparlamentarischen Machtlosigkeit und der Wunsch nach einer Partei, von der ich mich vertreten fühlte. Beim ersten Ortsvereinstreffen Wahl in den Vorstand, ab diesem Zeitpunkt sieben Jahre lang Minifunktionär. Als zuspätgekommener 68er fühlte ich mich in der Partei dem ökosozialistischen Flügel verbunden, der Parlamentsarbeit mit einer antikapitalistischen Perspektive zu verbinden suchte.

Auch wenn ich von Marx nicht mehr gelesen habe als ein Drittel des "kommunistischen Manifests" (oder war es doch nur die Überschrift?), glaubte ich dennoch den Weltgeist auf meiner Seite. Ich teilte die Utopie einer rational organisierten Gesellschaft, die, von der Kapitalherrschaft befreit, die Produktivkräfte zum Wohle aller nutzt und es jedem ermöglicht, nach seinen Bedürfnissen zu leben.

Bei der Entwicklung meines politischen Selbstverständnisses spielte meine Behinderung als Motivation keine Rolle, ebensowenig bei der Entscheidung für Parteipolitik. Zumindest glaubte ich das damals.

Rückblickend sehe ich heute Zusammenhänge, die mir seinerzeit nicht bewußt waren. So kam es sicher nicht von ungefähr, daß ich einem Weltbild nachhing, das so ungeheuer "vernünftig" war. Mit dieser Vernunft im Rücken ließ es sich gut leben, sie erlaubte Distanz und Objektivierung. So ließen sich eigene Widersprüche und Unsicherheiten hinter der Propagierung scheinbar "objektiver" Notwendigkeiten verbergen. Indem ich mir und anderen die Welt widerspruchsfrei erklärte, ersparte ich mir (und ihnen) die Auseinandersetzung mit meiner Behinderung und meiner eigenen Stellung als Krüppel in dieser Gesellschaft. Diskriminierung und Ausgrenzung waren ausschließlich Folge einer an Verwertungsinteressen orientierten Kapitallogik und hatte dementsprechend nichts mit mir als Person zu tun. Meiner Begeisterung für die gerechte Sache von Flüchtlingen, Homosexuellen und anderen Randgruppen, mit denen ich nichts zu tun hatte, entsprach mein Desinteresse an Behindertenpolitik. Ich sagte: "Es interessiert mich nicht" und spürte in Wirklichkeit, daß mich da Verdrängtes einholen würde. Im übrigen war auch mein Verhältnis zu anderen Minderheiten nicht frei von der Arroganz desjenigen, der die Vernunft gepachtet hat; ihre Forderungen erschienen mir als subjektive Partikularinteressen, die zwar ihre Berechtigung hatten, aber nur im Rahmen des übergeordneten politischen Projekts. Ohne es so zu benennen, folgte ich damit der fatalen Vorstellung einer Hierarchie von Haupt- und Nebenwidersprüchen, in der die Interessen von Minderheiten - also auch meine eigenen - zu Randproblemen degradiert werden.

Für meine politischen Aktivitäten hatte ich mir einen Rahmen gewählt, wie er idealer nicht sein konnte. Anerkennung bekam ich gewissermaßen nachgeworfen, dafür genügte in der Regel die Übernahme von Ämtern, die kein anderer machen wollte, und sei es der Schriftführerposten im Ortsvorstand (Wieweit ich dabei vom obligaten Krüppelbonus profitierte, kann ich heute nicht mehr einschätzen, vermute es aber stark). Zudem bewegte ich mich in einem linken innerparteilichen Milieu, das mir mit seiner Kultur der gegenseitigen Selbstbestätigung und oftmals verlogener *political correctness* niemals eine Beschäftigung mit mir selbst abverlangte.

Das Hochgefühl argumentativer Überlegenheit ließ sich besonders im Dauerstreit mit wertkonservativen Positionen, die von Anfang an bei den GRÜNEN stark vertreten waren, immer wieder erneuern. Die vielfach plump reaktionären Aussagen von dieser Seite machten mir eine polemische Zurückweisung leicht; eigentlich jedoch galt diese Zurückweisung den zugrundeliegenden Fragestellungen, die in meinem linken Weltbild keinen Platz hatten. Heute sind mir, gerade auch durch die Diskussionen in Krüppelzusammenhängen, viele dieser Fragen wichtig geworden, als da z.B. wären: Die Frage nach den Grenzen des Machbaren; die Frage nach Werten, die eine humane Gesellschaft braucht; die Entwicklung eines anderen Verhältnisses zu Krankheit und Tod; die Respektierung von Tabu und Geheimnis, und manches andere. Gemeinsam ist diesen Fragen, daß sie die

---

wichtig erscheint mir aber eine andere Funktion.

Tritt: *schreibt dann* Reden Sie!

Groll: Sie disziplinieren die Nichtbehinderten. Es liegt in der Logik unserer Gesellschaftsordnung, daß vor den behinderten Staatsbürgern ständig neue Barrieren aufgetürmt werden. Die gesellschaftliche Behinderung wirkt als Stigmatisierung, und zwar derart, daß noch der ausgebeutetste Nichtbehinderte froh ist, bloß ausgebeutet und betrogen, nicht aber behindert zu werden. Wir sind also ohne unser Zutun eine gesellschaftliche Abschreckungswaffe. Und diese Waffe wird jeden Tag auf's Neue in Stellung gebracht.

Tritt: War es nicht aufgezwungener Rüstungswettlauf, der das sozialistische Lager seiner Humanität entblößte?

Groll: Ich bin der tiefen Überzeugung, daß die Kommunisten ihres Versagens gegenüber den Schwächsten in der Gesellschaft zugrunde gegangen sind. Von diesem Befund möchte ich übrigens Kuba ausgenommen wissen. Selbst heute noch, da Kuba ökonomisch erdrosselt wird, leben geistig Behinderte dort unvergleichlich menschenwürdiger als in den USA. Dennoch: Die marx'schen Visionen sind zuerst in den Behindertengettos des realen Sozialismus gestorben. Ich erinnere mich noch mit Schaudern an die Warnungen vieler beamteter Revolutionäre vor den politisch unberechenbaren Lumpenproletariern, worunter auch die Behinderten gezählt wurden.

Tritt: Bei allem Respekt: Heißt das nicht, die Bedeutung der Behinderten für die Linke grotesk überzubewerten?

Groll: Keinesfalls! Der Aufstand der russischen Proleten war zu großen Teilen ein Aufstand der Lumpenproletarier, der Kriegskrüppel, Invaliden, Arbeits- und Wohnungslosen. In jeder Revolution, die in den Stra-



konkreten Bedingungen menschlicher Existenz in den Mittelpunkt stellen, zu denen eben auch Krankheit, Alter und Tod gehören. Sie befassen sich mit den Möglichkeiten von Menschenwürde unter diesen Bedingungen, und zwar nicht in einem fernen Utopia, sondern in der Gegenwart.

Dabei weiß ich, daß mit diesen Fragen ein schmales Grat betreten wird, daß sie zum politischen Mißbrauch und zum Zynismus einladen; mit einem anderen Verhältnis zum Tod etwa läßt sich die aktive Sterbehilfe ebenso legitimieren wie das Verhungernlassen von Menschen in Afrika. Zynisch sind daran die Antworten, nicht aber die Fragen. Diese erscheinen mir heute als notwendig für eine emanzipatorische Politik, die lebensweltliche Zusammenhänge gegen zentralistischen Zugriff verteidigt. Für mich als Krüppel bedeutet das z.B., daß eine Haltung, die das Bestehende, Unvollkommene in den Vordergrund rückt, auch meinem eigenen "So-sein" gegen perfektionistische Idealvorstellungen zu seinem Recht verhilft. Ein solcher Ansatz ist keineswegs gleichbedeutend mit einer Zustimmung zu den bestehenden politischen Verhältnissen. Im Gegenteil: Gerade das Akzeptieren von Unvollkommenheit steht im Widerspruch zum herrschenden Politikverständnis mit seiner Steuerungswut, die immer auch Machtausübung bedeutet. Allerdings steht es auch im Widerspruch zu einer traditionell sozialistischen Vorstellung von Gleichheit, die auf Normierung hinausläuft und die ihr Menschenbild in der Geschichte oft genug mit Gewalt durchgesetzt hat.

Damals waren mir solche Fragen fremd. Den in dieser Zeit beginnenden Diskussionsprozeß in Teilen der Linken zu genau diesen Themen ignorierte ich entweder oder diagnostizierte eine ideologische Abweichung. Auch die damals noch recht lebendige Krüppelbewegung war für mich schlicht kein Thema, ich konnte mit ihren Aussagen nichts anfangen und fühlte mich, dank geglückter Integration in die grünlinke Politszene, nicht angesprochen.

Mein Weltbild war also durch und durch fortschrittlich. Mein Menschenbild war das der allseits entwickelten Persönlichkeit (wie es damals in der DDR hieß), mein Ideal die schöne neue Welt, in der Krankheit, Alter und Tod keine Probleme mehr sind. So war es mir z.B. ohne Schwierigkeiten möglich, etwa die Gentechnologie zwar unter den herrschenden kapitalistischen Bedingungen abzulehnen, sie aber prinzipiell für gesellschaftlich beherrschbar zu halten und ihr durchaus positive Seiten abzugewinnen. Nicht ohne Erschrecken stelle ich heute fest, daß meine Utopie exakt die der "leidfreien Gesellschaft" war, in deren Namen Eugenik und "Euthanasie" als Problemlösung propagiert werden. Daß das eine linke Utopie war, stand für mich dabei außer Frage.

Nachträglich bin ich überrascht, wie lange ich diese Art von linker Politik durchgehalten habe. Den Preis - die persönliche Selbstverleugnung - habe ich gezahlt, ohne mir darüber bewußt zu sein. Ein Ausstieg hätte den Verlust persönlicher und ideologischer Sicherheiten bedeutet und kam nicht in Frage, trotz gelegentlicher Anflüge von Selbstzweifel. Was mich so lange bei der Fahne hielt, war wohl nicht sehr verschieden von dem, was lange Zeit die Anziehungskraft und Massenwirksamkeit linker Ideen ausgemacht hat: Das Bedürfnis, Teil einer mächtigen Bewegung zu sein, die Trägerin des unaufhaltsamen gesellschaftlichen Fortschritts ist; letztlich eine Form von Heilserwartung, verbunden mit der Hoffnung, daß sich die eigenen Probleme in der großen Utopie auflösen würden.

Irgendwann war der Widerspruch nicht mehr auszuhalten, und ich vollzog einen radikalen Bruch. Es war ein Bruch mit Politik überhaupt, mit jeder Utopie und der Vorstellung, die Welt zum Besseren ändern zu können. Aus meiner heutigen Sicht war dieser Bruch die Voraussetzung für eine neue - und dann auch wieder politische - Radikalität, denn er zwang mich zur Auseinandersetzung mit mir selbst. Durch den Kontakt mit Krüppelgruppen (wo ich zunächst alles andere suchte, aber keine Politik), durch die Auseinandersetzung mit der Lebenswert-Debatte und dem dahinterstehenden Menschenbild, mußte ich mein Verhältnis zu dieser Gesellschaft neu bestimmen. Dies bedeutete, meine Zugehörigkeit zu einer gesellschaftlichen Randgruppe zu akzeptieren. Entscheidend war dabei die Erkenntnis - und das Entsetzen darüber -, daß staatliche Politik in Übereinstimmung mit einem breiten Konsens darauf abzielt, daß es Menschen wie mich zukünftig nicht mehr geben soll; dies hat mich auf radikale Weise neu politisiert und meine oppositionelle Haltung zu dieser Gesellschaft und ihren Herrschaftsinstanzen stärker geprägt als jede angelesene Theorie. Diese Art von Opposition ist subjektivistisch; sie hat nicht die Vernunft auf ihrer Seite, sondern nur die Empörung. Diese Opposition ist defensiv - sie will etwas verteidigen, nämlich das eigene Lebensrecht -, und sie ist utopielos - utopisch erscheint bereits der Gedanke, die Barbarei aufhalten zu können. Durch meine existenzielle Betroffenheit ist sie aber auch fundamentaler, denn mir ist der bequeme Rückzug auf die Rolle des interessierten Beobachters ebenso versperrt wie opportunistische Positionswechsel. Darüber bin ich froh.

Diese Opposition ist aber auch links; jedenfalls dann, wenn man darunter eine Haltung verstehen will, die sich auflehnt gegen Herrschaft und Fremdbestimmung, gegen totalitäre Machtansprüche im Namen einer wie auch immer begründeten Rationalität. Dabei ergeben sich auch neue Zugänge zu klassischen linken Politikfeldern, die für mich bis dahin eher von abstraktem Interesse waren, wie z.B. die Auseinandersetzung mit Rassismus oder mit staatlicher Bevölkerungspolitik in Nord und Süd. "Links" ist diese Haltung in einem radikalen Sinn: Sie lehnt nicht nur den Kapitalismus als ökonomische Struktur ab, sondern ein produktivistisches Weltbild, das auch die Gesellschaft als Maschine betrachtet, deren Einzelteile zu funktionieren haben oder auf dem Schrott landen.

Mit einem fertigen Gesellschaftsentwurf kann ich nicht mehr aufwarten, aber ich vermisse ihn auch nicht. Dies nicht nur aus der Erkenntnis heraus, daß ich nicht die Macht habe, um über die Entwicklung dieser Gesellschaft zu entscheiden. Ich bin allergisch geworden gegen einen - gerade in der Linken verbreiteten - sozialtechnokratischen Blickwinkel, der soziale Prozesse steuern und Menschen vorgefertigte Glücksvorstellungen aufzwingen will. Ich kann linke Politik heute nicht mehr über ein noch so erstrebenswertes Ziel definieren, sondern bestenfalls als Prozeß, in dem Menschenwürde und Selbstachtung immer wieder neu und für den Augenblick hergestellt werden müssen. Für uns Krüppel gibt es da genug zu tun.

Mein heutiges Verhältnis zu den Resten der traditionellen Linken würde ich als freundschaftliches Mißtrauen beschreiben. Wenn die DKP mit mir etwas gegen die Bioethik tun will, ist sie mir willkommen (dies gilt im übrigen genauso für Menschen aus dem christlich-wertkonservativen Spektrum); ich werde mich aber gegen jede Vereinnahmung wehren. Zu präsent ist mir die Erinnerung an die Instrumentalisierung von Randgruppen für "übergeordnete" Ziele (einschließlich meiner eigenen Mitwirkung dabei), und die historische Erfahrung, daß die immer gehätschelte Widerspenstigkeit gnadenlos bekämpft wird, sobald sie linken Machtambitionen im Weg steht. Wenn es um allgemeinpolitische Ziele geht, suche ich mir meine Bündnispartner gründlich aus; es genügt mir nicht mehr, wenn sie sich irgendwie als "links" verstehen. Ich will schon genauer wissen, welches Menschenbild sie haben, ob sie ihren eigenen Normalitätsbegriff in Frage stellen, und nicht zuletzt: ob ich ihnen ihre Solidarität im Kampf gegen jede Form von Selektionsdenken ganz persönlich abnehmen kann.

Wenn ich mich trotzdem bei Demos in der Nähe von roten Fahnen immer noch wohl fühle, dann nicht nur deshalb, weil sie so gut zur Farbe meiner Stöcke passen. Ich finde dort immer noch am ehesten Leute, die an diesem System grundsätzlich etwas auszusetzen haben. Manche von ihnen sind auch richtig nett.

THOMAS SCHMIDT, MÜNCHEN

ßen ausgefochten wurde, war der Anteil der Deformierten, der späteren "Ballastwesen", unverhältnismäßig hoch. Die Abscheu der Bürger vor den Kommunisten war auch die Abscheu vor den in ihren Reihen hinkenden oder rollenden Krüppel. Nehmen Sie nur die Ausrufung der österreichischen Republik im Oktober 1918; auf den Fotos erkennen Sie überwiegend Kriegskrüppel, Einbeinige, Blinde, Verwachsene. Das Massaker am Gründonnerstag 1919 in Wien, nahezu alle der Getöteten waren Kriegsinvaliden! Die Angehörigen des "Arbeiter- und Soldatenrates", der die Macht bis ins Jahr 1920 innehatte: Nur wenige Nichtbehinderte. Dieselbe Situation in Italien, in Deutschland, in der Slowakei, in Ungarn. Nein, geschätzter Freund, wir dürfen nicht den Blick davor verschließen, daß sowohl die Sozialdemokraten als auch die Kommunisten in den Jahren des kapitalistischen und des sozialistischen Aufbaus in dieser Frage auf der ganzen Linie versagt haben. Für die Revolution waren die Krüppel gut genug. Staat wollte man mit ihnen aber keinen machen. Der reale Sozialismus sperrte sie in Heime, hier lernten sie die Freiheit, ihren Bedürfnissen gemäß zu leben. Und zwar wurde den Behinderten irgendeine untergeordnete Arbeit zugeteilt, die baulichen und sozialen Barrieren aber wuchsen mit der Saturiertheit der Revolutionäre ins Skandalöse. Mit dem Rollstuhl den Alexanderplatz zu überqwueren, die Altstadt von Krakau zu befahren oder in Budapest eine Behindertentoilette zu finden, das waren Extremsituationen, die nur mit der Kursker Panzerschlacht zu vergleichen sind! Für mich gibt es keine Zweifel, daß in diesen Beispielen nicht nur abgrundtiefe Borniertheit, sondern, mehr noch, eine generelle Menschenfeindlichkeit der füh-

"Herrschaftsfreiheit als regulative Idee ist unverzichtbar"

Was verbindet/unterscheidet die Krüppel-/Behindertenbewegung von der Linken? Welches Verhältnis haben Linke zu Positionen aus unserer Szene? Wer konnte uns besser darüber Auskunft geben als ein Zusammenhang, dessen politische Orientierung sich im Namen ausdrückt. *die randschau* nahm Kontakt auf zur Redaktion der *"links"*, einer monatlich erscheinenden Zeitschrift des Sozialistischen Büros. Thomas Schmidt und Volker van der Locht von der *'randschau'* sprachen mit Prof. Joachim Hirsch von der "links" über Einschätzungen zu ausgewählten linken und krüppelpolitischen Fragestellungen.

Volker: Joachim, Du hast in einem Essay zur Globalisierung des Kapitals die Krise des politischen Handelns beschrieben. Was verstehst Du darunter und welche Bedeutung und Funktion hat das für den Staat als politischem Gemeinwesen?

Joachim: Unter Globalisierung des Kapitals muß man vor allem verstehen, daß es in den letzten Jahren möglich geworden ist, Kapitalmassen ohne Rücksicht auf nationale Grenzen quer über den Globus zu bewegen und für Investitionen praktisch beliebige Standorte auszusuchen. Dieses selbst ist eine politische Entscheidung gewesen und von Nationalstaaten und nationalen Regierungen im Interesse des internationalen Kapitals vorangetrieben worden. Der Zweck war eine ökonomische Restrukturierung, die Durchsetzung neuer Produktionsmethoden und damit die Lösung der weltweiten Krise. Eine Folge davon ist, daß sich der wirtschafts- und sozialpolitische Handlungsspielraum der Staaten erheblich eingeschränkt hat. Das heißt, wenn politische Maßnahmen durchgesetzt werden, die für das internationale Kapital nicht zuträglich sind, wandert dieses eben ab. Wenn also beispielsweise die Sozialgesetzgebung verbessert wird oder auch nur erhalten wird, dann gibt es immer häufiger die Drohung der Untemmehmen, dann eben in Länder zu gehen, wo das Produzieren billiger ist. Die Folgen hier sind mehr Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Krisen. Auch die Geld- und Finanzpolitik entzieht sich mehr und mehr nationalstaatlichem Einfluß. Wenn z.B. der Staat Schulden aufnimmt, steigen die Zinsen, dann erhöht sich der Kurs der D-Mark, die Exportmöglichkeiten verschlechtern sich und schließlich wird die Konjunktur abgewürgt. Jede einzelne wirtschaftliche Maßnahme des Staates hat globale Konsequenzen und Rückwirkungen, die er kaum mehr kontrollieren kann.



Volker: Welche Bedeutung hat die Eingrenzung des Spielraums des Staates für Bewegungen von unten, Forderungen an den Staat zu richten. Wird es dadurch schwieriger?

Joachim: Ja, es wird sicher schwieriger und zwar unter zwei Aspekten. Erstens laufen solche Forderungen an dem Prinzip der Standortpolitik auf. Standortpolitik heißt, daß nationale Regierungen sich gezwungen sehen, in der internationalen Konkurrenz mit anderen Ländern Bedingungen zu schaffen, die für das Kapital vergleichsweise profitabel sind. Jede Kostenbelastung im nationalen Rahmen führt dazu, daß diese Bedingungen schlechter werden. Forderungen nach höheren Löhnen oder nach besserer sozialer Sicherung belasten entweder den Unternehmerprofit oder treiben die Staatsverschuldung in die Höhe. Das ist ein reales Problem, vor dem alle Regierungen stehen. Zugleich verbindet sich mit "Standort" aber auch ein ideologischer Diskurs. Das heißt, mit dem Verweis auf daraus resultierende angebliche Sachzwänge werden inzwischen überhaupt alle sozialen Forderungen abgewehrt, und zwar ohne Rücksicht auf die tatsächlichen wirtschaftlichen Zusammenhänge. Beides spielt eine Rolle. Die Globalisierung hat in der Tat die staatlichen Handlungsmöglichkeiten beschränkt. In der Bauwirtschaft beispielsweise ist es so, daß immer mehr Kontraktfirmen aus Billiglohnländern Arbeitskräfte anbieten. Das kostet den hiesigen Arbeitskräften Ihre Arbeitsplätze. Auf der anderen Seite ist es aber auch so, daß der "Standort" Bundesrepublik gerade auch Vorteile aus den besseren sozialen Sicherungen zieht. Diese führen nämlich auch dazu, daß

---

renden Kader sich ausdrückt.
Tritt: Sie bringen es noch soweit, daß ich als Sozialdemokrat die Kommunisten vor Ihnen in Schutz nehmen muß!
Groll: Warten Sie erst ab, was ich über die Sozialdemokratie zu Protokoll gebe. Aber noch sind wir beim realen Sozialismus: Es stimmt, Behinderte bekamen ihren Trabant schneller als Nichtbehinderte. Es stimmt: Sie durften auch in den Westen reisen, um ihre Rollstühle reparieren zu lassen.
Tritt: *schreibt* Sehen Sie!
Groll: So macher Verantwortliche hoffte wohl, sie würden im Westen bleiben. Die große Sowjetunion, die Sibirien und den Weltraum erschloß, die Flüsse umleitete, Wüsten bewässerte und Millionen Panzer produzierte, war nicht in der Lage, eine funktionierende Hilfsmittelversorgung auf die Beine zu stellen. Haben Sie einmal sowjetische Rollstühe gesehen? Bei ihrem Anblick glaubt man, eine Selbstfahrlafette aus der Zeit Egons des Schrecklichen vor sich zu haben.
Tritt schüttelt den Kopf und schreibt eifrig in das Notizbuch.
Groll: Anfang der achtziger Jahre erteilte der Stadtrat in Frankfurt an der Oder der evangelischen Kirche die Erlaubnis, für einen querschnittgelähmten Jungen zu sammeln, er sollte einen Westrollstuhl erhalten und das, nachdem der Bedauernswerte ein volles Jahr im Bett gelegen hatte!
Tritt: Das ist nicht wahr!
Groll: Das dachte der Betroffene auch. Einem durch Kinderlähmung schwer gehbehinderten Mitarbeiter eines großen Berliner Verlages mutete man eine Wohnung im sechsten Stock ohne Lift zu.
Tritt: Unmöglich!
Groll: Eine Tatsache. Ein Bluter mußte von Woche zu Woche um seine lebensnotwendige Medikamente bangen. Das VEB-Arzneimittel-

Arbeitskräfte qualifizierter, produktiver und kooperativer sind. Das Problem der Standortkonkurrenz hat einen realen Hintergrund und dient zugleich aber auch als ideologisches Kampfargument.

Thomas: Es ist ein reales Problem, das aber auch bewußt geschaffen worden ist. Der Staat hat sich selbst entmachtet, um Forderungen an ihn abwehren zu können?

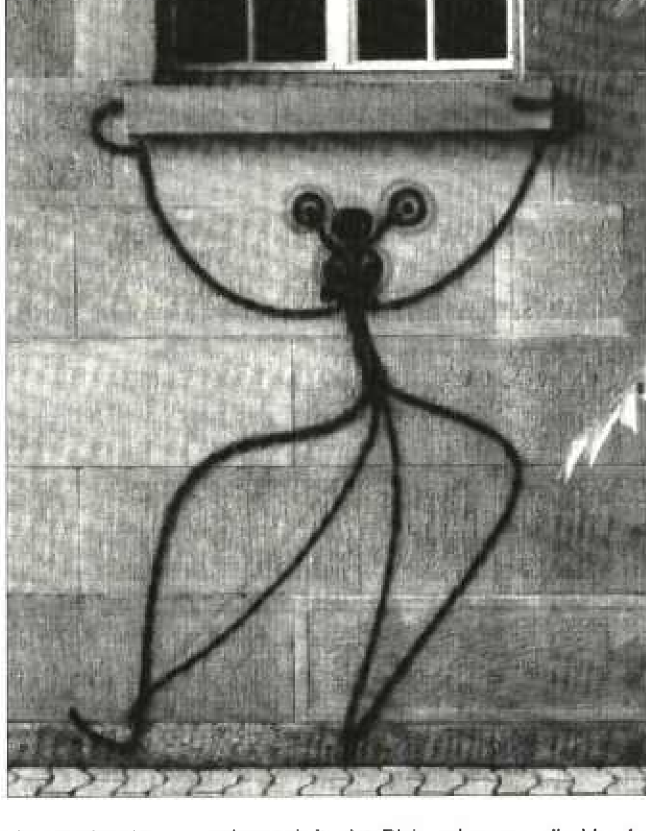
Joachim: So könnte man sagen, und er spielt sozusagen mit der Entmachtung, indem er sich ohnmächtiger gibt als er in Wirklichkeit ist. Natürlich kann immer noch sehr vieles politisch gemacht werden trotz der internationalen Verflechtung. Das Standortargument dient inzwischen als politisches Kampf- und Propagandamittel. Man kann ja sehen, daß es faktisch bei jeder sozialen Kontroverse auftaucht. Das Problem ist politisch geschaffen worden und es wird politisch ausgenützt.

Volker: Mir fällt dazu ein, daß es in der Behindertenbewegung auch Teile gibt, die sehr stark auf staatliche Institutionen setzen. Zum Teil gibt es Leute, die bei der anstehenden Bundestagswahl für den Bundestag kandidieren, womit teilweise starke Hoffnungen verknüpft werden, inwieweit man über Parlamente, über Gesetzesänderungen in Form Rot-Grüner Koalitionen etwas verändern kann. Wie sieht denn das vor dem Hintergrund der begrenzteren Möglichkeiten des Staates aus?

Joachim: Ich denke, daß es als Strategie nicht falsch ist, weil umfassendere soziale Sicherungsmaßnahmen über den Staat durchgesetzt und vom Staat garantiert werden müssen. Insofern ist Mitarbeit in institutionellen Zusammenhängen schon wichtig. Das Problem ist nur, daß da nicht viel passiert, wenn nicht irgend ein Druck von außen kommt. Anders herum formuliert, wenn das soziale Netz in der Bundesrepublik etappenweise abgebaut wird, wie es im Moment abläuft, dann geschieht das doch obwohl genügend Leute in den Parlamenten sitzen, die das eigentlich kritisieren. Das Problem ist, daß der außerparlamentarische Widerstand relativ gering ist. Dies wiederum hängt damit zusammen, daß die neoliberale Vorstellungswelt beherrschend geworden ist. Die ökonomischen Zwänge der kapitalistischen Wirtschaft werden einfach fraglos akzeptiert, immer mehr auch von deren Opfern.

Thomas: Du redest von außerparlamentarischem Druck. Aber Druck auf wen? Du hast vorhin gesagt, der Staat ist nur noch begrenzt als Addressat brauchbar. Ist das nicht auch eine Krise der klassischen Interessenpolitik, die an den Staat Forderungen stellt?. Was kann da die Alternative sein?

Joachim: Zweifellos ist es eine Krise in zweierlei Hinsicht, erstens, weil der Staat nicht mehr die materiellen Möglichkeiten hat, die er noch vor zwanzig Jahren hatte, und zum anderen, weil die alten Ziele und Inhalte der Sozialstaatspolitik so nicht mehr verfolgt werden können. Die Kritik am Sozialstaat als bürokratischer Kontroll-, Überwachungs- und Diskriminierungsinstanz ist ja bekannt. Insofern gibt es sozusagen eine doppelte Krise. Aber man könnte einen "Umbau" des Sozialstaats verlangen, der nicht schlichten Abbau meint. Beispielsweise dezentralisiertere Formen sozialer Sicherung, die zwar staatlich gestützt und finanziert, aber nicht unbedingt bürokratisch verwaltet werden. Prinzipiell aber können soziale Sicherungen, soziale Kompromisse und soziale Verteilungsmaßnahmen immer nur mittels des Staates durchgesetzt werden. Und Spielräume dafür gibt es mehr, als die Politiker zugeben.



Volker: Du hast auch in deinem Essay angedeutet, daß perspektivisch eine Politik angelegt werden soll, daß man in verschiedenen internationalen Konstellationen und Bündnissen über den Nationalstaat hinausgehen soll. Was meinst du damit?

Joachim: Also prinzipiell ist die Überlegung die, daß bei einer sich globalisierenden Ökonomie und weiterhin existierenden nationalstaatlichen Grenzen diese Nationalstaaten nicht zuletzt dazu dienen, Interessen zu spalten, zum Beispiel die Lohnabhängigen in Portugal oder Mexiko gegen die Lohnabhängigen in Deutschland auszuspielen. Eine Möglichkeit wäre ja, daß die Lohnabhängigen in den verschiedenen Ländern gemeinsam kämpfen. Aber das geht nicht mittels der nationalen Staaten. Das ist ein schon altes Thema in der gewerkschaftlichen Diskussion. Es kann im globalisierten Kapitalismus eigentlich keine nationale Gewerkschaftspolitik mehr geben. Genau so gut wie eine nationale Sozialpolitik eigentlich nicht mehr geht.

Volker: Ich seh da zwei Beispiele aus dem Behindertenbereich. Auf der einen Seite gibt es eine Bewegung, die sich sehr stark um die Verabschiedung von Antidiskriminierungsgesetzen bemüht, was sich zunächst an die nationalen Regierungen richtet. Und das andere, was auch jetzt in den letzten Monaten sehr stark in der Diskussion war, die Verabschiedung einer Bioethik-Konvention im Europarat, wo es um die ethische Absicherung von Gentechnologie geht, worunter auch die Bewertung des Menschen als lebenswert und -unwert festgeschrieben werden soll. Wären das solche Beispiele für internationalem Widerstand?

Joachim: Das ist ein wichtiges Beispiel. Die staatliche Regelung von Biotechnologie im weitesten Sinne ist erst mal eine Sache von nationalen Parlamenten und Regierungen, wird aber immer stärker auf europäischer Ebene entschieden. Hinter diesen Entscheidungen stehen ganz starke ökonomische Interessen der einschlägigen Industrie, die eng mit entsprechenden ideologischen Diskursen verkoppelt sind. So wie die Machtstrukturen aktuell sind, folgt die europäische Bürokratie genauso wie die nationalen Regierungen erst mal den ökonomischen Interessen. Auch hier geht es ja um Standortpolitik. Wenn sich da etwas ändern soll, dann nur durch außerparlamentarischen Druck, durch eine kritische Öffentlichkeit, durch politische Bewegung. Und insofern es eine europäische Frage ist, bedarf es einer übergreifenden Zusammenarbeit. Es reicht nicht aus, wenn nur in einem Land etwas erreicht oder verhindert wird, denn dann taucht

---

werk war nicht in der Lage, kontinuierlich zu liefern.
Tritt: Aufhören!
Groll: In ungarischen Schulen wurden behinderte Kinder von ihren nichtbehinderten Altersgenossen strikt getrennt. In der polnischen Stadt Bialystok dürfte ein muskelkrankes Mädchen nicht einmal mit Gleichaltrigen in den Kindergarten.
Tritt: Dabei hätte der reale Sozialismus erstmals die Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben auch behinderter Menschen geboten, ein Leben frei von Faschisten, Ausbeutern und mächtigen Dummköpfen.
Groll: Doch der Feind der Behinderten saß von allem Anfang an am Tisch, saß mit im Politbüro, saß in den Parteivorständen und dieser Feind hieß: Rassismus.
Tritt: Ich weigere mich, das zu glauben!
Groll: Dann hören Sie die folgende Geschichte: Im Jahre 1982 fuhr ich mit dem Auto in die DDR und an der Grenze fragte mich der Zöllner "In welchem Ausmaß sind Sie denn schwerbeschädigt?"
Tritt: Schwerbeschädigt?
Groll: Sie hören recht. Wer behinderte Menschen als schwerbeschädigt tituliert, degradiert sie damit zu Wesen jenseits der Person, einer Maschine näher als einem Menschen. Die Unterdrückung behinderter Menschen zählt dann nur mehr als Sachbeschädigung, wie die Ermordung eines Hundes.
Tritt: Ich bin entsetzt!
Groll: Als ich den Zöllner dieses unsägliche Wort aussprechen hörte, war mir klar, daß es mit dem humanistischen Gehalt der "entwickelten sozialistischen Gesellschaft" nicht so weit her sein kann, und als ich Jahre später in einer Rostocker Buchhandlung das Buch "Schwerbeschädigtengesetz der DDR" erwarb,

sofort wieder das Argument des "Standorts" oder der "Wettbewerbsgleichheit" auf.

Thomas: Es ist aber ein entscheidender Unterschied, daß eine Bewegung von Menschen, die zum großen Teil kein positiver ökonomischer Faktor sind, einfach andere Bedingungen und weniger ökonomische Machtmittel hat als die Gewerkschaften.

Joachim: Das ist richtig. Wobei man allerdings sagen muß, daß die ökonomischen Machtmittel der Gewerkschaften inzwischen auch stark beschnitten worden sind. Allerdings kann eine kritische Öffentlichkeit auch dann etwas bewirken, wenn keine geballte ökonomische Macht dahintersteht. Die Regierungen können nicht alles machen können, was ihnen die Industrie oder irgendwelche konservativen Ideologen diktieren. Sie müssen sich auch legitimieren. Aber es stimmt, insbesondere Behinderte haben praktisch kaum eine ökonomische Macht. Aber dann muss halt politische Macht entwickelt, eine kritische Öffentlichkeit hergestellt werden usw. Das gilt übrigens ganz allgemein: Alle relevanten und erfolgreichen sozialen Bewegungen der letzten Jahre Frauen-, Umwelt-, oder Friedensbewegung konnten ja nicht gerade auf ökonomische Machtpositionen bauen.

Thomas: Aber sie haben sehr stark an Ängste der Allgemeinheit appelliert: Angst vor der Atomkraft, Angst vor dem Weltkrieg. Die Anti-Eugenik-/Anti-Euthanasie-Bewegung appelliert sicherlich auch an Ängste, aber es ist schwieriger.

Joachim: Der Zusammenhang ist komplizierter und erfordert sicherlich mehr Aufklärung. Aber man muss bei Vergleichen vorsichtig sein. Bei der Friedensbewegung hat das unmittelbare Bedrohungsgefühl sicher eine große Rolle gespielt, aber die Antikernkraft-Bewegung mußte dieses sozusagen erst mal erzeugen. Am Anfang galt die Überzeugung, daß die friedliche Nutzung der Atomenergie überhaupt kein Problem darstelle und die Atomlobby hat diesbezüglich sehr erfolgreich gearbeitet. Erst die Bewegung selber hat allmählich die Risiken bewußt gemacht. In unserem Zusammenhang sieht das eigentlich ziemlich ähnlich aus. Klar, Biotechnik ist was unheimlich abstraktes und in ihren Gefahrenpotentialen nicht erfahrbares. Da bedarf es zuallererst der Aufklärung über Gefahren, Risiken und Implikationen.

Thomas: Aber reicht denn das als Anknüpfungspunkt, wovor eine große Mehrheit Angst hat, nämlich eine relativ diffuse Angst vor Genmanipulation, vor Veränderung des Erbguts. Worum es konkret geht, ist ja etwas, wovor nur eine Minderheit Angst haben muß, nämlich diejenigen, die als nicht lebenswert definiert werden.

Joachim: Es ist sicher ein Problem, daß es zunächst einmal eine Minderheit betrifft und eine, die ohnehin diskriminiert ist. Aber es gibt schließlich einen historischen Zusammenhang, der uns besonders in diesem Lande alle betrifft: Die massenhafte Vernichtung "lebensunwerten Lebens" im Nationalsozialismus. Diese Geschichte lässt sich nicht ausradieren. Anders herum formuliert: Zur Debatte stehen Prinzipien von Humanität und Menschenrecht, die alle betreffen. Das muß man deutlich machen. Wenn einmal darüber entschieden wird, welches Leben was wert ist, dann ist jedes gefährdet. Terror fängt immer bei "Minderheiten" an. Selbst wenn z.B. über industrielle Gentechnologie geredet wird, merkt man schnell, daß dabei ganz grundlegende Fragen von Mensch und Gesellschaft zu Debatte stehen, und daß die wissenschaftlich-technische Entwicklung gerade in diesem Bereich nun wirklich "Menschheitsfragen" tangiert. Diese sind nicht nur eine Angelegenheit von Einzelnen und Minderheiten, auch wenn diese diesbezüglich offensichtlich etwas sensibler sind.

Volker: Ich befürchte, daß Gentechnik im industriellen Bereich noch neue Behinderte produziert.

Joachim: Mit Sicherheit, hat sie schon längst gemacht und wird sie auch weiterhin tun.

Volker: Wenn man das sogenannte Arbeitnehmer-Screening anschaut mit irgendwelchen gesundheitlichen Risiken am Arbeitsplatz durch genetische Konstitution. Das wird eher darauf hinauslaufen, daß so Leute nicht eingestellt werden.

Joachim: Erstens, und zweiten impliziert Gendiagnostik und Genomanalyse ja, daß ein total abstrakter und willkürlich konstruierter Normalitäts- und Gesundheitsbegriff installiert wird. Am Ende ist da überhaupt niemand mehr "normal". Es werden sozusagen nur noch Sonderfälle geschaffen, jede(r) hat doch irgendetwas am Körper, daß nicht stimmt. Abgesehen von der damit gegebenen Möglichkeit der Sortierung, Ausgrenzung und Diskriminierung ist das Inhumane daran, daß Menschen einfach naturalisiert, ihrer Eigenart und ihrer Selbstverirklichungsmöglichkeiten als gesellschaftliche Wesen beraubt werden.

Thomas: Die Behindertenbewegung ist ja ähnlich wie einige andere Bewegungen zumindest teilweise eine Kritik an einem Fortschrittsbegriff, der auf Rationalisierung, Standardisierung, Zentralisierung beruht, mit dem sich die Linke doch sehr stark verbunden hat - zumindest die traditionelle Linke, die sehr stark auf Erwerbsarbeit zentriert war. Kann die Behindertenbewegung umstandslos als links gelten?

Joachim: Das wirft natürlich die Frage auf, was nun links ist. Es gibt da große Unterschiede. Richtig ist, daß weite Teile der traditionellen Linken einen höchst unreflektierten Fortschrittsbegriff hatten. Ich will auf die diesbezüglich sicher notwendigen Differenzierungen jetzt nicht eingehen. Die Vorstellung, der Fortschritt der Produktivkräfte würde die wichtigsten gesellschaftlichen Probleme lösen, hat jedenfalls eine große Rolle gespielt. Insofern gab es gerade innerhalb der neuen sozialen Bewegungen Differenzen zwischen traditionelleren Linken und denen, die diesen Fortschrittsbegriff radikal kritisiert haben. Inzwischen hat sich das Verständnis von "Links" aber doch einigermaßen verändert. Es heißt jedenfalls weniger denn je, daß das Industriesystem und die Arbeit verteidigt und eine standardisierte und geplante Gesellschaft gefordert wird. Ich würde sagen, eine Bewegung, die darin besteht, daß Unterdrückte oder Diskriminierte ihre Interessen thematisieren und durchsetzen und dieses unter universalistischen Gesichtspunkten, das heißt mit Blick auf eine emanzipative Entwicklung der Gesellschaft überhaupt, also nicht nur als partikularistische Interessenvertretung, die ist "links". Wenn "links" Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung, Parteinahme für die Unterdrückten und Kampf für eine Gesellschaft bedeutet, in der es keine Unterdrückung mehr gibt.

Thomas: Es gibt das Phänomen, daß nicht wenige Leute, die als links gelten, in der Singer-Debatte andere Positionen vertreten haben. Kann man sagen, daß sich an der Frage Eugenik, Euthanasie, Lebensrecht bei der Linken die Geister scheiden?

Joachim: Ja, die Singer-Debatte war einer der Anlässe der letzten Jahre, wo sich die Ausdifferenzierung der Linken gezeigt hat und wo deutlich wurde, daß politische Positionen gründlich gewechselt haben. Eigentlich müsste es in dieser Debatte einen klaren linken Standpunkt geben. Daß er nicht mehr von allen geteilt wird, zeigt, daß Wenden stattgefunden haben. Spätestens seit '89 ist die Frage, was links ist, sowohl heiß umkämpft wie auch bei einigen ganz neu definiert worden. Wo meines Erachtens die Singer-Debatte schwierig wird, ist bei der Frage der Meinungsfreiheit. Dürfen Positionen und Meinungen publiziert werden, die nicht akzeptabel oder falsch sind und die scharf kritisiert werden müssen? Das Problem gibt es in bezug auf den Rechtsradikalismus genauso. Darf/Muß man Positionen unterdrücken? Muß man sie tabuisieren, nur weil sie gefährlich sind? Das ist nicht so einfach.

Thomas: Läuft es nicht letztlich auf die Frage hinaus, kann man eine Haltung einnehmen, wonach die Verteidigung des Lebensrechts, um ein Beispiel zu nennen, in Gleichberechtigung mit anderen Positionen in Konkurrenz stehen muß.

Joachim: Natürlich nicht. Es kommt darauf an, was "Gleichberechtigung" heißt. Ich finde, es nützt nicht viel, wenn man gegnerische Positionen tabuisiert und verschweigt, man

---

stand für mich fest: In den sozialistischen Staaten behindert zu sein, ist ein empörend schweres Los.
Tritt: Niemand hat davon gesprochen.
Groll: Die Defekte des Sozialismus wollte man nicht an seinen Bürgern verwirklicht sehen. Deswegen wurde der "allseitig vervollkommnete sozialistische Körper" auf Universiaden und Spartakiaden in einer Art und Weise vergötzt, die Leni Riefenstahl mit tiefer Genugtuung erfüllt haben muß, während der defekte Körper, der defekte Geist, in Sonderanstalten gesperrt wurde, die mehr Atombunkern als Sanatorien glichen.
Tritt: Ein monströser Vergleich! Aber ich gebe Ihnen zu: Die Bilanz der Staatskommunisten in der Behindertenfrage scheint niederschmetternd. Lassen Sie uns nun aber von der Sozialdemokratie sprechen.
Groll: Wie Sie wollen! In einer gewissen Hinsicht ist sie noch bösartiger mit den Behinderten umgesprungen als die Kommunisten. Zur Borniertheit der Kommunisten gesellte sich bei ihnen noch ein gerüttelt Maß an Feigheit und Verschlagenheit.
Tritt: Das müssen Sie begründen!
Groll: Nichts leichter als das. Die Kommunisten versteckten die Behinderten, weil sie nicht in ihr Weltbild vom flözhauenden, pipelinebohrenden und stahlabstechenden Stachanow paßten; die Sozialdemokraten gingen darüber aber noch hinaus, sie sorgten sich darum, die vielen Euthanasiefanatiker nicht zu verschrecken - Wählerstimmen, ohne die in Österreich eine Mehrheit nicht denkbar ist.
Tritt: Das gilt aber nicht für die ersten Jahre der Regierung Kreisky!
Groll: In der ersten sozialistischen Alleinregierung Österreichs, dem Kabinett Kreisky I, das am 21. April 1970 von FPÖ-Gnaden zustande kam, waren vier von zwölf Mini-

muß sie öffentlich kritisieren und widerlegen. Sonst wirken sie umso besser. Das heißt weder Gleichberechtigung noch Gleichgültigkeit. Die Frage stellt sich noch einmal anders in bezug auf die faktisch monopolisierte Medienlandschaft. Da kann die Forderung schon berechtigt sein, etwas nicht abzudrukken oder zu senden, wenn es z.B. gegen grundlegende Menschenrechte verstößt. Politisch wehren kann man sich aber prinzipiell nur, indem man öffentlich kritisiert.

Volker: Das war bei uns insofern anders, weil es einfach einen unterschiedlichen Zugang zu Medien gibt.

Joachim: Genau, es spielt eine Rolle, wer überhaupt publizieren darf.

Volker: Der Unterschied liegt auch darin, daß zum Beispiel in der *Zeit*-Diskussion Behinderte allenfalls als Alibi dazugenommen wurden, ohne gleichberechtigt mitzudiskutieren.

Joachim: Ich denke, daß solche Organe wie die *Zeit* erstmal selber eine klare Position beziehen müssen. In solchen Fällen reicht es nicht, Singer einfach nur zu publizieren und irgendwie darüber debattieren zu lassen. Man kann Singer abdrucken, aber man muß sagen, wir drucken das ab, um es zu kritisieren und warum. Ein Pressemedium ist ja kein Neutrum, das einfach publiziert, sondern es hat Macht und politische Absichten.

Volker: Noch mal zur Frage der sozialen Bewegungen und der Angst. Die Linke hatte ja immer positive Utopien formuliert. Reicht es aus, nur über Ängste oder Kritik am Bestehenden zu mobilisieren oder brauchen wir nicht auch positive Bezugspunkte und Utopien?

Joachim: Zweifellos reicht es nicht, weil Mobilisierung von Angst auch anders herum ausschlagen kann. Sie kann regressiv und reaktionär werden und daß die Linke oder die linke Bewegung darniederliegt, hängt auch damit zusammen, daß sie keine Utopie, kein Modell von Mensch und Gesellschaft, von lebenswerten Verhältnissen hat. Kritisieren ist einigermaßen leicht, schwerer ist es, konkret zu zeigen, wie es anders aussehen könnte. Das macht die heutige Schwäche der Linken aus. Hierzulande gibt es faktisch keine Bewegung mehr, die ein konkretes gesellschaftliches Gegenmodell hat. Dieses Problem ist allerdings nicht so ganz neu. Es gab in der undogmatischen Linken die Vorstellung, eine Kritik des Staatssozialismus bedeute schon, man verfüge selbst über ein gesellschaftliches Konzept. Mit dem Zusammenbruch des "realen" Sozialismus ist auch diese Illusion weg.

Thomas: Und die letzte Utopie der Linken war auch sehr stark verbunden mit der Vorstellung der leidfreien Gesellschaft. Hat das nicht zum großen Teil auch die Attraktivität der Linken ausgemacht, indem sie vielen das Paradies auf Erden versprochen hat, in ferner Zukunft, mit einer naturgesetzlichen Unausweichlichkeit?

Joachim: Mit dieser Frage kommen wir natürlich zu sehr komplizierten Zusammenhängen. Noch mal zurück zum Fortschrittsbegriff der Linken. Dieser hat auf der Vorstellung basiert, durch Technik, durch den Fortschritt der Produktivkräfte die Natur überwinden zu können. Das heißt, die Menschen von ihrer Naturbasis zu befreien und damit von allem, was damit zusammenhängt, von Tod, von Krankheit, von Leid, von Behinderung. Ich will nicht sagen, daß das so offen ausgesprochen wurde, aber mitgeschwungen hat dieses Motiv immer. Diese Vorstellung einer Befreiung von - und nicht in - der Natur kann man heute so nicht mehr formulieren. Das erfordert einiges Umdenken. Konkret: wenn man die Gentechnologie kritisieren will, dann muß man ihr Versprechen kritisieren, Natur und Tod zu überwinden. Was sie nicht real leistet, aber verspricht. Die Akzeptanz von Gentechnologie hängt sehr stark daran, daß mit ihr die Hoffnung verbreitet wird, die Menschen würden von Krankheit und Tod befreit, durch neue Medikamente, neue Diagnostik. Gentechnologisch veränderte Tomaten will niemand essen, da gibt es Widerstände. Aber die Vorstellung, es gäbe Heilmittel gegen Krankheit und Tod, die ist unheimlich attraktiv. Damit arbeitet mehr oder weniger offen die industrielle und politische Propaganda. Die Kritik wird darauf beharren müssen, daß Menschsein, Tod, Leid und Krankheit nicht voneinander zu lösen sind.

Thomas: Da ergeben sich in vielen Einzelfragen ganz interessante Berührungspunkte zu Positionen, die eher aus der wertkonservativen und christlichen Ecke kommen. Um ein Beispiel zu nennen, beim Thema Eugenik/Euthanasie, gibt es durchaus Christen, die, aus einer explizit christlichen Position heraus, das kritisieren und unsere Bündnispartner sind. Kannst Du erklären, wo da der spezifisch linke Ansatz liegt?

Joachim: In den konkreten politischen Forderungen ist die Differenz zwischen Konservativen, Christen und Linken in manchen Fällen nicht so groß. Unterschiede gibt es oft hinsichtlich der Diagnose der Problemursachen. Wenn diese in gesellschaftlichen Verhältnissen liegen, dann müssen diese verändert werden. Moralische Apelle und Wertediskussionen reichen da nicht, wie Christen und Konservative manchmal annehmen. Aber ganz einfach verlaufen die Fronten gewiss nicht immer.

Volker: Es gibt dann immer bestimmte Punkte, wo es Übereinstimmungen und Unterschiede gibt. Zum Beispiel bei der sogenannten vorgeburtlichen Euthanasie oder Abtreibung behinderter Kinder. Das ist dann fließend zur allgemeinen Abtreibungsfrage.

Joachim: Ja, das kann leicht funktionalisiert werden. Die Forderung, behinderte Kinder sollen nicht abgetrieben werden, kann zum Kampf gegen die Abtreibung überhaupt verwendet werden. Es stimmt, das ist halt wirklich ein komplexes Gemenge.

Volker: Zeigt das nicht auch, wenn man die Bewegungen gegen Singer oder die Gentechnologie betrachtet, daß sich neue strategische Bündnisse von Frauen, Behinderten, kirchlichen Gruppen herausbilden.

Joachim: Das ist richtig. Das ist auch ein Beispiel dafür, wie sich soziale Bewegungen überhaupt entwickeln. Bewegungen sind ja keine Parteien mit Satzung, Programm, fester Mitgliedschaft klarer ideologischer Orientierung, sondern vereinen recht unterschiedliche Interessen und unterschiedliche Problemzugänge. Wichtig ist, daß man Differenzen diskutiert und offenlegt und es gerade dadurch möglich wird, gemeinsam zu kämpfen. Die Kritik an Gentechnologie beispielsweise speist sich aus sehr unterschiedlichen Quellen. Aber das macht gerade die Stärke solcher Bewegungen aus. Sie sind breiter und beziehen sich auf vielfältige Aspekte. Das erzeugt innere Kontroversen, macht die Bewegungen abr auch öffentlichkeitswirksamer. Festgefügte Programme nimmt sowieso keiner ernst, Diskussionen schon eher.

Thomas: Der Begriff von der herrschaftsfreien Gesellschaft, ist der eigentlich noch eine Utopie?

Joachim: Ich denke, wenn man konsequent linke Positionen vertritt, dann muß man auch an der Utopie der herrschaftsfreien Gesellschaft festhalten. Jeder Kompromiß in dieser Hinsicht würde einen Pakt mit den Unterdrückern bedeuten. Wie heute eine herrschaftsfreie Gesellschaft aussehen soll, ist allerdings schwer zu formulieren.

Thomas: Weil sich auch Herrschaft verändert.

Joachim: Weil Herrschaft sich verändert, weil es unterschiedliche Formen von Herrschaft gibt. Es gibt Herrschaft, die in der Arbeitsteilung steckt, es gibt Herrschaft von Eltern über Kinder, es gibt viele Formen von Herrschaft.

Volker: Man ist auch nicht einfach beherrscht, sondern man partizipiert irgendwo an bestimmten Punkten an Herrschaft durch berufliche Positionen....

Joachim: Ja, man könnte sogar sagen, daß eine bestimmte Form von "Staat" notwendig ist. Gerade in einer multiplen und differenzierten Gesellschaft bedarf es institutioneller Vorkehrungen, die das Terrain sozialer Auseinandersetzungen abgrenzen und Regeln formulieren. Auch das ist Herrschaft. Trotzdem, Herrschaftsfreiheit als regulative Idee ist unverzichtbar. Das heißt, jede politische Maßnahme, jede gesellschaftliche Entwicklung muß daran gemessen werden, daß sie Herrschaft zumindest abbaut.



stern ehemalige Angehörige von SS und NSDAP. Kann es da verwundern, daß ein des hundertfachen Mordes an geistig Behinderten überführter Mann, Primarius Dr. Gross, Mitglied des "Bundes Sozialistischer Akademiker", meistbeschäftigster Gerichtspsychiater Österreichs und Inhaber der weltgrößten Sammlung von in Spiritus eingelegten Hydrocephali, im Volksmund "Wasserköpfe" genannt, vom SPÖ-Justizminister Broda gedeckt wurde? Auch der Kommandant des Wilnaer Ghettos, Murer, wurde nie angeklagt. Sein Sohn Gerulf stellte sich als hoher FPÖ-Politiker schützend vor ihn. Der langjährige Parteivorsitzende der FPÖ, Friedrich Peter, wurde als ehemaliges Mitglied einer SS-Mordbrigade enttarnt - keine Anklage. Horst Silberbauer, der Mann, der Anne Frank verhaftet hatte und dem Simon Wiesenthal dutzende Verbrechen nachweisen konnte, versah jahrzehntelang als Polizist in Wien Dienst und ging dann hochdekoriert in Pension; die Jahre, die er für die GESTAPO während des Krieges in Holland gearbeitet hatte, wurden ihm selbstverständlich für die Rente angerechnet. Die wenigen Überlebenden des Euthanasie-KZ's Hartheim erhielten nicht einmal eine Entschädigung.

Tritt: Die Laxheit im Umgang mit den Nazis war der Preis für die Erlangung der Unabhängigkeit.

Groll: Während der Anwesenheit der Alliierten wurden in Österreich 800 Kriegsverbrecherprozesse geführt, nach ihrem Abzug 1955 kam es nur mehr zu sechsundvierzig Kriegsverbrecherprozessen, die in sechzehn Fällen mit geringfügigen Verurteilungen endeten. Mit Antritt der Regierung Kreisky II im Jahre 1972 wurden überhaupt alle Kriegsverbrecherprozesse eingestellt, obwohl Ankla-

Wanderungen zwischen den Welten

Reflexionen eines behinderten Linken/linken Krüppels

Krüppel und Linke? Spontan fällt mir dazu ein, daß ich mich mal in der K-Gruppen Szene bewegt habe, mal in einem besetzten Haus gewohnt habe und in den letzten zehn zwölf Jahren in der Krüppel-Szene aktiv bin. Aber wenn ich über Gemeinsamkeiten oder Unterschiede von linker Bewegung und Krüppelbewegung nachdenke, und was das Ganze mit mir zu tun hat, fällt mir immer mehr ein, was zu sagen wäre. Deshalb nur einige biographische Anmerkungen zum Thema.

Wie gesagt, meinen politischen Einstieg habe ich über die K-Gruppen gemacht. 1977 habe ich Kontakt zum Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) bekommen. War es nun ein Zufallsereignis, das mich in den Kontext einer Gruppierung der traditionellen Linken brachte? Sicher spielte auch dies eine Rolle, als ich kurz nach dem Wechsel zum Gymnasium in der Essener Innenstadt auf einen Info-Stand des KBW aufmerksam wurde. Aber der Zufall ist nur ein Teil der Wahrheit. Einen wesentlichen Einfluß hatte sicher das Rebellieren gegen die Familie, die sich vielfach angepaßt verhielt. Daß dies auch mit meiner Behinderung zu tun hatte, wurde mir erst sehr viel später klar. Denn bis dahin lebte ich in einer ziemlichen Überbehütung, was zum Teil auch die scharfen Auseinandersetzungen zwischen mir und meiner Mutter erklärte, wenn ich zu einer Demo gehen wollte etc.





Lust am Provozieren bestimmte meine gesamte politische Arbeit damals: z.B. Flugblätter nicht vor, sondern in der Schule zu verteilen (was verboten war/ist). Ich habe es genossen, in der Schule Narrenfreiheit zu besitzen. Der Gedanke, daß der "Freiraum" mit Behinderung zu tun hat, im Sinne "Behinderte dürfen ein bißchen verrückter sein als nichtbehinderte SchülerInnen, weil sie es ja sowieso schon schwerer im Leben haben", ist mir damals nicht gekommen. Daß ein solcher Gedanke nicht ganz abwegig ist, zeigt ein anderes Beispiel aus der KBW-Zeit. So gab es vereinzelt Bemerkungen von Passanten an den Bücherständen: Bei mir könnten sie es ja verstehen, wenn ich in einer kommunistischen Splittergruppe wäre, aber die anderen... Damit waren die nichtbehinderten Gruppenmitglieder gemeint. Es wurde schon deutlich, wer in eine kommunistische Gruppierung geht, muß verrückt sein, und da Behinderte eher eine Macke haben als Nichtbehinderte, ist es auch verständlicher, wenn sie sich politisch organisieren.

Rückblickend kann ich sagen, daß diese Lebensphase sehr wertvoll für mich war. Damit möchte ich nicht nachträglich den damals vorherrschenden Verbalradikalismus, das Heroisieren der Arbeiter oder das Negieren von Behinderung (einer der typischen Nebenwidersprüche der traditionellen Linken) rechtfertigen. Der Wert dieser Zeit lag vielmehr darin, daß ich dort einiges über politisch strategisches Denken, über politische Ökonomie gelernt habe, was mir später nützlich war - z.B. in den wohnungspolitischen Diskussionen im Kontext der Hausbesetzungen Anfang der achtziger Jahre.

Hausbesetzungen

Mit der Zeit der Hausbesetzungen verbinden sich zum einen Gedanken über das punktuelle Infragestellen einzelner Selbstverständlichkeiten der kapitalistischen Nachkriegsgesellschaft der Bundesrepublik. Nicht nur die Kritik an Wohnungsleerstand, an Profitmaximierung mittels Mietwucher oder Luxusmodernisierung, waren ein Inhalt dieser Bewegung. Ansatzweise und für einen kurzen Zeitraum entwikkelte sie auch eine praktische Alternative zu existierenden unsozialen Verhältnissen im Wohnungswesen. Mit den Instandbesetzungen leerstehender Häuser ging es eben um den Erhalt von Wohnraum für Leute mit geringem Einkommen. Daß dies trotz aller Konflikte, trotz negativer Darstellung in den Medien und trotz Fehlern der damals Aktiven auch von vielen Menschen außerhalb der Besetzer Szene verstanden wurde, belegen manche Anrufe im AStA der Uni Essen, in dem ich zu der Zeit mitgearbeitet habe. In den Telefonaten wurden Informationen über unbewohnte, oft seit Jahren leerstehende Häuser übermittelt, die doch "unbedingt" (Originalton) besetzt werden müßten.

Der hier hervorscheinende antikapitalistische Aspekt der BesetzerInnen-Bewegung reichte allein nicht, um ihren kurzzeitigen Einfluß zu erklären. Attraktiv war die Verbindung zwischen Privatem und Politischem. So bedeutete für mich der Einzug in ein besetztes Haus auch eine persönliche Weiterentwicklung im Sinne einer größeren Unabhängigkeit von der Familie. Zugleich gab es in dem Haus selbstbestimmte Formen kollektiven Lebens, die es mir als Krüppel etwas leichter machten, im alltäglichen Zusammenleben zurechtzukommen, ohne daß dies gleich als karitative Hilfe, als Betreuen eines Behinderten verstanden werden konnte.

Gewiß, es gab auch Probleme und Widersprüche. Der vordergründige Anspruch nach persönlicher Autonomie führte umgekehrt zu verständnislosen Reaktionen im alltäglichen Umgang der Wohngemeinschaft. So war es

---

gen gegen hunderte unbehelligt in Österreich lebende Kriegsverbrecher bestanden. Wundert es Sie da, daß in den siebziger Jahren die Ghettoisierung behinderter Kinder in Sonderschulen verstärkt betrieben wurde? Daß zur selben Zeit in Italien alle Sonderschulen ersatzlos gestrichen wurden, daß damit die Integration behinderter Kinder im Regelschulwesen erfolgte, das wurde von sozialistischen Bildungspolitikern nicht einmal ignoriert.

Tritt: Aber gerade im Bildungsbereich hat die SPÖ eine große Vergangenheit! Bedenken Sie die Errungenschaften des "Roten Wien"!

Groll: Ich will sie nicht schmälern. Trotzdem füge ich hinzu, daß der berühmte Sozialhygieniker, - man bedenke nur dieses Wort! - Julius Tandler nicht davor zurückschreckte, "lebenswertes" von "lebensunwertem" Leben zu unterscheiden.

Tritt: *gereizt* Sie haben doch an jedem etwas auszusetzen!

Groll: Ich sage, was ist. Es war die Wiener SPÖ, die sich bis zuletzt gegen die Einführung des Pflegegelds wehrte. Behinderte sollen ihrer Ansicht nach nicht mit Geld und der damit verbundenen gesellschaftlichen Macht ausgestattet werden, man war nur zu unzureichenen Sachleistungen bereit. Die Hauptgegner für die Einführung des Pflegegelds waren nicht die bürgerlichen und kirchlichen Parteien und Gruppierungen, unsere Hauptgegner war die vereinte Sozialdemokratie, der Finanzminister, der Sozialminister, der Wiener Finanzstadtrat, der Präsident der Arbeiterkammer, der Präsident des Gewerkschaftsbundes. Ich bemühe mich nach Kräften, die Erinnerung unter meinen behinderten Kollegen und Kolleginnen wachzuhalten, daß ausschließlich wir selbst es waren, die das Pflegegeld in einem fünfzehn Jahre währenden Sozialkrieg erkämpft haben!

z.B. nicht immer selbstverständlich, wenn ich beim Frühstück einen Mitbewohner bat, auch mir eine Scheibe Brot abzuschneiden, wenn er gerade dabei war. Es kam vor, daß ich dann die Antwort erhielt: "Aber du willst doch sonst immer selbständig sein, warum denn jetzt nicht?" Dergleichen Beispiele ließen sich noch viele anführen. Sie waren zwar nicht prägend für das Zusammenwohnen, erschwerten es aber manchmal. Gerade die Erfahrungen in dem besetzten Haus führten bei mir zu der Einschätzung: Es fehlt etwas. Bestimmte Dinge, die mit meiner Behinderung zu tun haben, können in der Wohngemeinschaft nicht thematisiert werden. Das war die Geburtsstunde der Krüppelgruppe im Sommer/Herbst 1982.

Die Krüppelgruppe

Ich habe keine typische Behindertenkarriere durchlaufen. Weder war ich in einem Sonderkindergarten oder einer Sonderschule, noch war ich in einer der Organisationen, die Freizeitaktivitäten mit Behinderten veranstalten. Ich kannte also kaum Behinderte, die für eine Gruppe ansprechbar waren. Was sollte ich also tun?

Am Anfang der Krüppelgruppe stand daher eine Anzeige für eine Behinderten-Selbsthilfegruppe in einer alternativen Essener Stadtzeitung. Auf die Veröffentlichung der Anzeige gab es zunächst überhaupt keine Reaktionen. Das lag zum Teil am berühmten Sommerloch während der Urlaubsmonate. Doch die ZeitungsmacherInnen des monatlich erscheinenden Alternativmagazins veröffentlichten das Inserat ohne vorherige Absprache mehrmals. Nach mehreren Wochen endlich der erste Telefonanruf. Aber was für ein Frust: So erklärte mein Gesprächspartner, er sei Psychologe und interessiere sich für Behindertenarbeit. Darüber hinaus kenne er einige Sozialarbeiter, die ebenfalls interessiert wären. Ich reagierte ungehalten, sah mich doch schon in einem Kreis von Psychologen und Sozialarbeitern, die mich dankbar als Objekt ihrer Fürsorglichkeit und Nächstenliebe annahmen. Obwohl ich damals von den Krüppelgruppen, wie sie zum UNO-Jahr der Behinderten 1981 öffentlich bekannter wurden, noch nichts gehört hatte, war mir klar: Ich will eine Gruppe nur mit Behinderten. Mit diesem Bescheid unterbrach ich meinen Gesprächspartner und legte auf.
Wieder vergingen einige Wochen. Endlich erhielt ich einen Anruf von einer behinderten Frau. Wir verabredeten uns in meiner WG im besetzten Haus. Nachdem sich zwei weitere Frauen aufgrund der Zeitungsannonce gemeldet hatten, trafen wir uns regelmäßig zu viert und bezeichneten uns bald als Krüppelgruppe.
Öffentlichkeitswirksame Themen, wie beispielsweise der behindertenfeindliche öffentliche Nahverkehr, waren für uns in der Essener Krüppelgruppe kein Thema. Der Schwerpunkt unserer Gespräche lag eher auf der Frage, wie Behinderung unsere Persönlichkeit geprägt hat. Wir bildeten also eine Selbsterfahrungsgruppe. Das lag sicher auch daran, daß von den vier Gruppenmitgliedern drei Frauen



waren. Einige unserer Versuche, neben der erwähnten Zeitungsanzeige uns bekannte behinderte Männer für eine Selbsterfahrungsgruppe zu interessieren, scheiterten vollständig, so daß wir bis zur Auflösung der Krüppelgruppe in der ursprünglichen Konstellation - drei Frauen ein Mann - verblieben. Das ist im übrigen ein Problem, welches bis heute auch in der Krüppel-Szene aktuell geblieben ist - die Frauen kümmern sich eher und intensiver um die persönlichen und emotionalen Dimensionen ihres Lebens. Rückblickend kann ich feststellen, daß wir als Krüppel-Männer in mehr als zehn Jahren noch nicht sehr viel weiter gekommen sind.

Bei mir lag die unmittelbare Wirkung der Krüppelgruppe in der Entwicklung einer persönlichen Stärke. Diese wollte ich nach Auflösung der Gruppe unmittelbar in andere Lebensbereiche übertragen. In meinem Pädagogik-Studium initiierte ich eine weitere Selbsterfahrungsgruppe, die als Praktikum anerkannt wurde. Auf der politischen Ebene brachte ich meine Erfahrungen aus der Krüppelgruppe in die Programmdiskussion einer Grün-Alternativen Liste ein.

Versuch einer Einschätzung

Mehr als zehn Jahre sind seit den beschriebenen Ereignissen vergangen und vieles ist in dieser Zeit passiert: die Diskussionen um humangenetische Beratungsstellen, Pflegegesetz, Singer/Bioethik etc. Aber die Eindrücke und Erfahrungen aus der Zeit des KBW, der Hausbesetzungen und der Krüppelgruppe haben rückblickend betrachtet meine Handlungsweise und meine politische Orientierung entscheidend geprägt.
Meine "linken" Wurzeln führen dazu, daß ich bei Diskussionen in der Krüppel Szene immer wieder versuche, unsere Fragen in größere Zusammenhänge einzuordnen. Was haben beispielsweise Sozialkürzungen im Behindertenbereich mit Kapitalismus zu tun? Auf der anderen Seite haben auch politische Bezüge außerhalb der Krüppelbewegung eine große Bedeutung. Insbesondere der Kontakt zum Essener Genarchiv, der in mehr oder weniger ausgeprägter Form seit den Debatten um die humangenetischen Beratungsstellen existiert hat, ist mir wichtig. Hier sehe ich unter anderem meine Aufgabe darin, Krüppel/Behinderten-Positionen in den Diskussionsprozeß einzubringen.

Aber damit beschreibe ich nur einen Teil davon, wie ich mich in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen verorte. Daß ich mich in der beschriebenen Weise politisch zweigleisig organisiere, hat auch mit persönlichen Bezügen und Traditionen zu tun. Mit Ludger vom Genarchiv verbindet mich eine lange Freundschaft, die bis in die Schulzeit zurückreicht, als ich noch im KBW war. Die Frau, die als erste auf meine Anzeige für eine Selbsthilfegruppe antwortete, ist Ulrike Lux, mit der ich heute in der randschau-Redaktion zusammenarbeite.

Damit habe ich bestimmt nicht das Verhältnis Krüppel und Linke erklärt. Es macht aber vielleicht verständlich, daß Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen linken Positionen und Krüppelstandpunkten sich nicht allein an strategischen Fragestellungen à la "Welche Haltung hat die Linke zur Euthanasie-Debatte?" erklären lassen, sondern daß auch scheinbar unpolitische individuelle Bedürfnisse eine Rolle spielen. Das Private ist eben doch Politisch.

VOLKER VAN DER LOCHT, ESSEN

Anmerkung:
Nein, was unsere Krüppelgruppe angeht, stimme ich mit Volker ganz und gar nicht überein. Auch wenn wir nicht zusammengekommen waren, um explizit nach außen zu agieren, greift die Beschreibung "Selbsterfahrungsgruppe" meiner Meinung nach viel zu kurz: Durch diese Gruppe, aber auch den Kontakt zu anderen Initiativen habe ich während dieser Zeit zu meiner Überraschung erfahren, daß behinderte Frauen und Männer sich zusammenschließen können, um etwas anderes zu tun, als ihre Freizeit mit Basteln oder Pfadfinderei zu verbringen: Nämlich ihre Erfahrungen austauschen (besagte Selbsterfahrung) und darüber hinaus ihre Gedanken dazu zu formulieren, Forderungen aufzustellen, sich als behinderte Frauen und Männer nach außen selbst zu vertreten. Eben Behinderung als "privates" Problem (?) aus dem Keller zu holen und zum "politischen" Thema zu machen. Daran arbeiten wir heute noch.

ULRIKE LUX



Tritt: Und ich erinnere mich daran, daß auch der "Kriegsopferverband" gegen die Einführung des Pflegegelds für sogenannte Zivilinvalide protestiert hat, und der ist wahrlich nicht sozialdemokratisch ausgerichtet.
Groll: Deswegen war es auch ein leichtes, ihm das Maul zu stopfen. Wesentlich schwieriger war dagegen unser Stand in einer sozialdemokratisch geführten Wohnhausanlage. Dort zirkulierten Unterschriftslisten, in denen Nichtbehinderte dagegen protestierten, daß Behinderte Waschmaschinen für ihre Wohnung erhielten; die Nichtbehinderten wollten nicht einsehen, daß die Waschmaschinen von der Behindertenvertretung durchgesetzt wurden, weil die Rollstuhlfahrer die Gemeinschaftswaschküchen infolge vieler Stufen nicht benutzen konnten, mit ihrer Miete aber die teuren Serviceverträge für die Wartung der dort aufgestellten Waschmaschinen mitfinanzieren mußten. Dasselbe galt für die Saunen und alle dreihundert Gemeinschaftsräume, die allesamt für Gehbehinderte unerreichbar waren. Es dauerte Monate, bis eine Gerätekmmer als Sportraum für Behinderte durchgesetzt, es dauerte Jahre, bis eine Sauna adaptiert wurde. Das alles geschah unter den wachsamen Augen der örtlichen Sozialdemokratie; die Behinderten erhielten von ihrer Seite nicht nur keine Hilfe, im Gegenteil, es waren Funktionäre der SPÖ, die die Unterschriften sammelten.
Tritt: Und es fanden sich Mieter, die niederträchtig genug waren, die Liste zu unterschreiben?
Groll: Zweihundertzweiundsiebzig von sechshundertsechsundzwanzig. Und bei Hausversammlungen unter Aufsicht der SPÖ wurden die Behinderten beschimpft; die Gat-

Gefahren der Identität

Die Linke und die Behindertenbewegung - ein schwer entwirrbares Verhältnis. Wo hat es angefangen: In den frühen siebziger Jahren, als Behinderte wie westdeutsche Linke das Black Liberation Movement rezipierten und "Black is beautiful" in ein "Behindertsein ist schön" umdeuteten? Als ein Aktivist wie Franz Christoph in den Niederlanden um politisches Asyl nachsuchte und dafür im "arbeiterkampf", der die Faschisierung der BRD-Gesellschaft analysierte, belobigt wurde? Und wann ist es umgeschlagen? Bei den Protestaktionen gegen das UNO-Jahr der Behinderer 1981, als eine starke Fraktion in der Behindertenbewegung die Schnauze voll hatte von uns nichtbehinderten Linken, die wir als alternative Bevormunder kritisiert wurden? Oder bei den Vorbereitungen für das Krüppeltribunal 1981, als die ganze Krüppelfraktion auszog, weil Nichtbehinderte mitarbeiten durften? Oder 1987, als der 4. Alternative Gesundheitstag "Euthanasie" zu seinem Schwerpunktthema erhob und gegen scharfen Protest einen Propagandisten der Sterbehilfe wie Julius Hackethal als Hauptredner einlud? Oder war es, als sich der heftige Streit zwischen Behinderten- und Frauenbewegung über Abtreibung und eugenische Indikation zuspitzte? Keine der Antworten sind ganz, aber alle sind irgendwie richtig.
Das Verhältnis zwischen Behindertenbewegung und linken und feministischen Gruppen in der BRD ist von Anfang an gespannt gewesen - wobei die Spannung im Wesentlichen von Seiten der Gruppen aus der Behindertenbewegung ausgegangen ist; die linken Gruppen (die feministischen etwas weniger) haben sich nämlich eher den Luxus geleistet, die Konflikte mit der tapferen kleinen sozialen Bewegung paternalistisch zu ignorieren.
Das hat vor allem mit einer zentralen Schwäche der Linken zu tun: Sie hat sich in den vergangenen zwanzig Jahren im Allgemeinen weniger mit realen gesellschaftlichen Entwicklungen beschäftigt als mit ideologischen Debatten und einer ökonomistisch verkürzten Kapitalismusanalyse. Die ebenfalls aus der Linken kommenden sozialen Bewegungen, wie Anti-AKW-, Häuserkampf- oder Startbahn-West-Bewegung waren dagegen klassische Ein-Punkt-Unternehmen, die aus anderen Gründen das selbe Problem hatten: nicht die Gesellschaft insgesamt, sondern nur ein schmaler Ausschnitt davon hat ihre politische Arbeit strukturiert. Wenn Behinderte dabei überhaupt in den Blick geraten sind, dann eher als "abschreckendes Beispiel": Daß Atomenergie oder Pharmaindustrie Behinderunge produzieren, galt als eines der stärksten Argumente gegen diese Branchen. Dem liegt das Konzept zugrunde, daß Leute, und das sind immer die Massen, nicht die Minoritäten, dort "abgeholt" werden müßten, wo sie sich befänden - ein Ansatz, der gerade in der aktuellen Auseinandersetzung um Nazismus und Rassismus fatale Nebenwirkungen zeigt: erweist er sich doch als Einfallstor für allerlei Entschuldigungen aggressiven Ressentiments



und nur vorsichtige Taktiererei dagegen. Es sind eben nicht die besseren Einsichten allein, die aus einem rassistischen Ausgebeuteten einen emanzipierten Streiter für den Sozialismus machen, und emanzipatorische Ziele lassen sich auch nicht allein mit dem durch sie besser gewahrten eigenen Interesse erklären. Es kann - und muß - durchaus Inhalt linker Politik sein, den eigenen, unmittelbaren Interessen auch zuwider handeln zu können, sich selbst in Frage zu stellen und Machtpositionen aufzugeben, die man(n) der Erfüllung bestimmter biologischer Normen verdankt.
Der Einwand, daß so letztenendes doch auch wieder im eigenen Interesse, nämlich dem an einer an sich besseren Welt, gehandelt wird, ist schlau - geht aber am Zentrum der aktuellen Auseinandersetzung vorbei. Die ist dadurch charakterisiert, daß das Betroffenheitskonzept klar erkennbar an seine Grenzen stößt - und gleichzeitig so grundlegend für das politische Handeln ist wie selten zuvor, weil Fragen der Identität Form und Inhalt fast aller politischen Auseinandersetzungen dominieren. Und das ist dann, bei allen Spannungen und Gegensätzen, wieder etwas, das Behindertenbewegung und die Reste der Linken eint. An seine Grnzen stößt das Betroffenheitskonzept, mit dem die Linke (und auch die Behindertenbewegung) in den 70er und 80er Jahren schöne Erfolge einfahren konnte, deshalb, weil sich heute Deutsche als Opfer der Kriminalität von "Ausländern" sehen; weil Jugendliche, die betroffen von "40 Jahren sozialistischer Mißwirtschaft" sind, heute Flüchtlingsheime anzünden und fordern, daß Geld lieber in Jugendzentren für Deutsche als in Sozialhilfe für "Asylanten" gesteckt werden möge; weil über Tierversuche Empörte heute Front gegen Behinderte machen, die besser als Schäferhunde behandelt würden; und weil zunehmend mehr feministische Frauen im Namen des Selbstbestimmungsrechtes "Euthanasie", auf jeden Fall aber pränatale Selektion für notwendig halten. In dem Maße, wie Betroffenheiten sich selbst nach rechts entwickeln oder von rechts vereinnahmt werden, wird Identität aber auch von den an den Rand gedrängten Minderheiten als Unterscheidungskriterium eingesetzt, um der Vereinnahmung, der Eliminierung des Subjektiven zu entgehen, um das eigene Selbstbewußtsein zu stärken. Gruppeneigenschaften werden betont, Menschen geben sich stolz darauf, schwul, lesbisch, behindert oder schwarz zu sein. Das Stigma soll so zur Auszeichnung umgewidmet werden - was gelegentlich auch gelingt. Die Kehrseite ist eine Verengung der politischen Perspektive, die sich mittelfristig fatal auswirken kann, weil sie auch noch den Weg in die Sackgasse als Schritt nach vorne erscheinen läßt.
Die Auseinandersetzungen um ein Anti-Diskriminierungs-Gesetz könnten so ein Scheidepunkt sein: Hier hat das Engagement für die Nicht-Diskriminierung der eigenen Identität dazu geführt, daß Schwule und Lesben, ImmigrantInnen und Behindertengruppen um ihre jeweils eigenen Forderungen kämpfen, aber gerade nicht das Gemeinsame der Ausgrenzung, nämlich den institutionalisierten Rassismus, in den Mittelpunkt ihres Engagements stellen. Identität siegt so, aus pragmatischen und nachvollziehbaren Gründen, über Systemanalyse und -kritik; unmittelbar haben die Behinderten, die im Unterschied zu anderen Gruppen ein Benachteiligungsverbot im Grundgesetz erreicht haben, zwar davon profitiert - doch schon mittelfristig dürfte sich diese Aufspaltung nachteilig für sie auswirken, denn auch sie verzichten damit auf das, was sich bisher als das zentrale Manko der Linken erwiesen hat: auf Gesellschaftsanalyse. Das konzentrierte Engagement für eine Anti-Diskriminierungs-Regelung, ohne Berücksichtigung der in der BRD im Vergleich zu den USA gänzlich anderen politischen Verhältnisse, dürfte aber schon bald ins Leere oder in einen unverbindlichen Reformismus führen, in dem sich die Bewegung nicht mehr von den etwas liberaler gewordenen Traditionsverbänden unterscheidet. Zwar hat die Behindertenbewegung der Linken voraus, daß sie zu Menschen- und Bürgerrechten noch nie ein taktisches Verhältnis hatte, ihr Engagement gegen Diskriminierung also nicht aufgesetzt und nachgeholt wirkt. Von linken Gruppen lernen kann sie dagegen einiges über die Gefahren der Institutionalisierung von Protest und die enormen Möglichkeiten der Einbindung des Widerstands - und darüber, daß Anti-Diskriminierung eben noch keineswegs gesellschaftliche Teilhabe und die Möglichkeit zur Emanzipation garantiert, zumal dann nicht, wenn sie juristisch eingefordert werden muß: Die Justiz ist auch für Behinderte eine politische Justiz...

OLIVER TOLMEIN, HAMBURG

---

tin eines Bezirksfunktionärs der SPÖ ging noch weiter, sie warf den Behinderten vor, über ungerechtfertigte Privilegien wie einen Parkplatz vor der Wohnung zu verfügen, sie forderte dasselbe auch für Nichtbehinderte. Wenn Sie glauben, daß die SPÖ ein Wort der Entschuldigung, ein Wort der Distanzierung gefunden hat, haben Sie sich getäuscht. Im Gegenteil, gegen einen erzürnten Rollstuhlfahrer, ein SPÖ-Mitglied, wurde in der Folge ein Parteiausschlußverfahren angestrengt.
Tritt: Gehe ich recht in der Annahme, daß sich diese Vorfälle in Ihrem Gemeindebau ereignet haben?
Groll: Ja. Und ich komplettiere das Bild von der Floridsdorfer SPÖ, indem ich Ihnen sage, daß nach der letzten Gemeinderatswahl, bei der die FPÖ mit ihrem "Ausländer - Raus" - Wahlkampf fast ein Viertel der Stimmen bekommen hatte, das Sektionslokal der SPÖ im Bau geschlossen wurde. Die Folge war, daß bei der jüngsten Nationalratswahl der FPÖ-Anteil in diesem Wahlsprengel auf über fünfzig Prozent geklettert ist, und das trotz der Tatsache, daß nach wie vor drei Viertel der Mieter SPÖ-Mitglieder sind.
Tritt: Wo arbeiten diese Leute?
Groll: Beim Magistrat, bei den Verkehrsbetrieben, der städtischen Müllabfuhr, der Städtischen Versicherung, den städtischen Wasserwerken, der Wiener Polizei - alles sozialdemokratische Hochburgen. Während der SPÖ-Bundeskanzler Haider ausgrenzt, betreibt sein Innenminister die Haider'sche Ausländerpolitik, und die SPÖ-Mitglieder wählen FPÖ. Tatsache ist, daß die Partei, die Haider verbal am stärksten bekämpft, in ihren Taten und Nicht-Taten das meiste dazu beiträgt, daß Haider immer stärker wird.
Tritt: Mir scheint, daß Sie zu sehr von der Floridsdorfer *) Sicht der Dinge geprägt

Raus aus der Einbahnstraße

Wir - das sind zwei Frauen von den Rhein/Main-Ratten gegen Gen- und ReproUnsinn und ein Mann - bereiten eine Veranstaltung über Biologismus/Rassismus vor, angeregt durch die Artikel in der Randschau zum selben Thema. Da wir alle drei nichtbehindert sind, kreisen unsere Gespräche auch immer wieder um die Frage, warum uns diese Auseinandersetzung so wichtig ist. Was ich hier beschreibe, ist Teil unserer Überlegungen.
Ähnliches wurden wir auch von der Randschau gefragt: Was treibt eigentlich nichtbehinderte Linke dazu, sich im Kampf gegen Eugenik und Euthanasie zu engagieren; betroffen seien wir ja wohl nicht.
Flapsig hätte ich antworten können: weil ich gegen jede Art der Unterdrückung und Diskriminierung bin, nicht nur gegen die meinige. Aber ich habe das Mißtrauen in der Frage gehört, und es ist berechtigt.



Ausschlaggebend für die nähere Beschäftigung mit Eugenik war für mich die Auseinandersetzung mit den Gen- und Reproduktionstechnologien, ihre grundsätzliche Ablehnung, die radikale Kritik an biologistischen Menschenbildern und das Nachdenken darüber, wie diese Vorstellungen sich im Umgang der Menschen untereinander auswirken.
Erst im Verlauf dieser Auseinandersetzung habe ich angefangen, mich näher mit der Ausgrenzung und Vernichtung "unwerten Lebens" im faschistischen Deutschland zu beschäftigen und gemerkt, wie oberflächlich mein Wissen darum und damit auch meine Ablehnung war. Indem ich mich intensiver mit Humangenetik und Eugenik innerhalb jener Technologien befaßte, entdeckte ich Grundsätzliches, das Kontinuität bis heute hat: Eine anmaßende Haltung, die Menschen auf einer Werteskala unterbringt (von wert bis unwert, normal bis anormal, nicht mehr eingliederungsfähig, nicht therapierbar, nütze bis unnütz); die Erfassung aller hier Lebenden mit deutscher Gründlichkeit nach den jeweils herrschenden Kriterien zwecks effektiver Bearbeitung. Mich erschreckte, daß systematisches und absichtliches Verhindern womöglich behinderten Nachwuchses, auch da, wo Kinder eigentlich gewünscht wurden, selbstverständlich geworden ist. Der Kontext, in dem heute Entscheidungen getroffen werden, ist ein anderer: nicht die Volksgemeinschaft steht im Vordergrund, sondern Perfektionsgelüste und eine bestimmte Vorstellung von individuellem Glück; nicht "hinaufpflanzen" sollen wir uns heute, sondern normiert fortpflanzen.
Mir wurde bewußt, daß ich ohne weiteres die gängigen Stereotype über das Leben behinderter Leute aufsagen konnte, daß ich Schwäche zwar nicht verachtete, aber mich auf keinen Fall schwach sehen mochte, was mich einigermaßen verunsicherte. Ich hatte das Gefühl, um dem Vergessen und der vorherrschenden Versöhnung mit der deutschen Geschichte etwas entgegensetzen zu können, muß ich erst mal genauer wissen, *was* da vergessen werden soll.

Wir begannen nachzulesen und zu suchen, wie Versatzstücke dieses Gedankenguts ausgerechnet in uns überdauern konnten. Wir wollten keine Geschichtsaufarbeitung, in der "die Linke" oder "die Frauenbewegung" sich selbst neben die Geschehnisse stellt, weil sie schon immer dagegen gewesen waren. Dafür bekamen wir wichtige Denkanstöße aus den Diskussionen in den letzten Jahren um Antisemitismus innerhalb der deutschen Linken und aus Texten schwarzer Frauen zum Rassismus in der weißen Frauenbewegung. Innerhalb der Rhein/Main-Ratten beschäftigten wir beide uns mit eugenischen Parolen der Bewegung gegen den § 218 zur Zeit der Weimarer Republik; mit dem Antisemitismus in den Frauenorganisationen, die 1933 gezwungen wurden, ihre jüdischen Mitgliederinnen auszuschließen, und dies zum allergrößten Teil auch taten.

Das Erkennen des Unterdrückungsverhältnisses, dem wir selbst unterliegen, bedeutet eben nicht automatisch die Sensibilisierung für alle anderen Unterdrückungsmechanismen. Auch die deutsche Linke oder die deutsche Frauenbewegung sind verstrickt in die Verhältnisse. Sie sind nicht frei von eugenischen, rassistischen, antisemitischen und/oder heterosexistischen Verhaltensweisen. Wir bewegen uns in einer Normalität, in der wir in vielen Situationen nicht auffallen, eben weil wir "normal" sind; in der uns Normierungen nicht auffallen, weil wir sie für Selbstverständlichkeiten halten. Das macht es nicht leicht, den Kampf gegen die herrschende Normierung aufzunehmen, wie es so schön auf vielen Flugblättern heißt.
Nicht leicht, aber auch nicht unmöglich. Sich heimlich zu erwischen beim Reproduzieren herrschender Stereotype, muß kein Grund sein, sich durch Schuldgefühle paralysieren zu lassen. Wir wollen lieber den Wunsch nach Veränderung ernst nehmen; die Wut ernst nehmen, die entsteht, beim Lesen biologistischer Theorien von Heute und Gestern oder angesichts des Wegsperrens von Leuten, weil sie nicht in diese Gesellschaft passen. Die Wut, die ich spüre, wenn ich die schöngefärbten, reingewaschenen Worte höre, die nichts anderes meinen, als Asylierung, Deportation,

---



sind.
Groll: Das stimmt nicht. Vor Jahren besuchte ich mit einer Begleiterin ein Konzert in Wien-Fünfhaus. Ich hatte mir rechtzeitig eine Behindertenkarte für mich und meine Begleiterin besorgt. Nun sind die Behindertenplätze in der Stadthalle so schlecht, daß man über eine schwarze Balustrade kaum hinweg sieht, weswegen der Platz auch sonst nicht zum Verkauf gelangt. Für Behinderte aber ist er gut genug und trägt außerdem noch einen Gewinn ein.
Tritt: Sicher ein Einzelfall!
Groll: Irrtum, ein Normalfall. Im Theater an der Wien, im gewerkschaftlichen Volkstheater und im Akademietheater ist die Situation genauso. Unzumutbare Plätze, die ansonsten nicht verkaufbar wären, wurden zu Behindertenplätzen deklariert. In einem Fall sitzen sie hinter einer Säule, im nächsten auf einem holprigen Podest, und im dritten soweit seitlich, daß sie der Schauspieler nur gewahr werden, wenn diese an die Rampe treten.
Tritt: Das ist ja beschämend!
Groll: Vor allem ist es mühsam. Ich habe auf diese Art und Weise schon viele denkwürdige Aufführungen erlebt. Mein Eindruck von den Stücken unterschied sich deutlich von dem meiner nichtbehinderten Freunde. Immerhin aber können Sie in diesen Theatern Seite an Seite mit Ihren Begleitern sitzen, etwas, was im Konzerthause oder in der Stadthalle nicht möglich ist.
Tritt: Warum?
Groll: Fragen Sie den Stadthallendirektor. Ich bestand einmal darauf, daß meine Freundin auf dem Normalsitz neben mir Platz nehmen konnte, die Stadthallenbediensteten aber bestanden darauf, daß sie zehn Reihen weiter Platz zu nehmen hätte. Weil wir den Anpöbel-

Verreck-doch. Die Beklemmung angesichts der ausschließlich dunkelhäutigen Jugendlichen, die demütigend an die Wand gestellt werden...

Jenny Morris schreibt zum Beispiel von ihrem Ärger und ihrer Distanz zur nichtbehinderten Frauenbewegung. Sie fordert ein, daß sich die nichtbehinderten Frauen selbst problematisieren, statt behinderte Frauen zum Problem zu erklären. Das bedeutet, sich als "nichtbehinderte Person mit bestimmten kulturellen Annahmen zu Behinderungen" zu begreifen.
Dieses Begreifen kann auf unterschiedlichen Weisen geschehen.
Für uns ist es das Rumnagen am Ideal der "Unabhängigkeit" - am Bild der "starken Frau", oder in linken Zusammenhängen am Bild des "Kämpfers". In Diskussionen vergegenwärtigten wir uns die Bedeutung des Konstrukts "unabhängiges Wesen", als die herrschende Vorstellung, wie mensch zu sein hat. In der Tradition der Aufklärung erscheint uns die gegensätzliche Konstruktion von Mann und Frau mit ihren entsprechenden Zuordnungen (stark/schwach, vernünftig/unvernünftig usw.) eine zentrale Denkfigur zu sein. In diesem Denken wird die Vorstellung vom "Mann" als unabhängiges, also vollkommenes, Wesen entwickelt; die "Frau" ist nicht einfach das Andere, sondern immer unvollkommen, abhängig, d.h. sie wird negativ gedacht. Wir fragten uns, inwieweit dieses Denken in Gegensätzen und den damit verbundenen Wertungen Wirkung bis in unseren Alltag hinein hat.
Als Frauen wehren wir uns dagegen, das "schwache Geschlecht" genannt zu werden. Nein, natürlich sind wir nicht schwach. Wir können sehr stark sein. "Komm, reiß dich zusammen, du schaffst das, Frau". Wir wünschen uns Kraft und Stärke; "Powerfrau". Selbst wenn wir einsehen, daß es gut sein kann, sich auch mal schwach zu zeigen, so nur im Hinblick darauf, daß dieser Zustand vorübergeht und wir wieder stark werden, daß die Schwäche dem Ziel der Stärke dient.
Das Denken und Fühlen in diesen Gegensatzpaaren begreifen wir als Einbahnstraße. Stärke wird im herrschenden Alltagsdenken assoziert mit Leistungsfähigkeit, Tatendrang, Energie, Selbst-was-tun, natürlich-männlich, wobei als Vorraussetzung die vorschriftsmäßige Ausstattung mit allen Gliedmaßen und ein gewisser IQ gilt. Schwäche ist, die Hilfe der anderen zu brauchen, nichts hinzukriegen, müde zu sein: typisch Frau eben, schon klappt sie zusammen.
Solche Vorstellungen von Stärke und Schwäche wenden sich "automatisch" gegen Versehrtheit, Verwundung, Krankheit und Behinderung. Schnell reden ist wichtig, schnell denken und zuschlagen - Hauptsache, es geht schnell.
Doch was ist schlecht am Nichtstun, an Krankheit und Müdigkeit? Was ist negativ am Trauern? Müde werden wir in Folge einer Aktivität. Und Aktivität ist nicht bloß rumrödeln. In vielen Alltäglichkeiten hat sich die Konstruktion der Unabhängigkeit mit ihren Zuordnungen niedergelassen; ihr auf die Spur zu kommen, hat uns Wege geöffnet, uns Stärke und Schwäche, Vernunft oder Unvernunft auch anders vorstellen zu können.



Oder nochmal anders draufgeschaut: Im gängigen patriarchalen Diskurs wird die Frau als abhängig bezeichnet, im Gegensatz zum Mann, der sich einzubilden hat, ein unabhängiges Wesen zu sein. Das Gegenüber des Mannes ist "irgendwie" unvollkommen. Die herrschenden Wissenschaften, allen voran Medizin und Biologie, haben ihren Teil dazu beigetragen, dieses "Irgendwie" zu beweisen und damit Unterdrückung zu legitimieren.
Doch gilt die Zuschreibung von Abhängigkeit nicht nur für Frauen, sondern auch für andere Menschen, die zu einer Gruppe zusammengefaßt, diskriminiert und denen bestimmte Eigenschaften zugeschrieben werden.
Schwarze Frauen und Männer werden als abhängig, naiv und führungsbedürftig bezeichnet; das sichert die weitere Ausbeutung kolonisierter Menschen und darauf beruft sich jede "Entwicklungshilfe". Von Menschen mit Behinderungen wird ebenfalls behauptet, sie seien besonders abhängig und unvernünftig, was der Modellierung und Durchsetzung des Bildes vom "richtigen" Menschen dient.
Weiße, nichtbehinderte Frauen wehren sich meist gegen die Behauptung der Abhängigkeit, in dem sie sich selbst als unabhängig (und stark und vernünftig usw.) beschreiben. Damit befinden sie sich nun aber selber auf der beschriebenen Einbahnstraße des Denkens in Gegensätzen. Dieses Verständnis von Sich-Wehren bedeutet im Grunde, die Seite wechseln zu wollen. Frauen landen dadurch auf der positiv besetzten Seite und ernten Privilegien. Als "vernünftige, unabhängige" Frauen weisen sie nun ihrerseits den Frauen und Männern mit Behinderungen genau die Abhängigkeit zu, gegen deren Zuschreibung auf sich selbst sie sich gerade gewehrt haben. Dies geschieht mit biologistischen Begründungsmustern, die den eben noch bekämpften sehr ähnlich sind.
"Unabhängigkeit" ist eine patriarchale Machtphantasie, und die Forderung, sich als unabhängiges Wesen vorstellen zu sollen, eine Zumutung. Um ihr zu genügen, müßten wir vieles leugnen, was uns ausmacht: Geburt, Kindheit, Freundschaft; wir müßten schreckliche Angst vor Alter und Krankheit haben (was damit ja auch tatsächlich erreicht wird), weil wir dann dem Ideal nicht mehr entsprächen.
In der Eugenik wird das Ideal der Vollkommenheit und Unabhängigkeit zur Herabsetzung behinderter Menschen benutzt; es wird ein Menschenbild gezeichnet, durch das sie in letzter Konsequenz vom Mensch-sein ausgeschlossen werden.
Die Ablehnung dieses Ideals ist einer der Gründe, warum wir uns am Kampf gegen die Ausgrenzung und Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen, von Alten und Kranken beteiligen. Auch verspüren wir keine Lust, unsere Befreiungsversuche auf dem Rücken Anderer auszutragen. Das bedeutet, daß wir uns mit unseren Widersprüchen konfrontieren, die entstehen, wenn wir den herrschenden Idealbildern manchmal nachjagen, weil sie uns auf unterschiedliche Weise eingeimpft wurden - und daß wir diese zugleich ablehnen, weil wir so nicht leben wollen.
Wir wissen um die verschiedenen Ausgangspunkte im Herrschaftssystem. Wir wollen deshalb mit all dem auch nicht sagen: "Laßt uns alle gleich abhängig und unvernünftig sein". Wir lehnen diese Kategorien ab und sie beschäftigen uns. Wir bewegen uns sozusagen drin und drumherum und endlich weg davon.

KARIN KERN, FRANKFURT AM MAIN

Literatur: Jenny Morris, "Feminismus und Behinderung", in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Nr. 37, Köln 1994, S. 68

ungen nicht Folge leisteten, wurde ich mit Polizeigewalt aus der Halle gezerrt. Als ich darauf den Leiter der Stadthalle zu sprechen begehrte, hieß es, er habe keine Zeit. Daraufhin randalierte ich so lange, bis der Direktor sich schließlich doch noch herbeibequemte. Noch bevor er etwas sagen konnte, rief ich ihm ein lautes "Da kommt ja der Oberfaschist" entgegen, worauf er mich anbrüllte, daß Behinderte in der Stadthalle nie neben Nichtbehinderten zu sitzen kommen würden.
Tritt: Wie endete der Eklat?
Groll: Das können Sie im Polizeiprotokoll nachlesen. Ich habe den Vorfall verdrängt.
Tritt: Ich verstehe.
Groll: Nicht verdrängen konnte ich allerdings die Tatsache, daß der Behindertensprecher der SPÖ Guggenberger heißt.
Tritt: Was haben Sie denn an ihm auszusetzen? Arbeitet er schlecht?
Groll: Er kann gar nicht ordentlich arbeiten, erstens ist er selber nicht behindert, was für einen Behindertensprecher in jedem zivilisierten Land einen Ausschließungsgrund darstellt, und zweitens ist er Leiter des Tiroler Landesinvalidenamts.
Tritt: Was ist daran problematisch?
Groll: Als Leiter des Landesinvalidenamts untersteht er dem Sozialminister. Als Behindertenpolitiker müßte er aber ständig den Sozialminister attackieren. Ein klassischer Fall von Unvereinbarkeit.
Tritt: Das stimmt, die Optik ist bedenklich.
Groll: Nicht nur die Optik, Sie Weißwäscher, nicht nur die Optik! Der Direktor der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt flog vor einigen Jahren mit behinderten Sportlern zu einem Wettkampf nach Singapur. Die Versehrtensportler drängten sich in der Touristenklasse, der Herr Direktor aber belegte ein Luxusabteil, das für drei Rollstuhlfahrer Platz gehabt hätte.

Die Linke und Behinderung

"Die Linke und Behinderung" lautet das für mich vielversprechende Thema der Randschau: 25 Jahre halte ich mich für einen Linken und über 22 Jahre bin ich ganz sicher das, was in den Augen meiner unbehinderten Mitmenschen als behindert angesehen und mir offiziell mit Ausweis bestätigt wird.



Aber wer um Lenins Willen ist "die Linke"? Vielleicht unsere famosen Sozialdemokraten in allen ihren Schattierungen? Diese sind u.a. mitverantwortlich - als Regierende in vielen Gemeinden und Ländern, aber auch seit Jahren als Bonner "Opposition" - für fortgesetzte Sparmaßnahmen bei der Integration und der beruflichen Rehabilitation oder für das neue Pflegeversicherungsgesetz, diesen Anschlag auf das selbstbestimmte Leben behinderter Menschen. Als führende GewerkschafterInnen rühren sie keinen Finger gegen die Wegrationalisierung behinderter Arbeitnehmer und deren Aussonderung in die Arbeitslosigkeit oder in die vor Tarifverträgen und Mitbestimmungsrechten geschützten Behindertenwerkstätten. Und nicht selten arbeiten sozialdemokratische Betriebs- und Personalräte Hand in Hand mit den Personalchefs zusammen, um die Belegschaft behindertenfrei zu halten.
Oder sind die radikalen Linken gemeint? Vielleicht die übriggebliebenen Maoisten unter ihnen? In ihrem fernen Jerusalem, dem sich sozialistisch nennenden China wurde gerade vom dortigen Volkskongreß ein Gesetz verabschiedet, das Sterilisationen, Heiratsverbot und andere eugenische Maßnahmen für behinderte Menschen vorsieht, um deren Anzahl zu reduzieren. Diese chinesische Variante der "Endlösung der sozialen Frage" stellt die schrecklichen Verbrechen an geistig und psychisch behinderten Menschen, die nach dem Zusammenbruch der - sich ebenfalls als sozialistisch bezeichnenden - stalinistischen Diktaturen Osteuropas bekannt geworden sind, weit in den Schatten. Aber auch AnhängerInnen Stalins tummeln sich ja immer noch unter unseren "Linken".
Oder meint *'die randschau'* unsere autonomen Freunde der Hamburger Hafenstraße? Unter denen sind nicht wenige, zu deren Schimpfwortrepertoire bei jedem Heimspiel des FC St. Pauli nicht nur "Wichser" und "schwule Sau", sondern auch "du Spastiker" gehört? Wahrscheinlch gilt das auch für Auswärtsspiele, da bekomme ich es nur nicht mit.. Aber in ihrem autonomen Veranstaltungszentrum "Rote Flora" haben sie immerhin eine Rampe gebaut, um RollstuhlfahrerInnen den Zugang zu ermöglichen - etwas, was ihre antirassistischen KollegInnen vom benachbarten Kulturzentrum immer noch nicht geschafft haben, was diese aber nicht daran hindert, ihr schönes Haus dreist "Haus für alle" zu nennen - nur ist diese Rampe leider grundsätzlich mit Müll und Fahr- und Motorrädern versperrt.
Oder ist "die Linke" etwa die Grünen und die Ökologiebewegung? Aus den Reihen der Krüppel- und Behindertenbewegung ist in den letzten Jahren wiederholt Kritik daran geübt worden, wie selbstverständlich und entsetzlich freiwillig diese aufgeklärten Bildungsbürger und konsumfreudigen Citoyens den herrschenden Gesundheitsbegriff unhinterfragt übernehmen, jede Fitneß- und Gesundheitskampagne mitmachen, Gesundheit zum Fetisch und Behinderung zum Feindbild erheben und dadurch maßgeblich dazu beitragen, daß aus dem Wunsch nach Gesundheit und nach gesundem Nachwuchs ein gesellschaftlicher Zwang wird. Wie wenig diese Kritik gerade bei den jüngeren Teilen der Ökologiebewegung



Tritt: Was kann die SPÖ dafür?
Groll: Sie hat den Mann, einen ehemaligen Chauffeur, auf den Direktorsposten gehievt.
Tritt: *triumphierend* Sie als Linker werfen einem Proletarier dessen Herkunft vor?
Groll: Keineswegs, ich werfe ihm vor, nichts gelernt zu haben und darauf auch noch stolz zu sein.
Tritt: Sie können aber nicht leugnen, daß unter Bundeskanzler Vranitzky der Sozialstaat nicht wie alle westlichen...
Groll: Und östlichen!
Tritt: Und östlichen Staaten demontiert wurde.
Groll: Sie haben Recht. Er wurde nicht demontiert, er wurde von innen her ausgehöhlt. Und Vranitzky ist daran nicht unbeteiligt: Der Präsident der Dachorganisation der Behindertenverbände wartet schon seit zwei Jahren auf einen Termin beim Kanzler.
Tritt: Das glaube ich nicht. Ich gestehe Ihnen allerdings zu, daß die Ökonomie manche wünschenswerte soziale Verbesserung untersagt.
Groll: Die Ökonomie selber untersagt gar nichts, Sie Roßtäuscher! In unserem Fall ist die Ökonomie eine abgeleitete Größe der Ideologie und die Ideologie ist bekanntlich das Feld, auf dem die Menschen sich der gesellschaftlichen Konflikte bewußt werden. Nur bewußte Menschen können Sozialisten sein, gegen die Gefühlsduselei in der Linken hat Marx schon vor hundertfünfzig Jahren in der Schrift "Das Elend der Philosophie" gewettert. Ich glaube, daß dieses Versagen letztlich der Grund war, warum die sozialistischen Staaten und der Sozialstaat der Sozialdemokraten zusammengebrochen sind. Wer sich um die Schwächsten nicht kümmert, der kann auch keine Ökonomie führen. Die Ikone beider Sozialismen war der schweißüberströmte, siegessichere Facharbeiter. Muskeln wie ein

Spuren hinterlassen hat, wurde mir jüngst auf einer Demonstration gegen das atomare Endlager in Gorleben deutlich. Der jugendliche Kundgebungsredner aus der altersmäßig zweiten Generation von "Gorlebengegner-Innen" beendete seine kurze Rede - immer noch oder schon wieder - mit dem bekannten und furchtbaren Zitat von Albert Schweitzer: "Nur Leute, die nie dabei waren, wenn eine Mißgeburt ins Dasein tritt, nie ihr Wimmern hörten, nie Zeugen des Entsetzens der armen Mutter waren, Leute, die kein Herz haben, vermögen den Wahnsinn der Atomspaltung zu befürworten.". Und er erhielt großen Beifall.

Aber nicht nur der Begriff "die Linke" macht mir Schwierigkeiten. Mir stellt sich auch die Frage: Welche Behinderung ist gemeint?
Vielleicht die Hörbehinderung? In diesem Fall ist die Antwort auf die Frage, nach dem Verhältnis "der Linken" dazu, ausnahmsweise leicht. Keine linke Organisation sorgt von sich aus für Gebärdendolmetscher auf ihren Veranstaltungen, unternimmt also aus eigenem Problembewußtsein etwas gegen die soziale Ausgrenzung hörgeschädigter Menschen.
Das Gleiche gilt für die geistige Behinderung. Alle Linken zeichnet eine kaum hinterfragte kopflastige Arroganz - wenn nicht Schlimmeres - gegenüber Menschen mit geistiger Behinderung aus. Das ist erklärlich - auch wenn nicht mehr so plump wie früher vorgetragen, so gilt doch noch immer der gegnerische Vorwurf: Ein guter Gedanke, und schon bist du Kommunist - aber es ist überhaupt nicht zu entschuldigen oder gar gutzuheißen.
Oder sind psychische Behinderungen gemeint? Spätestens wenn die Psychiatrieerfahrenen auf den Veranstaltungen "der Linken" laut und ungemütlich werden, schwindet deren Toleranz und auch sie ruft nach dem Saalordner.
Anders sieht es bei Körperbehinderungen aus. Zwar hat kaum ein Linker im harten politischen Wettkampf die Geduld einem sprachbehinderten Spastischgelähmten zuzuhören, aber immerhin hat fast jede Fraktion oder linke Organisation mittlerweile ihren Vorzeige-Rolli.

Bei all diesen Schwierigkeiten mit dem Thema "Die Linke und Behinderung" beschränke ich mich daher auf die pragmatische Frage: Wie hält's die Linke, die ich kenne und die mich kennt, mit mir querschnittgelähmten Rollstuhlfahrer.
Seit fast einem Vierteljahrhundert und immer noch unverbesserlich zähle ich mich zur revolutionär-marxistischen Strömung, von anderen "trotzkistisch" genannt, und bin in der IV. Internationalen organisiert.
Es hat lange gedauert, bei meinen unmittelbaren politischen Freundinnen und Freunden wenigstens soviel Problembewußtsein zu erzielen, daß Treffen und Veranstaltungen in rollstuhlzugängliche Räume gelegt werden. In anderen Orten, in denen nicht so hautnahe Erfahrungen mit einem Rollstuhlfahrer gemacht werden, ist auch das noch nicht selbstverständlich.
Es ist mir in den über zwei Jahrzehnten, in denen ich auch behindert bin, nur in ganz wenigen Einzelfällen gelungen, die Kopfstreichelmentalität, die auch das Verhalten meiner politischen MitstreiterInnen gegenüber Menschen mit Behinderungen auszeichnet, zu ändern. Auch ihr Verhalten ist wie bei allen Unbehinderten die äußerst stabile Mischung aus Mitleid, Unsicherheit, Angst und Bewunderung, zusammengehalten vom starren Blick auf's Defizit: Ich kann in politischen Zusammenhängen sagen, was und mich verhalten, wie ich will, es wird immer in Bezug zu meiner Behinderung gesetzt. Wenn ich ich etwas Gutes oder Richtiges sage, dann trotz meiner Behinderung, wenn ich etwas Schlechtes oder Falsches sage, dann wegen meiner Behinderung. Es ist dies eine ständige Form des mehr oder weniger Nichternstnehmens.
Trotz dieses behindertenfeindlichen Alltags fühle ich mich in dieser politischen Strömung nach wie vor zuhause. Im Gegensatz zu vielen anderen Linken, wurden Themen, wie neue "Euthanasie", Bioethik oder die eugenischen Folgen der modernen Medizin, nicht völlig ignoriert.
Aber große Auswirkungen auf die grundsätzliche Progammatik hat das bisher noch nicht gehabt.

Und hier wird ein Problem sichtbar, daß ich als behinderter Mensch zunehmends mit "der Linken", auch mit "meiner" trotzkistischen Strömung, habe: die wachsende Erkenntnis, daß auch in deren sozialen Utopien und Zielsetzungen und in dem ihnen zugrunde liegenden Menschenbild alte, kranke, schwache oder behinderte Menschen keinen oder nur schlecht Platz haben. Und daß der Widerstand gegen die neuen eugenischen Gefahren und die zunehmende Selektion zwischen "lebenswerten" und "lebensunwerten" Menschen ein viel zu geringes Gewicht in deren Politik hat.

Ich zitiere dazu mal etwas länger den russischen Revolutionär und herausragenden marxistischen Theoretiker Leo Trotzki:

"Die geschichtliche Aufgabe unserer Epoche besteht darin, das entfesselte Spiel des Marktes durch einen vernünftigen Plan zu ersetzen, die Produktionskräfte zu disziplinieren, sie zu zwingen, in Harmonie zusammen zu wirken, den Bedürfnissen des Menschen gehorsam dienend. Nur auf dieser neuen sozialen Grundlage wird der Mensch seinen müden Rücken strecken können und - jeder und jede, nicht nur Auserwählte - zum vollberechtigten Bürger im Reiche des Gedankens werden.
Doch ist dies noch nicht das Ende des Weges. Nein, es ist nur sein Anfang. Der Mensch bezeichnet sich als die Krönung der Schöpfung. Er hat darauf gewisse Anrechte. Wer hat aber behauptet, der heutige Mensch sei der letzte und höchste Vertreter der Gattung homo



sapiens? Nein, physisch wie geistig ist er sehr weit von Vollkommenheit entfernt, diese biologische Frühgeburt, deren Denken erkrankt ist und die sich kein neues organisches Gleichgewicht geschaffen hat.
Zwar hat die Menschheit mehr als einmal Giganten des Gedankens und der Tat hervorgebracht, die die Zeitgenossen wie Gipfel einer Bergkette überragten. Das Menschengeschlecht hat ein Recht, auf Aristoteles, Skakespeare, Darwin, Beethoven, Goethe, Marx, Edison, Lenin stolz zu sein. Warum sind diese aber so selten? Vor allem darum, weil sie fast ausnahmslos aus höheren und mittleren Klassen hervorgegangen sind. Von seltenen Ausnahmen abgesehen, sind die Funken der Genialität in den niedergehaltenen Tiefen des Volkes, ehe sie noch auflodern konnten, erstickt. Aber auch deshalb, weil der Prozeß der Zeugung, der Entwicklung und Erziehung des Menschen im Wesen eine Sache des Zufalls blieb und bleibt: nicht durchleuchtet von Theorie und Praxis, nicht dem Bewußtsein und dem Willen untergeordnet. Die Anthropologie, Biologie, Physiologie, Psychologie haben Berge von Material gesammelt, um vor dem Menschen im vollen Umfange die Aufgabe seiner eigenen körperlichen und geistigen Vervollkommnung und weiteren Entwicklung aufzurichten. Die Psychoanalyse hob mit Sigmund Freuds genialer Hand den Deckel vom Brunnen, der poetisch die "Seele" des Menschen genannt wird. Und was hat sich erwiesen? Unser bewußtes Denken bildet nur ein Teilchen in der Arbeit der finsteren psychischen Kräfte. Gelehrte Taucher steigen auf den Boden des Ozeans und fotografieren dort geheimnisvolle Fische. In dem der menschliche Gedanke auf den Boden seines eigenen, seelischen Brunnen hinabsteigt, muß er die geheimnisvollen Triebkräfte der Psyche beleuchten und sie der Vernunft und dem Willen unterwerfen.
Ist er einmal mit den anarchistischen Kräften der eigenen Gesellschaft fertig geworden, wird der Mensch sich selbst in Arbeit nehmen, in den Mörser, in die Retorte des Chemikers. Die Menschheit wird zum ersten Male sich selbst als Rohmaterial, bestenfalls als physisches und psychisches Halbfabrikat betrachten. Der Sozialismus wird ein Sprung aus dem Reiche der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit

Gebirge, Blick in die Ferne, Fäuste wie ein Amboß. Der sozialistische Humanismus war, was die Lage der Behinderten betrifft, nichts als eine böse Karikatur auf eine Gesellschaft, in der zumindest in der Perspektive jeder seinen Bedürfnissen hätte leben können.
Tritt: Das ist ein niederschmetternder Befund.
Groll: Das Menschenbild des Sozialismus ist, ich sage das als zukunftsfroher Marxist, durch und durch rassistisch. Daß der Antisemitismus in der Linken nicht ausgestorben ist, daran besteht ja mittlerweile kein Zweifel mehr, denken wir nur an den Golfkrieg. Daß aber auch der Rassismus in der Linken fest verwurzelt ist, diese Geburtsbehinderung muß gerade uns als behinderten Linken zu denken geben.
Tritt: Da erhebt sich aber die Frage: Wozu überhaupt noch Linker sein?
Groll: Die Frage ist berechtigt. Aber sie ist leicht zu beantworten, wenn Sie die politischen Alternativen in Betracht ziehen. Außerdem: ich kann mich ja auch von meiner Behinderung nicht trennen, warum sollte ich mich dann von einer Idee trennen, deren praktische Geschichte ohnehin zu einem vorläufigen Ende gekommen ist?
Tritt: Darf ich Ihnen nicht doch beim Anstreichen helfen? Die Farbe für Ihren Zaunanstrich geht auch zu Ende
Groll: Das trifft sich gut, ich habe ohnehin keine Lust mehr.

ERWIN RIESS, WIEN

*) Floridsdorf: großer Wiener Arbeiterbezirk nördlich der Donau, früher eine Hochburg des "Roten Wien"

Dank an dieser Stelle an Erwin Riess, der es fertig brachte diesen Text unter widrigsten Umständen zu schreiben und an Sigi Maron, der ihn uns übermittelte! Die Redaktion

auch in dem Sinne bedeuten, daß der gegenwärtige, widerspruchsvolle und unharmonische Mensch einer neuen und glücklicheren Rasse den Weg ebnen wird."

Es ist dies der Schluß der berühmten Rede, die Trotzki im November 1932 in Kopenhagen hielt. Es war das letzte öffentliche Auftreten Trotzkis in Europa und vor einer größeren Zuhörermenge. Er nutzte diese Gelegenheit nicht nur für eine kritische Bilanz der russischen Revolution und eine Abrechnung mit dem Stalinismus, sondern auch für diese zitierten weit vorausschauenden Worte. In diesen Sätzen wird die Sprachgewandheit und die politische Genialität und Weitsicht deutlich, zugleich aber auch, wie erschreckend ähnlich manche Prämissen Trotzkis mit denen der heutigen Bioethiker sind.

Für Trotzki scheint es selbstverständlich zu sein, daß ein "widerspruchsvoller und unharmonischer Mensch" ein unglücklicher Mensch ist. Schimmert durch seine Worte nicht die gleiche selbstverständliche und fatale Behauptung eines Peter Singers oder anderer "Bioethiker", daß ein unbehinderter Mensch per se glücklicher ist als ein behinderter und daß ein unbehindertes Kind automatisch für alle mehr Glück bedeutet als ein behindertes? Ein solches Menschenbild läßt nichts Gutes ahnen für alle kranken, häßlichen, leidenden und unvollkommenden Menschen, wenn die "vor dem Menschen im vollen Umfange aufgerichtete Aufgabe seiner eigenen körperlichen und geistigen Vervollkommnung" angepackt wird. Und das Bild vom Mörser? Signalisiert es nicht statt heilen und verbessern vor allem Vernichtung alles Störenden und Abweichenden?
Schließlich ist es auch nicht unbedingt erstrebenswert, alles der Vernunft und dem Willen des Menschen zu unterwerfen.
Hinzu kommt die verdammt unerfreuliche Tatsache, daß die von Trotzki vor über 60 Jahren erhoffte Reihenfolge - erst die revolutionäre Beseitigung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, dann das "sich selbst in Arbeit Nehmen" des Menschen - nicht so eingetreten ist. Heutet wütet die Marktwirtschaft weltweit und schrecklicher denn je, aber gleichzeitig ist der Mensch bereits in die Retorte und unter den Mörser des Chemikers geraten..
Der "Prozeß der Zeugung" ist schon geraume Zeit keine "Sache des Zufalls" mehr. Er wird genauso "durchleuchtet von Theorie und Praxis" und "dem Bewußtsein und dem Willen untergeordnet" wie die "geheimnisvollen Triebkräfte der Psyche" .inzwischen erforscht und "der Vernunft und dem Willen unterworfen" werden. Allerdings nicht dem Bewußtsein, der Vernunft und dem Willen der siegreichen revolutionären SozialistInnen, sondern denen von entfremdeten, unsolidarischen, sich im ständigen Konkurrenzkampf befindlichen, ständig der Manipulation der Herrschenden ausgesetzten, mit allen Vorurteilen und der ganzen Unwissenheit der Klassengesellschaft und des Patriarchats behafteten, vom mörderischen gesellschaftlichen Tempo gehetzten und ausgebeuteten Menschen. Nicht die von der siegreichen Revolution hervorgebrachten neuen WissenschaftlerInnen sind die MeisterInnen der Retorte und des Mörsers, sondern hochbezahlte Wissenschaftler und andere Angestellte der BioIndustrie und anderen Teilen des Großkapitals.
Angesichts dieser verkehrten Reihenfolge, wird mir nur Angst und Bange, wie wenig Biotechnologie, "Bioethik", Eugenik, "Euthanasie", usw. bisher zu einem Thema der Linken geworden sind.

GERLEF GLEISS, HAMBURG

Sozialismus und Behinderung



Der Begriff Sozialismus hat seine gedanklichen Wurzeln in dem Verständnis für soziales Miteinander, d.h. es wurde ein an Gleichheit und Brüderlichkeit angelehntes gesellschaftliches Gefüge geschaffen, in dem die Befriedigung der Grundbedürfnisse eines jeden garantiert wurde.
Behinderte Menschen schloß dies nicht aus. In der DDR war die Fürsorge für alte und behinderte Menschen ein fester Bestandteil der Sozialpolitik. Das 'Gesundheitswesen' hatte die Aufgabe, dies zu regeln, und die sogenannte "Rehabilitationskette" zu schließen.
Der Denkansatz war zutiefst humanistisch. In der Praxis entstanden allerdings Tücken, welche allerdings nicht nur für Schwerbehinderte kuriose Situationen enstehen ließen. "Schwerbeschädigte" wurden prinzipiell als Patienten begriffen, und darum waren Kindereinrichtungen, Schulen immer nur Gäste in Einrichtungen des Gesundheitswesens und somit waren die Pädagogen der Willkür des medizinischen Personals ausgesetzt. Schlaf- und Speisesäle wurden kurz vor Unterrichtsbeginn zu Klassenzimmern umfunktioniert - wenn Therapie angesagt war, saß so mancher Lehrer mit dem Klassenbuch allein vor der eben aufgebauten Tafel.
Integrationsschulen gab es, wenn überhaupt, nur in großen Städten, und dort nur in Ansätzen. Wer auf Hilfe angewiesen war, mußte in ein Internat. Davon gab es nicht viele. Neben der medizinischen Dominanz waren die baulichen und auch alle anderen Zustände der entsprechenden Gebäude museal (Kurkliniken aus den 20er Jahren, Offizierskasino aus dem letzten Krieg usw.)
Das Recht auf Bildung bzw. Förderung, wie auch das Recht auf Arbeit, schloß behinderte Menschen nicht aus. Die Mitarbeiter der regionalen Rehabilitationszentralen, heute örtliche Fürsorgestellen oder Hauptfürsorgestellen, verwalteten und verteilten die Behinderten in die dafür vorgesehenen Sondereinrichtungen. Man/frau unterteilte in bildungsfähig, förderfähig und nicht förderfähig.
Selbstbestimmung behinderter Menschen und ihrer Angehörigen war nicht möglich, denn das war vom politischen System einfach nicht vorgesehen. Dem Jahr der Behinderten 1981 schloß sich die DDR nur aus Prestigegründen an, da doch schon alles für Behinderte getan wurde, das eigentlich nicht extra hervorgehoben werden mußte.

Das Leben behinderter Menschen wurde komplett geregelt. Das hatte den Vorteil, daß niemand behinderte Menschen ausschließen durfte, z.B. Arbeit (10 % Pflichtquote), wenn die Eingliederung angeordnet wurde. Andererseits wurde damit Eigenengagement Behinderter fast unnötig und unmöglich. Es war zwar sehr bequem, doch führte es geradewegs in die Unselbständigkeit, und je nach Art und Schwere der Behinderung, zu totaler Abhängigkeit, d.h. zum Pflegeheim.
Einzelnen ist es gelungen, sich von der grauen Masse abzusondern, einen anspruchsvollen Berufs auszuüben, eine eigene behindertengerechte Wohnung zu bewohnen und ein ausgefülltes Leben zu führen. Das kam aber bei Schwerstbehinderten sehr selten vor, denn die Regel war:

- bis Schulbeginn im Elternhaus;
- Sonderschule mit Internat;
- geringe Auswahl an Berufsausbildung;
- nach Ausbildung zurück ins Elternhaus und in die reale Welt außerhalb von Sondereinrichtungen
- Heimarbeit, Pförtnerloge, WfB...;
- nach Tod der Eltern Altersheim;
-?.

Bestimmt bot der Sozialismus mehr Sicherheit, so daß behinderte und ältere Menschen keine Existenzangst haben mußten. Doch für Mitbestimmung, Individualität und Entwicklung selbstbestimmter Lebensweisen war kein Raum.

DIETMAR KIEß, JENA

Utopie und Wirklichkeit

Sozialismus und Behinderung - ist das ein Thema, welches uns heute interessieren könnte?

Die Idee der Gleichheit aller Menschen ist auch eine sozialistische Idee. Die Gleichheit aller Menschen bedeutete im "real existierenden Sozialismus" der DDR soziale Gerechtigkeit, das Recht auf Arbeit, auf Bildung, auf Wohnung - bedeutete soziale Sicherheit. So hörten und lasen wir es jedenfalls fast täglich. Heute - seit dem wir uns im Dschungel der westlichen Lebensart zurechtfinden müssen - fehlt uns oft diese Sicherheit. Mit ihr sind direkt nostalgische Erinnerungen verbunden.

Soziale Sicherheit war aber auch Bevormundung durch den Staat und die sozialistische Ideologie. So gab es keine Möglichkeit, daß sich Behindertenverbände und Gruppen bilden konnten. (Ausnahme: Schwerhörigen-, Blinden- und Behindertensportverband.) Das Nichtvorhandensein von Interessenvertretungen behinderter Menschen in der DDR erklärt sich hauptsächlich darin, daß Behinderung nicht als gesellschaftliche Problem aktzeptiert und anerkannt wurde. Das Thema Behinderung wurde medizinisiert, wie es schon in der Wortwahl "Geschädigte" zum Ausdruck kam. So sprach die offizielle DDR 1981 nicht vom UNO Jahr der Behinderten sondern vom "Internationalen Jahr der Geschädigten". Um das zu illustrieren zitieren wir aus einem Kommentar der Monatschrift *'Der Volkshelfer'* zum UNO-Jahr 1981:" *Wissenschaft und Medizin haben in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht. Viele Krankheiten - einst als unheilbar gegolten - werden heute erfolgreich behandelt. Und doch müssen Millionen Menschen in der Welt mit schweren gesundheitlichen und geistigen Schädigungen leben, Blinde oder Gehörlose, Körperbehinderte, Menschen mit psychischen Krankheiten. Wahrlich, Millionen Menschen in Ländern des Kapitalismus und den Entwicklungsländern leiden an den Folgen von Unterdrückung und Not. Ungezählt sind alle die Opfer imperialistischer Aggressionspolitik, Rassismus, Apartheid, Neokolonialismus und Faschismus!"* Für die nichtsozialistische Welt wird Schädigung also sehr wohl als gesellschaftliches Problem benannt. Doch im Sozialismus sind alle grundlegenden (antagonistischen) Widersprüche aufgehoben, so daß Geschädigte keine existentiellen Sorgen mehr zu haben brauchen. Weiter in diesem Kommentar:

"Wie wird sich nun die DDR an diesem Internationalen Jahr beteiligen? Sie erhält vor allem die Möglichkeit, darzulegen, daß sie in der Gemeinschaft aller sozialistischen Staaten einen konsequenten Kampf für die Erhaltung und Festigung des Friedens, für internationale Entspannung und Abrüstung führt, um die Menschheit vor einem neuen Weltkrieg zu bewahren und damit die Grundvoraussetzung für das Wohlbefinden aller Menschen, auch der Geschädigten, zu sichern."

Hier werden also behinderte Menschen in den großen Weltzusammenhang eingeordnet. Es wurde eine Hierarchie der Bedeutsamkeiten entwickelt, in denen sich Behinderte irgendwo wiederfanden. Doch diese Tatsache betraf nicht nur behinderte Menschen. Jeder einzelne Mensch wurde in den großen Weltzusammenhang eingeordnet bzw. mußte sich diesem unterordnen. Mangelgesellschaften, wie die DDR, haben die Tendenz, die



Lebensverhältnisse ihrer Einwohner zu nivellieren. So befanden sich viele behinderte Menschen in ganz ähnlichen Lebensverhältnissen wie ihre nichtbehinderten Nachbarn und Kollegen. So paradox es klingen mag, schaffte dies Gemeinsamkeiten und das Gefühl eingegliedert zu sein. Aber es ging nicht nur um die Empfindung der Gleichheit. Diese Gleichheit konnten behinderte Menschen, die berufstätig waren, auch ganz konkret erleben. Für alle Menschen gab es in der DDR nicht nur das Recht auf Arbeit sondern auch die Pflicht dazu. Jedem, der dies konnte, wurde eine Arbeit zugewiesen. Sehr oft war es nicht die gewünschte oder die der Qualifikation entsprechende. "Geschädigte Werktätige" waren in ihren Arbeitskollektiven integriert und hatten dort auch Gleichberechtigung und Solidarität erfahren. Dennoch würden wir davor warnen, diese Integration heute nur als Vorbild darzustellen. Denn wie die ganze DDR Wirtschaft von einer verschleierten Arbeitslosigkeit gekennzeichnet war, so betraf dies im besonderen Maß behinderte Menschen. Verschleierte Arbeitslosigkeit bedeutete, daß Menschen ein Arbeitsverhältnis hatten aber eigentlich im Betrieb nicht gebraucht wurden, verzichtbar gewesen wären. Das wurde von behinderten Menschen als Diskriminierung erlebt.
Auf der anderen Seite brachte die Mangelgesellschaft DDR äußert SCHWIERIGE Lebensbedingungen für Menschen mit sich, die keine Schule, keine Berufsausbildung absolvieren konnten, die als nicht förderungsfähig galten. Für sie gab es außerhalb der Familie kaum Lebensmöglichkeiten. Davon war im "Internationalen Jahr der Geschädigten" natürlich nichts zu hören und zu lesen. Noch einmal besagter Kommentar:"

Wer nicht im normalen Arbeitsgeschehen tätig sein kann, erhält nach Möglichkeit einen geschützten Arbeitsplatz. Bei der Berufswahl stehen den Schulabgängern der Sonderschulen nicht nur die Eltern und Lehrer, sondern auch die Mitglieder der Rehabilitationkommissionen in den Bezirken und Kreisen beratend zur Seite. Technische Hilfsmittel, vom Staat unentgeltlich zur Verfügung gestellt, befähigen Blinde, Gehörlose oder Körperbehinderte, soweit als möglich selbständig zu leben und zu arbeiten, Sport zu treiben, sich künstlerisch und kulturell zu betätigen. Mit guten Leistungen in der Schule und in der Produktion, mit aktiver Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, mit vielen Beweisen internationalistischer Solidarität tragen die Geschädigten andererseits selbst tagtäglich dazu bei, ihr eigenes und unser aller Leben reicher und schöner zu gestalten."

Linke, so ja auch das Thema dieses Heftes, bekennen sich zur Utopie einer gerechten Gesellschaft. Es gab in der Geschichte schon mehrfache Versuche, diese Utopie zu verwirklichen. Sie sind alle mehr oder weniger gescheitert. Die wirkliche Gleichstellung behinderter Menschen ist auch eine Utopie, doch sie soll es nicht bleiben. Jeder von uns, der in der DDR gelebt hat, hat das Scheitern der sozialistischen Idee gelebt und erlebt. Vielleicht können wir uns mit dieser Erfahrung noch intensiver einbringen.

BARBARA VIEWEG, JENA

Feindbilder und gute Absichten

Gewalt gegenüber behinderten Menschen und die Normalisierung der "Euthanasie-Debatte" sind nach wie vor eine reale Bedrohung. Es gibt jedoch gleichzeitig - auch im sozial-demokratischen, grün-alternativen, ökologischen, progressiven oder kurz, wenn man so will, linken Spektrum - eine symbolische Gewalt, die häufig kaum auffällt.

"Links" verstehe ich hier lediglich in der vereinfachenden negativen Charakterisierung, daß ökologisch Orientierte mehrheitlich *keine* Rechten sind oder daß Zeitungen wie "die tageszeitung" *(taz)* und die "Frankfurter Rundschau" *(FR)* in der Regel *nicht* zu den rechten Zeitungen gezählt werden.
Mit dem Schlagwort "symbolische Gewalt" einen Zusammenhang von Feindbildern und guten Absichten festzustellen, läuft auf die Behauptung hinaus, daß die Darstellung behinderter Menschen dazu benützt wird, sich einer abgrenzbaren, bestehenden Normalität oder sich seines genormten Lebenswertes zu vergewissern.
Mein Ansatz ist die Analyse eines solchen linken normalisierenden Weltbildes, in der Hoffnung, einen selbstkritischen Beitrag zur Bloßstellung nichtbehinderter Wahrnehmungsweisen und Denkschemas zu bieten.
Ich beziehe mich im folgenden auf zwei Beispiele aus letzter Zeit: "Weiterbetrieb des Tschernobyl-Atommeilers und behinderte Kinder", sowie "Babies ohne Hände und die britische und deutsche Nordseeküste".

"Seine Väter spielen weiter"

Am 22. Oktober 1993 erscheint auf der Titelseite der *taz* ein Artikel, der davon berichtet, daß der Stillegungsbeschluß für die 1986 vom GAU verschonten Teile des Atomkraftwerks von Tschernobyl vom ukrainischen Parlament aufgehoben worden ist. Die skandalöse Wiederinbetriebnahme des unsicheren AKWs in Tschernobyl illustriert die *taz* mit einem Foto eines ballspielenden Jungen in einer geblümten Badehose (siehe Abbildung). Es fehlt ihm der rechte Arm, er hat kurze Beine, mit der linken Hand hält er den Fußball.
Die Unterzeile des Fotos lautet: "Igor Pavioviac, geboren 11 Monate nach dem Tschernobyl-GAU 1986". Das Foto wird fast vollständig vom Text umrahmt. Nur im Text mit dem Titel "Seine Väter spielen weiter" findet sich kein Hinweis auf den Jungen Igor Pavioviac. Was macht er, was denkt er, wie lebt er?
Es kann unter Umständen angemessen sein - die Zustimmung Igor Pavioviacs oder seiner Sorgepflichtigen vorausgesetzt - mit einem Bild darauf hinzuweisen, daß die bewußte Inkaufnahme von Schädigungen an Menschen durch Radioaktivität ein Verbrechen ist. Niemandem darf man eine Behinderung androhen. Aber die Bedeutung von Behinderungen ausschließlich in einen negativen Zusammenhang zu setzen, begünstigt ein selektives und konformistisches Menschenbild.
Es ist gut vorstellbar, daß die Atomkraftbetreiber oder -befürworter gerne wollen, daß dieses Foto von Igor Pavioviac nicht veröffentlicht werde. Gegen sie, aber auch *gegen die linke Instrumentalisierung* möchte ich das Foto und den Ausdruck eines Menschen, den es dokumentiert, in Schutz nehmen.
Das Leben Igor Pavioviacs wird höchstwahrscheinlich durch die Behinderung dominiert, aber sein Leben kann nicht darauf reduziert werden, es ist nicht sein *ganzes* Leben. Dies sollten doch gerade ökologisch Orientierte oder AKW-GegnerInnen registrieren; daß man es bei ihnen meistens vermißt, zeigt, daß ihr Ganzheitsbegriff sich nicht klar von Normalitätsvorstellungen und potentiell totalitären Mythen trennt. Die Ursache von Igor Pavioviacs Behinderung ist zu beachten, eine Instrumentalisierung von Igor Pavioviacs Bild steht aber einer angemessenen Umgangs- und Betrachtungsweise ganz und gar entgegen. Eine entsprechende Abschreckungspropaganda, so berechtigt sie sich gegen den verantwortungslosen AKW-Betrieb richtet, stellt den durch diesen behinderten Menschen noch zusätzlich bloß.
Im besonderen fällt hier der *zynische Charakter* (als ein von Linken bevorzugtes Spezifikum?) auf. Der Titel des Berichtes heißt wie erwähnt: "Seine Väter spielen weiter". Das bedeutet doch, der Titel (und nur er, denn wie gesagt kommt im Text Igor Pavioviac nicht vor) soll von dem Foto illustriert werden. Der Junge spielt tatsächlich, das hat für ihn, für jedes Kind, einen lebenspraktischen, notwendigen Sinn. Das "Spielen der Väter" ist aber von der *taz* metaphorisch gedacht - und an diesem Punkt offenbart sich die Instrumentalisierung des Fotos als Feindbild. Wie die verbreiteten Vorurteile benutzt hier auch das linke Normalitätsverständnis Behinderung als Abschreckungssymbol.

Zwanzig Tage vorher, am 2. Oktober 1993, veröffentlichte die *taz* eine Rezension - mit vorangekündigter chefredaktioneller Zustimmung (*taz*, 20. September 1993) - zu dem Buch von Helga Kuhse/Peter Singer "Muß dieses Kind am Leben bleiben?". Der Rezensent schreibt: "So kann etwa in den Fällen, in denen ein Neugeborenes Defekte hat, die ein bewußtes Leben überhaupt ausschließen....oder die mit Sicherheit oder großer Wahrscheinlichkeit zum Tode führen und für den absehbaren Zeitraum der Existenz große Leiden erwarten lassen, ein Tötungsverbot moralisch wohl kaum begründet werden". Die *taz* beteiligt sich daran, das negative Bild behinderter Menschen zu perpetuieren. Sie durchschaut hier ihre eigene symbolische Gewalttätigkeit nicht. Sie fördert eine gefährliche Vermischung: Die angebrachte Warnung vor industriell produzierten Schädigungen an Menschen im fatalen Kontext der Infragestellung behinderten Lebens. Es gab einige Leserbriefe zur genannten Singer/Kuhse-Rezension, soweit ich weiß, keinen zur Instrumentalisierung des behinderten Jungen von Tschernobyl.
Es ist allerdings zu präzisieren, daß das Foto Igor Pavioviacs allein selbst nicht bloßstellend ist. Wäre das Foto zum Beispiel in der Rubrik "Der Augenblick" auf Seite 2 der *taz* erschienen, es hätte als solches, nicht unter der fremdbestimmten Direktive einer Textillustration, durchaus eine Situationsschilderung ergeben. Authentische Porträts von spielenden behinderten Kindern sind durchaus angebracht.

Am 27. September 1994 erscheint in der Rubrik "Der Augenblick" in der Tat ein Bild eines Rollstuhlfahrers (siehe Abbildung). Die Unterzeile lautet: "Berlin: Leichtathletik-WM der Behinderten". Das Foto, das einen einsamen, farbigen Rollstuhlfahrer von hinten in der massiven, pomphaften, strengen und kalten Wandelhalle des Berliner Olympiastadions zeigt, "spricht" für sich. Allerdings, das Foto verlangt auch ein gewisses Vorverständnis. Einerseits in aktuellem Bezug: Die Leichtathletik-WM der Behinderten fand fast ohne Publikum statt, was zurecht beklagt wurde, wie

Seine Väter spielen weiter

■ AKW Tschernobyl darf weiterlaufen / Das Wrack erwirtschaftet nämlich De

Berlin (taz) – Die Atommeiler von Tschernobyl dürfen weiter Gesundheit und Sicherheit der Menschen in ganz Europa gefährden. Das Parlament der Ukraine hob gestern seinen Stillegungsbeschluß für das Katastrophen-AKW am Dnjepr auf. Wegen akuten Energiemangels sollten die drei laufenden RBMK-Reaktoren weiterbetrieben werden, „solange der technische Zustand es erlaubt". Im vergangenen Oktober hatten die ParlamentarierInnen das Risiko der Atommeiler in Tschernobyl noch für so groß gehalten, daß sie Ende 1993 endgültig abgeschaltet werden sollten.

„Energiemangel" ist nicht ganz präzise. Auch ohne Tschernobyl gehen die Lichter in der Ukraine nicht aus, es mangelt der Ukraine nur an Devisen zum Erwerb von Öl und Gas in Rußland. In einem vom kommissarischen Regierungschef Swjagilski unterzeichneten Schriftstück für die Abgeordneten hieß es: „Die Nutzung der Kernkraft muß wegen der begrenzten Energielieferungen aus Rußland und wegen der gestiegenen Energiepreise fortgesetzt werden." Staatschef Leonid Krawtschuk sagte vor den Abgeordneten: „Die Ukraine kann nicht auf die Weiterentwicklung der Atomkraft verzichten."

Mit anderen Worten: Tschernobyl erwirtschaftet Devisen für die Öl- und Gasimporte der Ukraine und muß deshalb weiterlaufen. Der Pressesprecher des Atomkraftwerks, Sergej Akulinin, sagte der taz vor einigen Monaten: „90 Prozent der Energie, die wir hier erzeugen, wird exportiert." 300 Millionen Dollar würden so erwirtschaftet.

Zu den besten Kunden des Energiekombinats, das Tschernobyl betreibt, gehört die Österreichische Elektrizitätswirtschaft AG. Selbst die Internationale Atomenergiebehörde in Wien räumt ein, daß die Ukraine mit dem Strom aus Tschernobyl vor allem Devisen verdient. „Die Ukraine produziert sehr viel mehr



Abb. 1: 'die tageszeitung' vom Freitag, den 22. Okt. 1993


Abb. 2: die tageszeitung vom Die. den 27. Sept.1994

man auch zum Behindertensport im allgemeinen oder den sogenannten "Schadensklassen" stehen mag. Andererseits in historischer Hinsicht: Die faschistische Architektur, die Funktionalisierung: ein schwarzer Sportler, - hier, ohne Gesicht, im Rollstuhl -, die "Euthanasie"...

"Säuglinge ohne Hände geben britischen Behörden Rätsel auf"

Am 5. Februar 1994 bringt die *FR* auf der Titelseite eine große Agenturmeldung aus London über die Geburt von "25 Kindern ohne Hände, ohne Finger oder ohne Unterarme" seit 1991 in "fünf genau begrenzten Zonen, die alle an der Nordsee liegen". Die "Mißbildungen" erscheinen als mysteriös. Neben der Frage der "Erfassung" ist dem Bericht die Ursache das zentrale Anliegen: Radioaktivität wird an erster Stelle vermutet, dann werden Medikamente, ein Virus und die Verschmutzung des Meeres genannt.

Am 19.März 1994 berichtet die *FR*, daß das Magazin "Monitor" von der ARD "20 Fälle von neugeborenen Kindern ohne Hände" an der deutschen Nordseeküste aufgedeckt habe und daß das zuständige niedersächsische Sozialministerium ein "Melderegister für Mißbildungen" plane.

Die Assoziationen im folgenden Abschnitt zu diesen Berichten scheinen vielleicht fürs erste ein wenig weit hergeholt. Ich greife bewußt zurück, auf Mythen, an die man nicht denkt, während sie wirken. Es gibt auch *linke Mythen*, aufklärenwollende, gute Absichten, Wunschbilder, die mit Feindbildern konform gehen können.

"Das Mädchen ohne Hände" ist ein bekannter Märchentypus. *Es war einmal ein König von Dürrenfels*, der wird Witwer. Da kommt er auf die Idee, seine Schwester heiraten zu wollen. Diese lehnt ohne wenn und aber ab. Sie schließt sich in ihr Zimmer ein, um dem Bruder nicht mehr begegnen zu müssen, der weiterhin "mit frecher Stirn seinem unreinen Trieb" frönt. Doch stellt sie sich nochmals ihrem Bruder, weil sie nicht verstehen kann, warum er sie begehre. Darauf sagt der Bruder, es seien vor allem ihre Hände, die in ihm wühlen würden. Die Schwester zieht sich wieder in ihr Zimmer zurück, läßt sich die Hände abhauen und von einem Sklaven dem Bruder in einer Schale überbringen. Der Bruder tobt, läßt die Schwester in einen Kasten nageln und ins Meer werfen. Der Kasten wird von einem König aufgefischt, und nach schweren Bewährungen wird das "Mädchen ohne Hände" von einem Magier erlöst. Es erhält neue Hände. Natürlich endet das Märchen (das hier nach Gianbattista Basile nacherzählt wurde, bei den Brüdern Grimm findet sich eine etwas andere Fassung) mit einer demonstrativen *Heilungsphantasie*. Diese erstickt die Autonomie der behinderten Figur. Obwohl oder gerade weil vom "Mädchen ohne Hände" nebenbei erzählt wird, daß sie *sogar* nähen, einfädeln, das Stärken der Kragen und das Kämmen ... *mit den Füßen* verrichtete". Verschwinden diese Fertigkeiten urplötzlich?

Der erwähnten Berichterstattung über die Babies ohne Hände hat man Sensationsjournalismus vorgeworfen. Das mag, im Unterschied zum Märchen, mit der (noch) nicht lokalisierbaren Ursache der Behinderung zusammenhängen. Der Umgang mit der Behinderung scheint aber beide Male schicksalsbestimmt. Was ist dieses Schicksal? Es wird in erster Linie zu Unrecht mit Schrecken assoziiert. Die Symbolisierungen der Hände sind auffallend. (Nebenbei eingefügt: Die "linke Hand" hat etymologisch die Bedeutung von "lahm, schwach, unbeholfen, ungeschickt"). Das Nichtvorhandensein von Händen hat, betrachtet man die bestehenden gesellschaftlichen Einrichtungen, unbestreitbar praktische Einschränkungen zur Folge, aber kann nicht mit einer negativen Bewertung der Behinderung gleichgesetzt werden. Zum Beispiel wird an keiner Stelle des Märchens der nachvollziehbare Wunsch, wieder Hände zu haben, direkt geäußert. Die Behinderung verschwindet vielmehr in der Fetischisierung einer leeren Normalität.

Am 30. April 1994 veröffentlicht die *FR* eine Reportage unter dem befremdenden Titel "Lieber einen Friedhof als ein Behindertenheim..."; die Reportage hat die Absicht, im Kontext der Betreuung von schwerstbehinderten Menschen und der finanziellen Gegebenheiten die zynische Struktur bloßzustellen, und erliegt am Schluß ebendieser *lebensbedrohlichen Zynik* selbst. Am Ende des Artikels steht, daß heute, nicht zuletzt durch die "medizinische Betreuung" und die "humaneren Lebensbedingungen" schwerstbehinderte Menschen (sozusagen ungerechtfertigt?!) älter würden und "Spaß am Leben" hätten.

Ich habe, wie zu Beginn betont, "links" nicht über das Bekenntnishafte bestimmt. Ich bin davon ausgegangen, daß linke Leitbilder, auch wenn es ihre guten Absichten beinahe verdekken, sich an der Verbreitung traditioneller Feindbilder beteiligen. Dies, denke ich, belegt die Darstellung der Beispiele medialen Umgangs mit behinderten Menschen und dem Bild, das man sich von ihnen macht. Linksopportunistische Auffassungen halten sich nicht aus existenziellen Bedrohungszusammenhängen heraus. Es trifft zu, wie man bemerkte, daß die gute Absicht niemanden umbringt, aber sie ist von vorneherein auch nicht harmlos. Die symbolische Gewalt basiert auf Mitteln, die verachten, auch wenn sie aufklären wollen, die verletzen, auch wenn sie verdeutlichen wollen.
Der Grat ist schnell verlassen. Für einen Bericht über Wilhelm II., den letzten deutschen Kaiser, und über eine Biographie, die Wilhelms Geburtsbehinderung beeindruckend detailliert behandelt, wählte ich den Titel:"Der behinderte Prinz". Die an sich thematisch sensible Redaktion der linken Zeitschrift verschlimmerte in einer kurzfristigen Anwandlung der vermeintlichen Verdeutlichung den Titel zu "Der verkrüppelte Prinz". Zwar kommt in meinem Bericht das Wort "Krüppel" vor, historisch damals gebräuchlich, doch trotz der Umdeutung der "Krüppelbewegung" und der Problematik des Behinderungsbegriffes denke ich, daß "verkrüppelt" noch viel mehr als "behindert" in den dominierenden nichtbehinderten Wahrnehmungsweisen und Denkschemas eine rhetorisch partizipierende Gewalt aufnimmt, die nicht positiv provoziert.

CHRISTIAN MÜRNER, HAMBURG

Vom vorsichtigen Marsch durch die Institution

Die Frage, wie es die Behindertenbewegung mit Parteipolitik halten soll, wird unterschiedlich beantwortet. Lothar Sandfort zieht eine positive (Zwischen-)Bilanz seines Engagements bei den GRÜNEN und plädiert für eine kritische Zusammenarbeit. Dennoch schätzt er die Chancen für eine grundlegende Verbesserung der Situation Behinderter skeptisch ein.

Wenn Bündnis 90/DIE GRÜNEN sich mittlerweile auch schon zu einer Partei traditionellen Musters entwickelt haben, ist es für Bewegungsleute immer noch möglich, quer einzusteigen. Das hat die Kandidatur von Andreas Jürgens zur vergangenen Bundestagswahl gezeigt. Er ist zwar "nur erster Nachrücker in NRW, wird aber noch im Laufe der Legislaturperiode in den Bundestag kommen. Denn von den 17 Abgeordneten aus NRW wird in den nächsten vier Jahren erfahrungsgemäß mindestens eine/-r einen anderen Posten bekommen oder aus anderen Gründen aufhören.

In Landes- und Kommunalparlamenten haben und hatten schon viele Behinderte die Möglichkeit bekommen, sich selbst (und andere Behinderte) zu vertreten. Ich war von 1982 bis 86 Mitglied der grünen Kreistagsfraktion Rhein-Sieg, danach bis Ende 1990 der Behindertenreferent der grünen Bundestagsfraktion und bis zu meinem Umzug Ende 1993 Mitglied der grünen Fraktion des Landschaftsverbandes Rheinland (z.B. ist das der überörtliche Träger der Sozialhilfe).

Während ich in der Behindertenbewegung als Realo gelte, ordneten mich die verschiedenen grünen Fraktionen gern den Fundis zu. Beides paßt wohl. Vielleicht bin ich am ehesten ein pragmatischer Linker.

Es sind dabei nicht die speziellen behindertenpolitischen Themen, die mich für ein anderes politisches System streiten lassen. Ich bin fest davon überzeugt, daß auch ein anderes Gesellschaftssystem weder Überleben noch Gleichberechtigung Behinderter garantieren würde. Unsere Aussonderungen und Diskriminierungen haben im Wesentlichen seelische Ursachen: Die Angst vor behindertem Leben; die Angst vor der gesellschaftlichen Abwertung; der Wunsch, immer schöner, leistungsfähiger, anerkannter zu werden; das Bestreben, an die Anfälligkeit des eigenen Körpers nicht erinnert zu werden u.ä.

Die gesellschaftlichen Bedingungen, die diese Ängste und Wünsche wiederum beeinflussen, sind auf der ganzen Welt ähnlich. Überall stehen Behinderte auf einer der untersten Stufen gesellschaftlicher Anerkennung. Und niemand konnte mir bisher erklären, unter welcher Utopie das aus welchen Gründen anders sein sollte. Aus individuellen seelischen Motiven heraus ergeben sich gebündelt die diskriminierenden gesellschaftlichen Interessen gegen behindertes Leben von der schulischen Aussonderung bis hin zu eugenischen Rassegesetzen. Das eine bedingt das andere und umgekehrt.

Ich bin darum entschieden dagegen, unseren Widerstand mit dem politischen Bemühen der Linken in unserem Lande gleichzusetzen oder beides auch nur als wesensgleich zu vermengen. Dere Konflikt ist eindeutig angelegt durch die Kulturhoheit der Nichtbehinderten, die uns zu Außenseitern gemacht hat und uns allenfalls duldet. Alle Kulturen werden definiert von Nichtbehinderten, und das wird immer so sein. Sie stellen die Mehrheit, und die Mehrheit hat die Definitionsmacht - nicht nur in der Demokratie. Nach ihren Interessen wird bestimmt, was gut und was böse ist, was wertvoll und was Ballast. Wir können das allenfalls beeinflussen. Widerstand ist - in unserem Lande - dabei wirkungs- und lustvoller als Anpassung, linke Nichtbehinderte sind erfolgversprechender als konservative. **Mehr nicht.**

Im Vergleich zu allen bestehenden und bisher erdachten gesellschaftlichen Entwürfen geht es uns in Nordeuropa noch am besten. Ich verkenne nicht, daß der zunehmende Egoismus die Luft für uns dünner werden läßt. Die soeben umgesetzten Rassegesetzte der Volksrepublik China liegen in ähnlicher Form als Vorschläge auch schon in den Schubladen der europäischen Parlamentsbürokratie. Sie sind in Vorstufen in den Niederlanden (Euthanasie) oder bei uns (Paragraph 218 StGB) schon umgesetzt. Wir sind als Behinderte geradezu verdammt zu ständigem Mißtrauen gegenüber Nichtbehinderten und zu anhaltendem politischem Widerstand. Den Bündnisgrünen gegenüber empfehle ich nichts anderes als das: ständiges Mißtrauen.



Wie wir allerdings in dieser Welt der Nichtbehinderten gar nicht drumrum kommen, mit ihnen zusammenzuleben (was jeweils mehr oder weniger angenehm ist), so läßt es sich auch mit politischen Parteien Nichtbehinderter noch leben. Bei den Bündnisgrünen konnte bisher schon einiges durchgesetzt werden. Sie sind in der Regel unseren Vorstellungen gegenüber offen. Außerdem brauchen sie uns, denn der bzw. die durchschnittliche Bündnisgrüne ist von sozialen Ängsten nicht anhaltend betroffen. Sozialpolitische Erfahrung gehört nicht zu den originären der bündnisgrünen Abgeordneten. Ich hatte im Verbund mit Volker Beck (Schwulenreferent) und der rebellischen Trude Unruh im sozialpolitischen Arbeitskreis der Bundestagsfraktion immer recht gute Umsetzungsmöglichkeiten. Das zeigte sich nicht nur beim Pflegegesetzentwurf, in der Arbeits- und Schulpolitik, sondern auch bei der Diskussion zum Betreuungsgesetz. Außer den GRÜNEN hat z.B. keine Fraktion gegen die Sterilisationsbestimmungen gestritten, und die grüne Broschüre zu diesem Thema ("Hilfen statt Zwang") wird heute noch immer wieder bei mir nachgefragt. Wie 1985 die Besetzung des Bundestages (für das Pflegegesetz) durch die GRÜNEN unterstützt wurde, so konnte ich mit meinen Mitteln die Besetzung der CDU-Parteizentrale Jahre später unterstützen. Es war möglich, die Unterschriftenaktion gegen die Sterilisationsentwürfe zu organisieren - zusammen mit Michael Wunder und Klaus Dörner. Internationale Kontaktreisen in die USA, nach Nicaragua und Cuba finanzierte zum großen Teil die Fraktion. Diese geknüpften Kontakte bestehen heute noch zum je beiderseitigen Vorteil. Wir gründeten damals die parteiunabhängige GISBe ("Gesellschaft für internationale Solidarität Behinderter"), deren Vorsitzende heute Sille Boll aus Berlin ist.

Die großen, von den GRÜNEN finanzierten, aber von uns Behinderten autonom gestalteten Kongresse zum selbstbestimmten Leben in Köln und Strasbourg haben wesentlich zur Entstehung der entsprechenden Bewegung beigetragen. Die Tagung in Strasbourg war z.B. die Geburtsstunde von ENIL ("European Network for Independent Living").

Um nicht mißverstanden zu werden: Die oben genannten Beispiele entstanden nicht, weil ich der Behindertenreferent war, andere hätten das auch erreicht. Es war einfach, weil einer aus der Bewegung mit Hilfe von Leuten aus der Bewegung in dieser Bundestagsfraktion Raum hatte. Denn von allein hätten die Abgeordneten nie Behindertenpolitik gemacht, und vielen war anzumerken, daß meine Anträge sie eher störten. Viel zu oft wurden Bemühungen von mir einfach auf die lange Bank geschoben. Das waren eben auch nur Nichtbehinderte. Zudem macht es einen Unterschied, ob man als Abgeordnete/-r direkt in der Fraktionssitzung agieren kann, oder als Mitarbeiter/-in jemanden aus der Fraktion erst überzeugen muß. Darum sollten wir auch bemüht sein, Bewegungsleute in die verschiedenen Fraktionen auf allen Ebenen zu bekommen. Am liebsten bei solchen Parteien, die sich zu Bemühungen um Gleichberechtigung und Antidiskriminierung Behinderter wenigstens noch bewegen lassen. So arbeite ich weiter bei den Bündnisgrünen mit. Auch wenn diese Partei Nichtbehinderter das Überleben für Behinderte von allein nicht garantieren wird, auch wenn einige grüne Zustimmungen auf den verschiedenen Ebenen sogar gegen uns gerichtet sind. Bündnis 90/DIE GRÜNEN können wir (im Gegensatz zu den Altparteien) nutzen für unsere Interessen. Wir sind sogar dazu eingeladen und sollten das tun - und zudem: Es gibt ja auch noch andere wichtige Überlebensthemen außer Behindertenpolitik.

LOTHAR SANDFORT, TREBEL

Was lange währt, wird endlich gut - oder?

"Niemand darf aufgrund seiner Behinderung diskriminiert werden!"

1988 beschloss die ehemalige Alternative Liste Berlin, nur noch in Räumen zu tagen, die auch für behinderte Menschen zugänglich sind und verankerte diesen Vorsatz auch in der Satzung. 1994 wurde das Diskriminierungsverbot für Behinderte ins Grundgesetz aufgenommen. Dazwischen liegt die Praxis, die sich mit der Theorie manchmal schwer tut. Doris Zimmer berichtet in einem im Sommer 94 für die "Stacheligen Argumente", die Mitgliederzeitung des Landesverbandes Berlin, verfaßten Beitrag über die Tücken des grün-alternativen Partei-Alltags.



Versammlungen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN sind traditionell öffentlich. Zur MVV (Mitgliedervollversammlung) im Frühjahr 94, bei der die Bundestagsabgeordneten gewählt werden sollten, stellte sich allerdings die Frage, ob eine besondere Öffentlichkeit gemeint ist, nämlich nur die Menschen, die so gut zu Fuß sind, daß sie ein Stockwerk zum Versammlungsraum klettern (steigen, laufen) können, ihre Blase so gut unter Kontrolle haben, daß sie beim stundenlangen Wahlmarathon nicht auf die Toilette müssen, gut hören und gut sehen, kurz nichtbehindert sind. Auf Nachfrage (!) wurde mir mitgeteilt, das sei vergessen worden.

Um uns auf besagter MVV sichtbar in Erinnerung zu bringen, verteilten wir - zwei langjährige Aktivistinnen der ehemaligen AL (Alternative Liste Berlin) Flugblätter vor Ort. Durch unseren Einsatz und das Votum der TeilnehmerInnen der MVV wurde beschlossen, einen Passus in die **Satzung** des Landesverbandes aufzunehmen, der besagt, daß Veranstaltungen in Zukunft für behinderte Menschen zugänglich sein müssen. - Von einigen Leuten wurde uns Sturheit unterstellt, weil wir nicht in den ersten Stock getragen werden wollten. Dazu nur einige wenige, mit Sicherheit unvollständige Erklärungen: Zu allererst ging es uns wirklich nicht um unsere Personen, die wir einen relativ leicht handhabbaren Faltrollstuhl fahren. Es ging uns um mehr, nämlich um das Prinzip. Zudem: Vier Menschen können mit Ach und Krach einen elektrisch betriebenen Rollstuhl, wenn er leer ist, tragen. Aber in der Regel sitzt da auch noch jemand. Soll dieser Mensch etwa aussteigen oder vielleicht ist er/sie nur zu stur oder zu faul? Zweitens ist es unheimlich gefährlich für den Menschen, der diese Prozedur über sich ergehen läßt. Außerdem: Wer von den Nichtbehinderten kann sich das Gefühl von Ohnmacht und hilflosem Ausgeliefertsein vorstellen, wenn man/frau getragen wird. Desweiteren höre ich immer wieder (besonders oft in dieser Partei): Der oder die hat sich doch auch tragen lassen. Das ging doch. - **Aber dadurch ändert sich nie etwas in der Einstellung Nichtbehinderter gegenüber Menschen mit Behinderung.** Und das war/ist unser Ziel!

Gefreut hat mich die Tatsache, daß die Abstimmung einstimmung erfolgte, jedoch war ich entsetzt, daß der GA (Geschäftsführende Ausschuß), ohne mit mir darüber zu reden oder auch nur den Kontakt mit irgendwelchen Betroffenen gesucht zu haben, auf der zuständigen Landesdelegiertenkonferenz bezüglich der Satzungsänderung einen Alternativvorschlag zu meinem vorlegte: Alle Veranstaltungen müssen behindertengerecht durchgeführt werden, was immer das heißen mag. Bei einem zufälligen Gespräch am Ende der Versammlung bekannte ein Vertreter des GA auch offen seine Beweggründe: Bei meiner Variante müßten sie sich ja im Bezirk neue Räume suchen. Jetzt träfen sie sich im Hinterhof, zwei Treppen, ohne Aufzug. Soviel zur Öffentlichkeit! Ich wollte u.a. explizit Basisversammlungen erwähnt haben. Zur Erleichterung der Suche nach **für alle** zugänglichen Räumen sollten entsprechende Listen erstellt werden und in allen Bezirken verfügbar sein. Desweiteren wollte ich die Verantwortung des Landesverbandes der Partei für Gebärdendolmetscher und Vorlesekräfte in der Satzung verankert wissen. Da der GA nicht kompromißbereit war und auf seiner Formulierung bestand, blieb mir im Interesse der Sache nichts anderes übrig, als meinen Antrag zurückzuziehen.



Ein kurzer Rückblick in unsere Geschichte:
In der alten Geschäftsstelle in der Badenschen Straße gab es eine sogenannte "Tagungs-Etage". In der fanden interessante Veranstaltungen statt, allerdings unter Ausschluß des damals sehr aktiven Behindertenbereichs; die "Tagungs-Etage" war nämlich nur über Treppen zu erreichen. Ein *Lasten*fahrstuhl war zwar vorhanden, jedoch wegen technischer Mängel nicht mehr in Betrieb. Mit Zustimmung des Besitzers und einigem finanziellen Aufwand von Seiten der AL hätte unsere Forderung (des Behindertenbereichs) nach Umwandlung in einen Personenaufzug erfüllt werden können. Aber es passierte nichts! Nach wiederholten Gesprächen blockierten wir den Aufgang unter dem Motto: Wenn *wir* nicht reinkönnen, dann niemand. Daraufhin wurde beschlossen, nur noch an Orten zu tagen, die für alle zugänglich sind. Das war 1988. Dann kam die Vereinigung mit den GRÜNEN, dann die Wende, der Umzug in eine neue Geschäftsstelle, dann die Vereinigung mit Bündnis 90. Und heute haben wir 1994 ...



Um die Suche nach geeigneten Versammlungsräumen zu vereinfachen, sollte (mit Hilfe von Betroffenen) eine Liste geeigneter Räume erstellt werden. Da es mit Sicherheit auch in der "Hauptstadt" Berlin schwierig wird, mehrere ebenerdige Versammlungsräume zu finden, kann als Kompromiß eine Rampe auch über drei oder vier Stufen (die nicht allein zu bewältigen wäre) akzeptiert werden.

Behinderungen sind selbstverständlich vielfältig. Dieser Binsenweisheit sollte Bündnis 90/DIE GRÜNEN Rechnung tragen und für Gebärdendolmetscher, Höranlagen und Vorlesekräfte sorgen. Der Einwand, es gäbe ja keine Nachfrage, kann nicht stichhaltig sein. Er erinnert mich an eine Umfrage der BVG (Berliner Verkehrsgesellschaft) nach Notwendigkeiten des behindertengerechten Umbaus in total behindertenfeindlichen Bussen mit dem Resümee: Wir brauchen keine behindertengerechte Busse, es fährt ja kein Behinderter mit. Da aber Gebärdendolmetscher ziemlich teuer sind (und auch unsere Partei sparen muß) müßte es m.E. genügen, das Angebot dafür zu machen. Es scheint mir wesentlich, daß Bündnis 90/DIE GRÜNEN von dem Standpunkt runterkommen, daß selbstverständlich auf Anfrage alles bereitgestellt wird. Vielmehr muß das Angebot von den Verantwortlichen selbst kommen. Sicher kann mir politische Naivität unterstellt werden, aber ich bin davon überzeugt, daß mit dieser Haltung gut Wahlkampf zu machen ist. Schließlich hat der Landesverband NRW für die Bundestagswahl einen Rollstuhlfahrer auf einem ziemlich sicheren Listenplatz aufgestellt. (Wie wir inzwischen wissen, hat es ganz knapp nicht gereicht. - die Red.) Innerhalb des Bundesverbandes der Partei verspreche ich mir zudem eine große Signalwirkung.

Am 30. Juni dieses Jahres wurde vom Bundestag einer Grundgesetzänderung zugestimmt, die besagt, daß niemand aufgrund einer Behinderung diskriminiert werden darf. Da sich die CDU gegen eine Verankerung des Diskriminierungsverbotes im Grundgesetz ausgesprochen hatte, hat keineR mehr daran geglaubt. Doch dann fiel Kohl ein, daß Wahlzeit ist.

Wir haben diesen Erfolg gebührend gefeiert, obwahl allen klar war und ist: Jetzt geht's erst richtig los! Namhafte VertreterInnen von der SPD aus Bundestag und Europaparlament hielten Reden, auch ein PDS-Bundestagsabgeordneter ließ es sich nicht nehmen, einige Worte zu sagen. Wer durch Abwesenheit glänzte - was den anwesenden behinderten Menschen unangenehm auffiel - waren VertreterInnen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Ignoranz oder Dummheit? (Ich habe den Eindruck, Menschen mit Behinderung werden immer noch nicht in dieser Partei ernstgenommen und deshalb auch unterschätzt).

Jetzt liegt es an uns und unseren VertreterInnen in der Politik und/oder dem öffentlichen Leben, diese Worte mit Inhalt zu füllen. Ein Antidiskriminierungsgesetz muß her (so sehr ich auch diesem Schritt skeptisch gegenüber stehe).

Also Erfolge, wohin frau blickt. Aber etwas fehlt noch: ein Diskriminierungsverbot in der Berliner Landesverfassung. Ich meine, da sind unsere Leute im Abgeordnetenhaus gefordert.

DORIS ZIMMER, BERLIN

"Knapp daneben" ist nicht automatisch auch "vorbei"!

Ein Interview mit Andreas Jürgens

Ganz knapp verfehlte Andreas Jürgens, rollstuhlfahrender Richter aus Kassel und auf Platz 12 der nordrhein-westfälischen Landesliste der Partei Bündnis 90/Die Grünen zur Wahl gestellt (die randschau berichtete in Heft 2/94), den Einzug in den Bundestag. Welche Perspektiven ergeben sich nun nach der Wahl? Das Gespräch mit Andreas Jürgens führten Jörg Fretter und Ulrike Lux.



Andreas Jürgens beim Auftakt einer Protestveranstaltung in Kassel: Als damaliger 'Noch-nicht-Grüner' im Gespräch mit einem in grün gewandeten Vertreter der Staatsgewalt.

die randschau: Herr Jürgens, Herzlichen Glückwunsch!

Andreas Jürgens: Wozu?

die randschau: Zu Ihrer Kandidatur - und fast erfolgreichen Kandidatur!

Andreas Jürgens: (lacht)

die randschau: Wirklich! Man muß Dir gratulieren, daß Du kandidiert hast und es soweit geschafft hast.

Andreas Jürgens: Ja, bei Lichte betrachtet bin ich ja sogar der erste geworden in Nordrhein-Westfalen, nämlich der erste auf der Nachrückliste. Das ist zwar nicht ganz das, was ich mir erträumt und erhofft hatte. Ich habe ja kandidiert, um gleich im ersten Anlauf Abgeordneter im Bundestag zu wenden. Das hat nun leider nicht geklappt. Gleichwohl denke ich aber auch, daß dieser Wahlkampf insgesamt ganz erfolgreich für mich gelaufen ist, auch wenn es da im Endergebnis nicht ganz für das große Ziel gereicht hat.

die randschau: Aber du hast ja noch die Chance nachzurücken...

Andreas Jürgens: Die Chance nachzurücken besteht über die nächsten vier Jahre, das ist völlig klar. Wenn jemand von den elf Abgeordneten aus Nordrhein-Westfalen, die vor mir auf der Landesliste waren, aus irgendwelchen Gründen ausscheiden sollte, dann rükke ich als nächster nach.

die randschau: Das würdest Du dann auch machen ...?

Andreas Jürgens: Mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit. Es kommt natürlich darauf an, wieviel Zeit von der Rest-Legislaturperiode noch vorhanden ist. Für wenige Wochen würde ich mir das sicherlich überlegen, ob es dann Sinn macht, für kurze Zeit auszusteigen aus meinem Job, den ich habe, um dann sozusagen nur vorübergehend in Bonn Abgeordneter zu werden. Aber wenn noch eine sinnvolle Arbeit dort möglich erscheint, sicher.

die randschau: Wirst Du Dich in den nächsten vier Jahren bei Bündnis 90/Die Grünen einmischen, um dann bei den nächsten Wahlen nochmals anzutreten?

Andreas Jürgens: Also, um das Letzte vorwegzunehmen: Ob ich in vier Jahren nochmal antrete, das kann ich im Augenblick natürlich noch nicht sagen. Ich weiß weder, wie meine persönliche Situation in vier Jahren sein wird, noch wie die politischen Zusammenhänge und die Politik sich insgesamt weiterentwickelt. Das muß man dann entscheiden, wenn es soweit ist. Auf jeden Fall habe ich vor, mich bei den Grünen, insbesondere auch bei der Fraktion, einzumischen. Ich habe schon in der Woche gleich nach der Bundestagswahl ein Fax an die neue Fraktion geschickt mit der Bitte, einen Behindertenreferenten/eine Behindertenreferentin einzustellen. Das halte ich für abso-

lut notwendig, nachdem jetzt keiner von den behinderten Kandidaten gewählt worden ist, um die Behindertenpolitik, die offensichtlich auch zu dem Wahlerfolg der Grünen beigetragen hat, in den nächsten vier Jahren in der Fraktion auch wirklich voranzubringen. Ich denke, daß wir gute Chancen haben, dieses auch wirklich durchzusetzen. Ich werde auch versuchen, eigene Vorstellungen in die Fraktion einzubringen. Ich habe zum Beispiel einen Gesetzentwurf für die Korrektur der Pflegeversicherung in einigen wenigen Teilbereichen formuliert. Der liegt inzwischen der Fraktion vor. Ich denke auch, daß wir beim neugegründeten Arbeitskreis "Behinderte bei den Grünen" bundesweit fortfahren werden, die grüne Behindertenpolitik zu formulieren und zu beeinflussen, und da wird einiges an Arbeit auf uns zukommen. Also, ich bin sicher, daß ich mich auch in Zukunft in grüne Zusammenhänge einmischen werde. - Ich bin mittlerweile auch der Partei beigetreten.

die randschau: Ahaaa! - Da fiel gerade das Stichwort Wahlerfolg der Grünen bei den Behinderten...

Andreas Jürgens: Ja, ich weiß aufgrund meiner eigenen Erfahrungen, aus dem Wahlkampfauftritten und durch den Zuspruch, den ich da erfahren habe, daß eine ganze Reihe von Wählerinnen und Wählern, die ansonsten entweder andere Parteien oder gar nicht gewählt hätten, im Hinblick auf meine und Klaus Körners Kandidatur in Brandenburg, also der speziellen Behindertenkandidatur sozusagen, den Grünen dieses Mal ihre Stimme gegeben haben. Das ging auch weit über den Bereich derjenigen hinaus, die ansonsten für grüne Stimmen ansprechbar sind, weit in den Bereich derjenigen jedenfalls, die ansonsten nie daran gedacht hätten, Grüne zu wählen. Es können sicherlich eine ganze Reihe anderer bestätigen, daß meine Kandidatur auf großes Interesse und auf breite Zustimmung gestoßen ist und sich sicherlich auch in der Wahlentscheidung niedergeschlagen hat.

die randschau: Du hast ja auch viele Wahlkampfveranstaltungen im kleineren Rahmen gemacht. Kannst Du mal erzählen, was Du da für Erfahrungen gemacht hast, mit welchen Fragen Leute kamen, welche Leute kamen ...?

Andreas Jürgens: Das war von Ort zu Ort ganz unterschiedlich und hing auch davon ab, wie die Veranstaltungen von den Kreisverbänden, den örtlichen Gruppen, organisiert worden sind. Sie waren zu meinem großen positiven Erstaunen sehr stark interessiert an Wahlkampfveranstaltungen mit mir. Ich habe sehr viele Wahkampfveranstaltungen sowohl in Nordrhein-Westfalen, als auch in anderen Bundesländern gemacht. Die kleinste Veranstaltung war mit sieben Teilnehmern, die größeren Veranstaltungen waren mit 25 bis 30, und in Bremerhaven, da waren es 150 Leute, die an der Wahlkampfveranstaltung teilgenommen haben. Die Fragen und die Themen, die da im Mittelpunkt gestanden haben, waren diejenigen, die uns in der Bewegung auch immer beschäftigt haben: aus aktuellem Grunde die Auswirkungen der Pflegeversicherung, aber auch zum Beispiel Alternativen zu Werkstätten für Behinderte, Entlohnung und Rechtsstellung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Werkstätten für Behinderte, bis hin natürlich zu Auswirkungen der Grundgesetzergänzung, die ja auch gerade von der Behindertenbewegung erkämpft worden ist, und Fragen der Umsetzung durch Antidiskriminierungs- oder Gleichstellungsvorschriften. Die interessantesten Wahlkampfveranstaltungen, die ich gehabt habe, waren übrigens solche mit geistig Behinderten. Ich bin in einer Wohnstätte für geistig Behinderten gewesen, wo die Betreuer mit den nach neuem Recht ja in aller Regel Wahlberechtigten über Fragen der Wahl gesprochen hatten. Sie haben sich dann an verschiedene Parteien gewandt und um Zusendung von Wahlkampfmaterial und von Wahlprogrammen gebeten. Es stellte sich heraus, daß ich gerade zu diesem Zeitpunkt in diesem Ort eine Wahlkampfveranstaltung machen wollte, und da sind sie auf die Idee gekommen, mich gleich einzuladen. Das war dann eine Diskussionsrunde mit ungefähr 25 Behinderten, die entsprechend vorbereitet hatten, was man denn einen grünen Kandidaten fragen soll. Es war eigentlich ganz klar, aber trotzdem beeindruckend, es waren die gleichen Fragen, die ansonsten auch grünen Politikern gestellt wurden: Wie ist das mit dem Frieden in der Welt, wie kann man von hier aus friedenssichernde Maßnahmen ergreifen, was ist mit dem Autobahnneubau, was ist mit dem Benzinpreis, der auf fünf Mark steigen soll - ein Reizthema im anti-grünen Wahlkampf - und so weiter. Genau die Fragen, die alle anderen bewegen, wurden da gestellt und erörtert. Und die zweite Veranstaltung war in Bremerhaven, in einer Werkstatt für Behinderte. Den Mitarbeitern dort war die Teilnahme während der Arbeitszeit ermöglicht worden, deswegen auch der hohe Grad der Beteiligung. Die hatten ein sehr ausgeprägtes Interesse an der Diskussion, mit konkreten Nachfragen natürlich zur Situation in Werkstätten für Behinderte, aber auch zum Aspekt: Wenn ein Behinderter sich anschickt, in den Bundestag einzuziehen, was kann dort an politischen Änderungen erreicht werden? Das waren teilweise sehr fundierte Diskussionen, natürlich eben unter Berücksichtigung der Tatsache, daß sehr viele dort geistig behindert waren. Aber die Diskussion lief dort eigentlich genauso ab wie in allen anderen Diskussionsveranstaltungen auch. Nur teilweise etwas konzentrierter auf den Punkt gebracht.



die randschau: Du hast vorhin gesagt, daß Du gemerkt hast, das relativ viele Leute Dich gewählt haben, die sonst die Grünen nicht wählen würden. War die Unterstützung aus der "Szene" dementsprechend? Oder hättest Du mehr erwartet?

Andreas Jürgens: Ich hätte mir eigentlich ein bißchen mehr gewünscht. Wobei ich natürlich auch sagen muß, die Unterstützung war relativ groß, war sehr unterschiedlich ausgeprägt. Viele haben mich allein dadurch unterstützt, daß sie mich gewählt haben, viele haben in ihrem privaten Bereich für mich geworben, wo immer sie jemanden erreichen konnten. Was mir aber ein bißchen gefehlt hat, war, daß die Frage der Behindertenpolitik im Wahlkampf insgesamt so wenig 'rübergebracht worden ist. Unsere Aufforderung beispielsweise, Diskussionsveranstaltungen mit Vertretern der unterschiedlichen Parteien zu machen, wo ich dann Bündnis 90/Die Grünen vertreten könnte, und wo man auch in der Auseinandersetzung miteinander sehr viel mehr klarmachen kann, als wenn man jetzt einen einseitigen Diskussionsbeitrag abliefert, das ist nur in sehr geringem Maße geschehen. Von den großen Organisationen, die viel mehr organisatorische Möglichkeiten gehabt hätten als so kleine örtliche Gruppen, hat mit Ausnahme des Deutschen Gehörlosenbundes eigentlich so gut wie nichts stattgefunden. Der Deutsche Gehörlosenbund hat eine eigene zentrale Veranstaltung in der Mercatorhalle in Duisburg gemacht, wo die Vertreter der verschiedenen Parteien vor überwiegend gehörlosen Teilnehmern ihre Positionen darlegen konnten, insbesondere natürlich bezogen auf die Problemlage des teilnehmenden Personenkreises. Aber nach meinem Eindruck haben die anderen großen Organisationen in diesem Bereich zu wenig getan. Die Bundesvereinigung Lebenshilfe hat immerhin ihre Wahlprüfsteine formuliert, die auch in der Lebenshilfezeitung veröffentlicht worden sind. Anhand von fünf verschiedenen Fragen, die die Fraktionen beantworten sollten. Die Bundesarbeitsgemeinschaft "Hilfe für Behinderte" hat ebenfalls Wahlprüfsteine gemacht, 13 sogar, allerdings diese erst drei Wochen vor der Wahl an die Fraktionen verschickt. Praktische Relevanz konnten sie dann jedenfalls nicht mehr haben, nicht mal mehr von einer breiteren Anzahl von Menschen wahrgenommen werden. Man hätte sicherlich da noch einiges tun können. Jetzt nicht unbedingt nur, um mich zu unterstützen, das können ja Organisationen, die parteipolitisch nicht gebunden sind, naturgemäß nicht machen, aber mit dem Ziel, überhaupt die Frage der Behindertenpolitik in die Wahlkampfauseinandersetzung mit hineinzubringen und deutlich zu machen: Das ist ein Aspekt, der bei der Wahlentscheidung einer gehörigen Anzahl von Leuten auch eine Rolle spielt. Das politische Gewicht, das die Behindertenbewegung künftig hat, hängt auch davon ab, inwieweit es gelingt, in Wahlen mit zumischen. Nicht mit dem Ziel parteipolitischer Einflußnahme, aber mit dem Ziel, das Thema überhaupt zur Grundlage von Wahlentscheidungen zu machen. Denn es ist sicherlich auch für behinderte Menschen von überragender Bedeutung, ob zum Beispiel die Parteien gewinnen, die sagen, wir wollen die Sozialhilfe kürzen, oder diejenigen die Regierung übernehmen, die sagen, wir wollen die Sozialhilfe keinesfalls kürzen, sondern eher ausbauen.

die randschau: Was für Erfahrungen hat Du mit Bündnis 90/Die Grünen als Partei gemacht? Wie war Deine Resonanz da? Du warst ja kein Grüner ...

Andreas Jürgens: Eigentlich eine erstaun-

lich positive Erfahrung. Zum einen bin ich mit meinen behindertenpolitischen Vorstellungen in die Wahlkampfmaterialien, insbesondere auch in die bundesweite Wahlkampfzeitung aufgenommen worden. Zum anderen ist auch in verschiedenen Anzeigen mit meiner Kandidatur geworben worden, was mir deutlich macht, daß auch innerhalb der Grünen meine Kandidatur als eine Kandidatur von gewisser Bedeutung empfunden wurde, als etwas Besonderes, was man auch im Wahlkampf nach außen positiv hervorheben kann. Was mich aber vor allem überrascht hat, war, daß mein Angebot an die Kreisverbände, Veranstaltungen in den einzelnen Städten zu machen, auf so große Resonanz gestoßen ist. Ich war praktisch sechs Wochen ohne Unterbrechung im Einsatz und hätte noch mindestens sechs bis acht weitere Orte besuchen können. Die Resonanz da war ausgesprochen positiv und ich habe auch den Eindruck, daß die Grünen-Organisationen vor Ort aus meinen Besuchen für die eigene politische Praxis auch einiges mitnehmen konnten. In Nordrhein-Westfalen war ja parallel dazu Kommunalwahlkampf und viele der Kreisverbände dort hatten ein starkes Interesse daran, für ihre eigene Kommunalpolitik etwas an Erfahrungen und an Anregungen mitzunehmen. Und das, denke ich, war schon eine ganz positive Erfahrung. Jetzt wird es darauf ankommen, daran zu arbeiten, daß das auch so bleibt, und es nicht wieder im Sande verläuft.

die randschau: Du hast vorhin erwähnt, das es jetzt wieder eine BAG Behindertenpolitik bei den Grünen gibt ...

Andreas Jürgens: Es gibt im Augenblick einen Arbeitskreis, der sich darum bemüht, Bundesarbeitsgemeinschaft zu werden. Es



gibt ja nach dem Statut über die Bundesarbeitsgemeinschaften bestimmte Voraussetzungen, die man da erfüllen muß. Ob es uns gelingt, Bundesarbeitsgemeinschaft zu werden, das wissen wir im Augenblick noch nicht. Der Antrag ist entweder schon gestellt worden oder wird demnächst gestellt. Die Initiative kam von verschiedenen Leuten innerhalb der Grünen und Leuten, die sich entsprechend positiv auf die Grünen beziehend politisch aktiv sind. An einem ersten Treffen waren etwa 20 - 25 Teilnehmer aus bestimmt sieben unterschiedlichen Bundesländern beteiligt. Also auch eine überraschend positive Resonanz. Ich hoffe, daß das nicht nur mit meiner Kandidatur zusammenhängt und das Engagement jetzt nicht mit der Tatsache, daß ich nicht gewählt worden bin, wieder wegbricht, sondern daß es uns gelingt, daraus tatsächlich eine kontinuierlich arbeitende Gruppe zu machen.

die randschau: Jetzt wäre das ja erst recht notwendig ...

Andreas Jürgens: Da wir jetzt keinen unmittelbar betroffenen Abgeordneten haben, wäre es eigentlich umso wichtiger, eine möglichst starke Bundesarbeitsgemeinschaft zu haben, wenn man Grünen-Politik in Richtung "Stärkung der Rechte der Behinderten" beeinflussen will. Wir werden daran arbeiten und unser Ziel ist es auch, einen Mitarbeiter innerhalb der Fraktion zu bekommen, einen Behindertenreferenten oder eine Behindertenreferentin.

die randschau: Aus welchen Zusammenhängen kommen denn die MitgliederInnen des Arbeitskreises?

Andreas Jürgens: Das ist ganz unterschiedlich. Es gibt, wie wir jetzt Festgestellt haben, an verschiedenen Orten schon Arbeitskreise, teils auf Landesebene, wie zum Beispiel in Niedersachsen, teils auf örtlicher Ebene, wie hier in Kassel, die Behindertenpolitik bei den Grünen machen wollen. Es gibt Einzelpersonen, die jetzt auch bei der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen in die Kommunalparlamente eingezogen sind. Eine Behinderte in Moers, Heike Bodwasch-Hoymann - von dieser Stelle aus übrigens herzlichen Glückwunsch! - ist in den Rat der Stadt gewählt worden. Eine der wenigen von unseren Kandidatinnen und Kandidaten, die Erfolg gehabt hat. Es gibt auch ver-

IMPRESSUM

Herausgeberin:
'krüppeltopia' e.V. - Verein zur Förderung der Emanzipation Behinderter, Mombachstraße 17, 34127 Kassel, Tel.: 0561 / 8 45 78

Ressorts & Redaktionsadressen
- *Anzeigenverwaltung, Magazin:* **Redaktion Berlin,** Ursula Aurien, Barbarossastraße 24, 10779 Berlin, Tel.: 030 / 2 18 43 76
- *Abo & Vertrieb:* **Redaktion Kassel,** Jörg Fretter, Mombachstraße 17, 34127 Kassel, Tel.: 0561 / 8 45 78, Fax: 0561 / 89 65 32
- *Termine:* **Redaktion Kassel,** Ulrike Lux, Wilhelmshöher Allee 24, 34117 Kassel, Tel.: 0561 / 77 69 15
- *Bücher:* **Redaktion München,** Thomas Schmidt, Planeggerstraße 10, 81241 München, Tel.: 089 / 88 88 598
- **Redaktion Essen,** Volker van der Locht, Virchowstraße 36, 47147 Essen, Tel.: 0201 / 74 07 00
- *Pflegeversicherung:* **Redaktion Mannheim,** Martin Seidler, Am Weingarten 2, 68169 Mannheim, Tel.: 0621 / 30 49 54

Ständige MitarbeiterInnen: Ursula Aurien (Berlin), Ulrike Lux (Kassel) **V.i.S.d.BGl.P.**, Thomas Schmidt (München), Martin Seidler (Mannheim), Volker van der Locht (Essen), Christof Rill (Kassel), Jörg Fretter (Kassel)

Die ***Cassettenausgabe*** der randschau wird betreut durch Valeska Wnuck, Brentanostraße 50, 34125 Kassel

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Wir freuen uns natürlich über unverlangt eingesandte Beiträge und Infos, bitten aber um Verständnis, wenn wir nicht alles, was aufläuft, abdrucken.
Um uns die Bearbeitung mit dem PC zu erleichtern, nehmen wir am liebsten Texte, die unformatiert auf WORD (alle Versionen) geschrieben wurden.

ABO-Preise: Preis für 4 Ausgaben 25 DM / Ausland 35 DM / auf Cassette / 30 DM / Cassette & Schwarzschrift 40 DM / Einzelpreis 7 DM & 2 DM Porto/Verpackung

Erscheinungsweise: vierteljährlich ***Auflage:*** 2.500 Exemplare

Bankverbindung: Stadtsparkasse Kassel (BLZ: 520 501 51) Konto-Nr.: 1009 422, 'krüppeltopia' e.V./die randschau

Satz: LaserPrint, Elfbuchenstr. 5, 34119 Kassel ***Druck:*** COPYTeam, Holländische Str. 36-38,34127 Kassel

Titelfoto: Thomas Dyballa, Berlin

schiedene, die schon seit Jahren behindertenpolitisch aktiv sind und die jetzt sozusagen wieder auftauchen. Auch Leute, die, so wie zum Beispiel Klaus Körner aus Brandenburg, eher über die allgemeine Politik zu den Grünen gestoßen sind und jetzt nun dort die Behindertenpolitik verstärkt einbringen wollen.

die randschau: Rückblickend auf Deine Erfahrungen, was kannst Du Leuten mitgeben, die kandidieren wollen, auf welcher Ebene auch immer und bei welcher Partei auch immer?

Andreas Jürgens: Die Leute, die ich erreicht habe, die konnte ich auch überzeugen. Ich habe nur zuwenig Leute erreichen können. Das Konzept, Veranstaltungen an den einzelnen Orten zu machen, zu denen ja nur eine sehr überschaubare Anzahl von Teilnehmern gekommen ist, scheint mir nicht das vordringliche zu sein. Es kommt vermutlich eher darauf an, Formen zu finden, mit denen man mehr Leute, mehr Behinderte erreichen kann. Insbesondere mein Bestreben, daß ich dahin gehe, wo die Behinderten sind, zum Beispiel in große Einrichtungen, ist nur in seltenen Ausnahmefällen von Erfolg gekrönt gewesen. Ich bin zwar in einer ganzen Reihe von Einrichtungen gewesen, habe dort in der Regel allerdings nur auf Leitungsebene Gespräche gehabt. In einem Fall habe ich mit dem Werkstattbeirat, also mit dem Betriebsratsersatz in den Werkstätten für Behinderte, sprechen können. Ein geplantes Gespräch mit einem Heimbeirat ist offensichtlich, so muß ich es jedenfalls nach Informationen, die ich erhalten habe, bewerten, von der Leitung torpediert worden. Mit Ausnahme der erwähnten Veranstaltungen in der Wohnstätte und in der Werkstatt für Behinderte haben wir da relativ wenig Erfolg gehabt. Also, ich denke, wenn man eine Kandidatur als Behinderter noch mal vorantreiben will, muß man da noch stärkeres Gewicht drauf legen, Formen zu finden, wie man die Betroffenen selbst erreichen kann. Und natürlich schauen, daß, was allerdings ausgesprochen schwierig ist, man über die Medien noch stärker rüberkommt, als ich es in diesem Wahlkampf geschafft habe. Ein positives Beispiel noch: Ich hatte angeboten, speziell zu Behindertenfragen, vor allen auch zu Fragen der Pflegeversicherung über die Lokalpresse eine Telefonaktion zu machen. Nur in einem einzigen Fall hat die Regionalpresse das auch gemacht, das war in Herne, in der WAZ (Westdeutschen Allgemeinen Zeitung, d. Red.). Ich habe dort eine Stunde lang in der Redaktion gesessen und die Redakteure ebenso wie ich waren überrascht, daß ohne Unterbrechung das Telefon geklingelt hat und ich eine Frage nach der anderen beantworten mußte. Darüber ist dann auch berichtet worden . In allen anderen Fällen haben die Lokalzeitungen das abgelehnt. In zwei Fällen haben die Grünen selbst eine solche Telefonaktion angeboten, im Grünen Büro, da gab es in dem einen Fall keinen und in dem anderen Fall einen Anruf.



die randschau: Ich habe den Eindruck, was Du so erzählst, weißt eigentlich darauf hin, daß die Interessen bei den potetiellen Wählerinnen und Wählern vielmehr in Richtung Sachfragen gehen als in Richtung Parteipolitik. Ist das die Tatsache, daß da jemand ist, der selbst behindert ist und angetreten ist mit dem Anspruch, Behindertenpolitik zu machen, ganz explizit?

Andreas Jürgens: Das ist schwer zu sagen. Das läßt sich natürlich auch nicht hundertprozentig trennen, weil ich ja für eine bestimmte Partei angetreten bin. Und diejenigen, die zu den Veranstaltungen gekommen sind auch eher solche waren, die sich jedenfalls von meiner Kandidatur für Bündnis 90/Die Grünen nicht abschrecken ließen. Die, wenn ich vielleicht für die CDU kandidiert hätte, nicht gekommen wären. Das wären dann vielleicht andere gewesen. Ich denke, daß die Sachfragen schon im Vordergrund gestanden haben. Vielleicht haben es Leute, die von der Basis aus bestimmtem Bewegungen kommen, bei Bündnis 90/Die Grünen es einfacher, sich entsprechend einzubringen und ihre Anliegen in die Politik umzusetzen als bei anderen Parteien. Es ging natürlich um die Sachfragen, für die ich auch kandidiert habe, aber natürlich im Zusammenhang mit der Kandidatur für Bündnis 90/Die Grünen. Es ging natürlich , das ist auch eine Erfahrung, um die Person Andreas Jürgens, gar keine Frage. Bei Wahlentscheidungen hängt offensichtlich ganz viel nicht nur von inhaltlichen Fragen, sondern auch von den Personen ab, von der Art und Weise, wie die Personen, die dort auftreten, ankommen und ob man sich von ihnen eine gewisse Ehrlichkeit versprechen kann oder nicht. Und ich habe auch gemerkt, daß meine Ankündigung, gern Behindertenbeauftragter zu werden in einer neuen rotgrünen Regierung teilweise auf größeres Interesse gestoßen ist als zehn Sachfragen, die ich erwähnt habe.

die randschau: Wie sind die Erfahrungen, die Du mit Vertretern von anderen Parteien gemacht hast?

Andreas Jürgens: Ich habe leider nur ganz wenig Möglichkeiten gehabt, mich mit Vertretern der anderen Parteien auseinanderzusetzen. Das hätte ich ja viel lieber gemacht. Die einzige Möglichkeit, die ich konkret hatte, war die Veranstaltung vom Deutschen Gehörlosenbund in Duisburg, wo Herr Blüm für die CDU und Herr Drechsler für die SPD waren, Ilja Seifert für die PDS und ein Landtagsabgeordneter für die FDP. Das war die einzige Chance, sich da mal auseinanderzusetzen. Da glaube ich, und das haben mir auch die Reaktionen der Zuhörer später gezeigt, daß ich in diesem Kreis recht gut abgeschnitten habe und einige Punkte sammeln konnte. Insbesondere neben Herrn Blüm, der ja eine Politik zu Lasten Behinderter in der Vergangenheit zu vertreten hat, ist das nicht sonderlich schwer. Aber es ist offensichtlich auch so gewesen, daß die anderen Parteien, insbesondere die Union und die FDP, sich vor dem Thema gedrückt haben. Daß die das Thema im Wahlkampf gar nicht ansprechen wollten, naturgemäß, weil sie da nicht viele Punkte zu gewinnen hatten. Und daß es weder der Bewegung noch uns von Seiten Bündnis 90/Die Grünen gelungen ist, das gegen diese Ablehnungsfront zu einem stärkeren Thema im Wahlkampf zu machen.

die randschau: Das heißt, du würdest dir wünschen, daß deine Kandidatur so eine Art Pilotfunktion hat?

Andreas Jürgens: Ich habe immer gesagt, daß ich meine Kandidatur in dem Zusammenhang sehe, daß Behinderte sich stärker in die Politik einmischen müssen, auch in die Parteipolitik, und daß ich das nur als Auftakt einer, so hoffe ich jedenfalls, breiteren Kampagne verstanden wissen wollte. Und vielleicht kann man insoweit auch sagen, es war nicht zu erwarten, daß gleich der erste Versuch klappt. Vielleicht sind weitere, künftige Versuche erfolgreicher.

die randschau: Andreas, wir danken Dir für das Gespräch!

Nichts als Ärger mit den 'Sorgenkindern'

Notwendige Betrachtungen zu dreißig Jahren 'Aktion Sorgenkind'



Hans Mohl, Mitbegründer und in den Ruhestand geschickter Übervater der 'Aktion Sorgenkind' nimmt einen Scheck von Georg Rentrup aus Lengerich entgegen, der bereits 1,2 Millionen DM für 'die gute Sache' zusammensammelte. Oben: Das neue Geburtstagslogo der 'Aktion'

Wenn wir heute den Namen 'Aktion Sorgenkind' hören, beschleicht die meisten behinderten Menschen sicher Wut. Wut darüber, wie die 'Aktion' das Bild der Behinderten in der Öffentlichkeit prägt, wie ihr kaum ein Stereotyp zu abgelatscht, kaum ein mildtätiger Spruch über die armen, bedauernswerten Behinderten zu doof ist. Noch größer allerdings wird die Wut, wenn wir daran denken, daß die 'Aktion Sorgenkind' nunmehr seit genau 30 Jahren versucht, ihrem Namen gerecht zu werden. Da bleibt kein Auge trocken: Freudentränen bei den Verantwortlichen darüber, was in den letzten 30 Jahren alles für behinderte Menschen geschaffen wurde. Tränen der Wut über die 'größte Bürgerbewegung' (Eigenwerbung) bei den Betroffenen. Denn kaum eine Organisation hat das Bild des 'Musterkrüppelchens' mehr abgemeiert als die Aktion Sorgenkind (wir wollen nicht ungerecht sein, in ähnlicher Weise vielleicht nur noch der Behindertenbeauftragte der Bundesregierung). Und tatsächlich, die 'Aktion Sorgenkind' hat geschafft, was kaum einer anderen Organisation in der Bundsrepublik bisher gelang, sie erbittete und erbettelte in den drei Jahrzehnten ihres Bestehens knappe 2,2 Milliarden Märker (eine Zahl mit 10 Stellen) von der bundesdeutschen Bevölkerung. Und das sind nur die Zahlen der Spendeneingänge, die über Tombolas, diverse Ringelpiezreigen mit Anfassen, Straßenfesten und sog. Wohltätigkeitsbasaren zusammengeschnorrt wurden. Der Reinerlös der Lotterien liegt noch einmal bei ca. 1,8 Milliarden DM, eingespielt von den drei Fernseh-Lotterien 'Vergißmeinnicht', '3 x 9' und 'Der große Preis'. Das gesamte Imperium hat demnach über 4 Milliarden DM zusammengesammelt, die den 'Sorgenkindern' zugute kamen. Unterstützt wurden damit in erster Linie Anstalten mit durchschnittlich 40% der gesamten Gelder, das sind ca. 1,8 Milliarden DM. An zweiter Stelle rangieren Werkstätten für Behinderte mit einer Summe von knapp 755 Millionen DM und gleich dahinter, an dritter Stelle, Sonderkindergärten mit ca. 662 Millionen. Unterstützt wurde weiterhin der Kauf von Fahrzeugen (567 Mio.) und der Bau von Spielplätzen (176 Mio.). Außerdem stieg die 'Aktion' in die Vorsorge ein und spendierte dafür in den Jahren knappe 200 Mio. DM.

Die 'Aktion' setzt auf Restmittelfinanzierung. Das bedeutet: Alle geförderten Projekte müssen zum größten Teil aus Bundes-, Landes- und/oder Kommunalfinanztöpfen bezuschußt werden und ein ganzes Stück an Eigenmitteln einbringen, sonst gibt es keinen Pfennig von 'der großen Hilfe'. Zusätzlich muß die geförderte Organisation Mitglied eines Trägers der Freien Wohlfahrtspflege sein und der Antrag über die jeweiligen Träger gestellt und befürwortet werden. Nur dann gibt es eine fast 100%ige Chance auf finanzielle Förderung durch die 'Aktion Sorgenkind'. Freien Projekte ohne Anbindung an die Träger der Wohlfahrtspflege bleibt der Zugang zu den Finanztöpfen versagt.

Wohltätermafia 'Aktion Sorgenkind'

Die 'Aktion Sorgenkind' ist weithin bekannt, der Verein der dahintersteckt, die 'Deutsche Behindertenhilfe - Aktion Sorgenkind e.V.', mit Sitz in Mainz und Bonn, sagt kaum jemandem etwas. Dabei werden hier die Milliarden über den Tisch geschoben, die der Behindertenhilfe das notwendige finanzielle Polster verschaffen, die sie u.a. zum Betreiben ihrer Aussonderungsanstalten benötigt. An einem Tisch sitzen hier in freundlicher Eintracht die Vertreter der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege (Arbeiterwohlfahrt, Deutscher Caritasverband, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonisches Werk und die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland) und der Intendant (oder sein ernannter Vertreter) des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF).

Der Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wolfahrtspflege e.V., Dieter Gutschik, hat dabei gleichzeitig die

Geschäftsführerrolle der 'Aktion Sorgenkind' inne und sorgt mit dafür, das die einlaufenden Millionenbeträge richtig um- und weitergeleitet werden, auf das jeder Verband ein kräftiges Stück vom Kuchen bekomme. Ein monatlich in Mainz zusammentretendes Kuratorium verteilt die vorhandenen finanziellen Mittel unter die beteiligten Verbände: Der Deutsche Caritasverband säbelt sich ein ca. 20%-Stück des Förderkuchens ab und liegt damit gleichauf mit dem Diakonischen Werk. Der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband bedient sich mit ca. 39% vom Kuchen und kann damit das größte Stück für sich verbuchen. Das Deutsche Rote Kreuz und die Arbeiterwohlfahrt erhalten jeweils 8 bzw. 9%. Ein Extra-Betrag ist noch für Vorsorgeaktivitäten ausgewiesen, er liegt bei ca. 4,5% der Fördermittel. Übrigens erhielt die Bundesvereinigung Lebenshilfe in den letzten 30 Jahren von den verschiedenen Verbänden Finanzhilfen in Höhe von ca. 405 Mio. DM, die ursprünglich aus den Mitteln der 'Aktion Sorgenkind' stammen und durch die Verbände quasi umverteilt wurden.

Am 9. Oktober 1964 gründete sich der damalige Verein 'Aktion Sorgenkind e.V.', der 1986 um die zwei Wörter 'Deutsche Behindertenhilfe' erweitert wurde. Die enge Verbundenheit zum 'Zweiten Deutschen Fernsehen' wird durch den Sitz in Mainz dokumentiert, in Bonn befindet sich der Verwaltungsapparat (Lotterieeinnahme, Buchführung, Presse- und Öffentlichkeitsabteilung, Geschäftsführung) mit ca. 40 MitarbeiterInnen.
Wer sich die Publikationen des Vereins anschaut, findet immer wieder den Rückgriff auf den 'Contergan-Skandal' als Anlaß für die Gründung der 'Aktion'. Dieter Stolte, ZDF-Intendant und Vereinsvorsitzender, beschreibt dies in seinem Beitrag im 'ZDF-Presse-Spezial' zum fünfundzwanzigjährigen Bestehen der 'Aktion' folgendermaßen: *"Am Anfang der Aktion Sorgenkind ... stand bekanntlich eine Arzneimittelkatastrophe vom Ausmaß eines nationalen Notstandes. Das ZDF hat es damals nicht bei seiner journalistischen Pflicht bewenden lassen, über das Schicksal der Contergan-geschädigten Kinder zu informieren, die Zusammenhänge zu analysieren und zu kommentieren sowie an die Hilfsbereitschaft aller zu appellieren."* Interessant die Wortwahl, die die Verantwortlichen des Contergan-Skandals, die Firma Grünenthal aus Stolberg, mit keiner Silbe erwähnt. Stolte weiter: *"Mit den breitenwirksamen Mitteln der Fernsehunterhaltung hat das ZDF seine Zuschauer emotional angesprochen und zur Eigeninitiative motiviert. Es war ein Experiment mit ungewissem Ausgang. Niemand konnte damals wissen, ob die Mittel der Fernsehunterhaltung dazu taugten, das schmerzliche Tabuthema Behinderung in den Mittelpunkt zu stellen und auf diese Weise eine große Solidarisierungsaktion zu bewirken. Die Aktion Sorgenkind ist über ihren Anlaß hinausgewachsen und zu einem Markenzeichen des ZDF-Programms geworden - und wird das auch bleiben. Ich wage die Voraussage: Solange es das ZDF gibt, wird es auch die Aktion Sorgenkind geben."* Auch wenn mensch nur hoffen kann, das Stolte mit seiner Prognose Unrecht haben wird, so sitzt die 'Aktion Sorgenkind' trotz aller Pleiten nach wie vor relativ fest im Sattel.

Pleiten, Pech und Pannen

Das dreigliedrige Fernsehkonzept der 'Aktion Sorgenkind' im ZDF gibt es nach wie vor: Auf der einen Seite die Unterhaltungssendung und Show (derzeit 'Goldmillion'), dann die Lotteriegewinnerbekanntgabesendung und schließlich die Sendung 'Dankeschön', die dem ZuschauerInnenkreis vermitteln soll, was mit den Geldern 'Gutes' passiert.
Die Popularität der Unterhaltungsendung ist spätestens seit dem bahnbrechenden Niedergang von Wim Thoelkes Donnerstagsabendshow 'Der große Preis' dahin. Diverse Moderatorenwechsel konnten die Fahrt in die Niederungen der Zuschauerstatistik nicht bremsen, so daß das ZDF und die 'Aktion' zu Beginn 1994 die als Rettungsanker gedachte und mit heißer Nadel gestrickte Sendung 'Goldmillion' aus dem Hut zauberte. Der neue Moderator Wolfgang Lippert, mit vielen Vorschußlorbeeren bedacht, setzte die Samstagabendunterhaltungssendung für das mittelalte Publikum gleich zu Beginn derart in den Sand, daß sie pünktlich zum 30-jährigen der 'Aktion' auf den Donnerstag-Abend zurückgestoßen wurde. Das ZDF konnte die miesen Einschaltquoten einfach nicht mehr verschmerzen. Über kurz oder lang ist damit zu rechnen, daß das Sendekonzept vollständig überarbeitet wird und letztlich dort landet wo es hingehört, in den Mülleimer der ZDF-Unterhaltungsredaktion. Dennoch kann die Aktion trotz sinkenden Zuschauerinteresses weiter existieren. 1993 konnte der Tiefflug der Lotterieeinnahmen mit der millionenteuren Investition einer Anzeigenkampagne in das 'Postleitzahlenbuch' der Deutschen Bundespost aufgefangen werden. Dank der riesigen Auflage dieses Druckwerkes war es möglich, der Talfahrt der Lotterie vorerst Einhalt zu gebieten und Tausende von Jahreslosen abzusetzen. Desweiteren setzt die 'Aktion' auf die Menschen im Lande, die allenthalben nichts Besseres zu tun haben als ihre Veranstaltungen unter das Banner der 'großen Hilfe' zu stellen und so Monat für Monat für Spenden in Millionenhöhe sorgen. Alle diejenigen, die mit dem Emblem der 'Aktion Sorgenkind' für ihre Veranstaltungen werben, sind verpflichtet, den Überschuß der jeweiligen Veranstaltung direkt an die 'Aktion' zu überweisen ("spätestens vier Wochen nach Durchführung Ihrer Veranstaltung").
Auch auf dem für unsere Breitengrade relativ neuen Feld des sog. 'Social Sponserings' versucht sich die 'Aktion Sorgenkind'. Firmen sollen gewonnen werden, um der 'Aktion' den Finanznachschub zu sichern. So warb die Pressestelle der 'Aktion Sorgenkind' unlängst für den Hersteller von Markenwaschmitteln, der Firma Procter & Gamble, für ihre Jubiläumsveranstaltung in Düsseldorf. Böse Zungen behaupten, die 'Aktion' habe der Firmenintervention pünktlich zum 30-Jährigen dringend bedurft, um mit einer strahlend weißen Weste an die Öffentlichkeit treten zu können. Aber auch andere Hersteller von Wichtigem und Unwichtigem unterstützen die 'Aktion' in ihren Bemühungen, 'den Behinderten zu helfen'.



Auch in den neuen Bundesländern sitzt die 'Aktion Sorgenkind' fest im Förderungs-Sattel

aus: Elbe-Jetzel-Zeitung vom 6.7.94

"Anschlag auf die Aktion Sorgenkind"

Ir Waddeweitz. Beschmiert und unleserlich gemacht haben unbekannte Täter auch das große Hinweisschild auf das Sommerfest am 23. und 24. Juli in Waddeweitz. Waddeweitz' Bürgermeister Helmut Niebuhr wertet die Tat als einen "Anschlag auf die Aktion Sorgenkind", die mit dem Sommerfest unterstützt wird. Die Ratsherren des Ortes seien "fassungslos", gibt Niebuhr die Stimmung wieder. Die Schmierereien würden zu Einbußen führen, da ein wichtiger Werbefaktor unkenntlich gemacht worden sei. Niebuhr: "Ein Verbrechen gegen die Kinder, denen man mit dem Sommerfest helfen will."

Kritik, wem Kritik gebührt

Die 'Aktion Sorgenkind' wird mehr und mehr zum Restmittellieferanten eines niedergehenden Sozialstaats: Während die Leistungen und Zuschüsse im Sozialbereich abnehmen, nimmt die Bedeutung der 'Aktion' für die Finanzierung der Defizite im Sozialbereich zu. Eine verbandlich organisierte Umverteilung geht vonstatten, die aus Behinderten erneut AlmosenempfängerInnen der gutherzigen Gesellschaft macht, welche auf die Spende jedes und jeder Einzelnen angewiesen sind. Dieses Bild hat sich festgesetzt. Es läßt keinen Platz für Selbstorganisation, für die von Behinderten selbst organisierten Zentren und Projekte. Stattdessen ist Abhängigkeit, Betreuung und Verwahrung das Thema und erfüllt genau die Erwartungen des Millionenunterstützerlnnenkreises: Behinderte Menschen passen besser in die Anstalt als auf die Straße. (Dafür darf es in der Anstalt auch ein bißchen

nett aussehen - Dank 'Aktion Sorgenkind'.) Das Konzept der 'Aktion' entbindet den Staat nicht vollständig aus seiner Verantwortung für den Behindertenbereich, jedoch gilt die 'Aktion' als *der* Finanztopf für bundesdeutsche Aussonderungseinrichtungen (ca. 75% des Gesamtvolumens fließen in diesen Bereich). Auch wenn bei der Lotterie die Gewinnchancen für die MitspielerInnen im Vordergrund stehen, so ist es doch der Bereich der Spendensammelveranstaltungen, der das Bild des entmündigten Behinderten weiterhin festschreibt. Behinderte sind vorgeblicher Zweck und dekorative Staffage für die inszenierte Show der 'Aktion'. Wer die Hoffnung hegt, das Unternehmen sei reformierbar, sollte einen Blick in die Zeitschrift 'Soziale Arbeit' Nr. 10-11/1989 werfen. Auf den Seiten 407 bis 413 entwerfen der Geschäftsführer Dieter Gutschik und sein Stellvertreter Udo Hartig zum 25-jährigen Bestehen eine Vision von Förderschwerpunkten für die neunziger Jahre, die einen an der Forderung nach restloser Abwicklung der 'Aktion' zweifeln lassen könnten. Progressiv werden hier neue Förderansätze im Bereich der ambulanten, wohnortnahen Versorgung beschrieben; von der Unterstützung unabhängiger Beratungsstellen ist die Rede, von der Förderung alternativer Arbeitsprojekte, usw. Von der Umsetzung allerdings ist fünf Jahre später (!), zum dreißigjährigen, kaum etwas zu erkennen.

Zum Umgang mit dem Unaussprechlichen

Die Frage nach dem Umgang mit der 'Aktion Sorgenkind' von seiten der Szene stellt sich schon lange und immer wieder neu, blieb aber bislang unbeantwortet. Zwischen dem Wunsch eines plötzlichen und tiefgreifenden Finanzeinbruchs und somit sofortigen Endes dieses Spendenspektakels, und der Hoffnung, die Finanzmassen künftig an Kriterien der Nichtaussonderung zu binden, schwanken die Haltungen. Die Proteste zu den Geburtstagsfeierlichkeiten blieben dezent, wenn sie überhaupt zu vernehmen waren. Die 'Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben Deutschland' wartete mit einer Presseerklärung auf, in der sie u.a. "eine radikale Reform" der 'Aktion Sorgenkind' forderte, die auch dazu führen solle, daß die Leitungsgremien der 'Aktion' künftig mit Behinderten besetzt würden. Zusätzlich sollten die Förderschwerpunkte die Selbsthilfeinitiativen des Behindertenbereichs künftig erheblich stärker berücksichtigen. Verkannt wird hierbei nicht nur die derzeitige Struktur der 'Aktion', die eine solche Reform wohl kaum zuläßt (s.o.). Verkannt wird auch, daß die 'Aktion' ohne das von ihr vermittelte Behinderten-Bild nicht existieren kann: Der Ruin wäre ihr sicher. Aus einer 'Aktion Sorgenkind' wird nie eine Aktion zum selbstbestimmten Leben behinderter Meschen.
Unser Verhältnis zur 'Aktion' ist ein ambivalentes: Die Gelder, die die 'Aktion' zusammenschnorrt, hätten wir schon gerne. Den Preis der Selbstverleugnung und Degradierung wollen wir jedoch nicht bezahlen. Beides klebt zusammen wie Pech und Schwefel, das eine ohne das andere wird es nicht geben.
In diesem Sinne wünsche ich der 'Aktion Sorgenkind' alles Schlechte für die Zukunft. Nach dreißig Jahren ist die 'Aktion Sorgenkind' nach wie vor ein Garant für die Ausgrenzung und Aussonderung behinderter Menschen, aber damit auch letztlich nur ein Zeugnis für den Stand der Behindertenarbeit und -politik in diesem Land. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

JÖRG FRETTER, KASSEL

Der Kommentar der Vorzeigefiguren des ZDF zur 'Aktion Sorgenkind' ist völlig unzweideutig und leicht zu verstehen:



DOKUMENTATION
Junge Welt, 24. 10.94

XY-Sorgenkind

Jeder heute unter 30jährige Behinderte ist mit einer Institution aufgewachsen, die ihn über seine Stellung in diesem Land folgendermaßen aufklärt: Du bist ein armer Tropf, der allen auf der Tasche liegt; weil du nun aber mal da bist, füttern wir dich eben durch, denn wir sind gute Menschen und helfen gern. Aber hätten deine Eltern nicht aufpassen können?

"Aktion Sorgenkind", diese Institution, die gestern ihren 30. Geburtstag feierte, gehört nicht weniger zum *Justemilleu* deutscher Fernsehkultur als Zimmermanns "Aktenzeichen XY" oder einst Löwenthals "ZDF-Magazin". Ob der Appell an die deutsche Denunziationslust, die Warnung vor der allgegenwärtigen kommunistischen Bedrohung oder die Vorführung von Behinderten als hilf- und willenloses Objekt wohlstandsbürgerlicher Mildtätigkeit: All dies bedient das Bedürfnis des Kleinbürgers im Fernsehsessel nach wohldosiertem Gruseln angesichts der Schlechtigkeit und des Leidens "draußen in der Welt", um sich danach der eigenen Normalität umso sicherer sein zu dürfen.

Wenn eine derartige Sendung drei Jahrzehnte überdauert hat, darf man davon ausgehen, daß sie ihre Sache gut gemacht hat. In der Tat hat sie das Bild von Behinderten stärker geprägt als alle anderen Beiträge zum Thema zusammen. Es ist das Zerrbild der leidvollen Kreatur, die ihr bißchen Lebensfreude allein der Barmherzigkeit ihrer Mitmenschen verdankt. Menschenwürde als milde Gabe, die jederzeit widerrufbar ist und selbstverständlich zu Dankbarkeit verpflichtet. Dabei schwingt in jeder Sendung, in jedem "Dankeschön!"-Spot, der Behinderte zeigt, die Frage mit: "Muß es so etwas heute wirklich noch geben?"

Wenig bekannt ist, daß die Verantwortlichen der "Aktion Sorgenkind" zur Beantwortung dieser Frage ihren Teil beigetragen haben. Denn nicht nur jede Form institutioneller Aussonderung wurde durch sie finanziert. In der Frühphase floß ein nicht geringer Teil der Einnahmen aus Spenden und Lotterie in den Aufbau humangentischer Beratungsstellen, die die Verhinderung von Behinderten zum Programm erhoben haben. Wenn das Lebensrecht behinderter Menschen zunehmend dem Diktat des Rechenschiebers unterworfen wird, darf sich die "Deutsche Behindertenhilfe" rühmen, hierbei Pionierarbeit geleistet zu haben.

Die Folgen eines derartigen Umgangs mit Behinderung sind heute, da der Geldbeutel nicht mehr so locker sitzt wie vor 30 Jahren, zu besichtigen. Die ausufernde "Euthanasie"-Debatte, die Etablierung eugenischen Denkens, die tätlichen Angriffe gegen Menschen, die es nach herrschendem Verständnis besser nicht geben sollte. Daß es für Behinderte ziemlich ungemütlich geworden ist in diesem Land, hat nicht wenig mit einer Einrichtung zu tun, die es doch nur gut meint.

THOMAS SCHMIDT, REDAKTEUR DER "RANDSCHAU"

Warum will Klaus Kreuzeder sein Saxophon verkaufen?

Joseph Müller aus München ist Idealist. Joseph Müller hat Geld. Joseph Müller sitzt seit 20 Jahren im Rollstuhl.

Joseph Müller hat daraus Konsequenzen gezogen. Was liegt für einen wohlhabenden, behinderten Idealisten näher, als der allgemeinen Tristesse des Behindertenlebens im allgemeinen und der Behindertenzeitschriften im besonderen ein Zeichen der Hoffnung und der Lebensfreude entgegenzusetzen? Ein unübersehbares Zeichen, daß auch Behinderte endlich an der Lifestyle-Kultur der permanenten und grundlosen guten Laune teilhaben wollen?
HandiCAP, die Zeitschrift, auf die wir immer gewartet haben, ist endlich da. Auf 70 Hochglanzseiten tauchen wir ein in eine bunte Welt der Schönheit, der Freude am Dasein und am Konsum, von der wir bis dahin dachten, sie sei uns für ewig verschlossen. Sein großes Vorbild, verrät Herr Müller am Telefon, ist "Focus": Das Magazin, das uns jeden Montag erklärt, daß wir in der besten aller Welten, vor allem aber in der besten denkbaren Gesellschaftsordnung leben.
Aber warum nur beschleicht mich immer, wenn ich HandiCAP, das "Magazin für Lebensfreude" aufschlage, das Gefühl, ich sei in den Otto-Katalog hineingeraten? Vielleicht deshalb, weil Herr Müller seinen ganzen Idealismus darauf verwendet hat, ein farbenfrohes und konsumanregendes Umfeld für jene Dinge zu schaffen, die ein Behinderter unbedingt besitzen muß, um ein Mensch zu sein. Die altmodische und konsumfeindliche Trennung von redaktionellem Teil und Werbung hat *HandiCAP* überwunden, und von vorne bis hinten strahlt es mich an: Kauf mich! Das Magazin ist in der Tat ein Stück praktische Lebenshilfe: Die behinderten LeserInnen werden mit ihrem Schicksal nicht allein gelassen; schließlich gibt es so ziemlich für jede Lebenslage ein geeignetes Hilfsmittel - ein Blick auf die Anzeige neben jedem Artikel genügt. Und so findet auch die herzergreifende Geschichte einer querschnittgelähmten jungen Mutter, bei der ich die Tränen der Rührung kaum zurückhalten konnte, ihr Happy-End: Christiane E. kann wieder laufen, dank "Parawalker", einer Neuentwicklung der Prothesenindustrie. Nebenstehend wird geworben. Für was? Richtig geraten.



Ein derart reibungsloses Zusammenwirken von Redaktion und Anzeigenabteilung macht süchtig nach mehr. Entzugserscheinungen bleiben nicht aus, wenn ich bei einem Interview mit Klaus Kreuzeder doch tatsächlich keine einzige Anzeige finde. Ich suche verzweifelt, was ich denn nun kaufen soll. Will mir der Musiker allen Ernstes sein Saxophon verscherbeln, oder gar seinen Rolli, bei dem (versehentlich?) nicht mal die Marke erkennbar ist? Ich fühle mich irgendwie leer, weiß nicht wohin mit meinem Konsumdrang. Endlich resigniere ich und beschließe, diesen Fauxpas großzügig als Kinderkrankheit zu entschuldigen. Es ist schließlich die erste Nummer, und es ist fast der einzige Fehler dieser Art.
Übrigens: *HandiCAP* kostet vier Mark. Wer immer noch meint, die randschau sei zu teuer, kann sich das "Magazin" am Kiosk kaufen. Danach sprechen wir uns wieder.

TH.SCH.

P.S.: Redaktionskollege F. macht mich darauf aufmerksam, daß ich *HandiCAP* unrecht getan habe. Natürlich darf ich etwas kaufen. Ich habe einfach die bunte Anzeige für die neue Kreuzeder-CD übersehen.

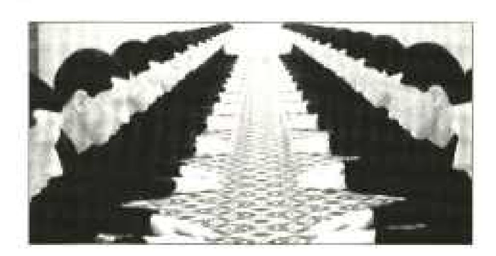
Kommentar zum "Fall Charlotte Höhn"

Charlotte Höhn ist Direktorin des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, sie war Mitglied der deutschen und der Delegation der Europäischen Union auf der UN-Bevölkerungskonferenz in Kairo und sie ist deutsche Professorin.
Vermutlich in dieser letzteren Funktion beklagt sie sich über "Denkverbote".
In einem von der *taz* - ausgerechnet der *taz*, die sich in der Vergangenheit zu keinem noch so schändlichen "Tabubruch" zu schade war - publikgemachten Gespräch mit der Historikerin Susanne Heim bedauert sie, daß es verboten ist zu sagen, "daß die durchschnittliche Intelligenz der Afrikaner niedriger ist als die anderer", obwohl "es leider statistisch nachweisbar" sei.
Das überrascht. Denn verboten ist es ja nicht. An Tausenden deutscher Stammtische, in vielen Fraktionen deutscher Kommunalparlamente oder in Betriebskantinen wird genau dieses gedacht und spätesten nach dem dritten Bier herausgegrölt. Und das 1973 von der damaligen SPD/FDP-Bundesregierung geschaffene Institut, dem Frau Höhn vorsitzt und dessen Statistiken, auf die sie sich beruft, sind ja inzwischen Bestandteil der offiziellen Asyl- oder Entwicklungshilfepolitik.

Mit dem zweiten Stoßseufzer der Charlotte Höhn, mit dem sie jetzt in die Schlagzeilen geraten ist: "Ist das erstrebenswert, daß sich Menschen, die krank sind, vermehren? Ist das vielleicht gut?" verhält es sich nicht anders.
Die Haltung, die darin sichtbar wird, ist Grundlage der Rechtsprechung von Bundesgerichtshof und Bundesverfassungsgericht (z.B. 218 mit seinen besonderen Regelungen der eugenischen Indikation). Sie findet Niederschlag in der Gesetzgebung (z.B. Legalisierung der Zwangssterilisation "einsichtsunfähiger", behinderter Menschen im neuen Betreuungsgesetz. Sie ist die ganz normale Haltung der deutschen Ärzteschaft. Jede behinderte Frau, die es wagt, schwanger zu werden, kann ein Klagelied darüber anstimmen. Und sie ist nicht zuletzt Grundlage der entsetzlichen Freiwilligkeit, mit der gerade aufgeklärte Teile von Grünen und Ökologiebewegung jede Gesundheitskampagne von Staat uder Krankenkassen bedenkenlos mitmachen, mit der Gesundheit und Fitneß zum Fetisch und zum gesellschaftlichen Zwang gemacht und Krankheit und Behinderung zum Feindbild erklärt werden.

Von einem entsprechenden Denkverbot kann also überhaupt nicht die Rede sein.

Was Charlotte Höhn bedauert, ist etwas ganz anderes.
Es ist der neidische Blick auf ihre wissenschaftlichen KollegInnen aus den Nachbarschaftsdisziplinen der "Bevölkerungswissenschaft", der Humangenetik und "Bioethik". Denn die dürfen, was sie noch nicht darf: Diese Wissenschaftler dürfen inzwischen ganz offen fordern, daß das "Tötungstabu der christlich-jüdischen Religion" aufgehoben werden muß. Sie dürfen öffentlich diskutieren, daß es moralisch gerechtfertigt und sozial notwendig ist, bestimmte behinderte oder schwerkranke Menschen zu töten. Und sie werden dabei gerade von liberalen Medien, wie *taz* oder *Zeit* unterstützt.



Charlotte Höhn hat bisher nur ihre Statistiken, die ihr "leider beweisen", daß die Afrikaner an ihrem Elend selbst schuld sind, daß jede Mark Entwicklungshilfe rausgeschmissenes Geld ist und daß die dortige Bevölkerung für unsere Zukunft ohnehin überflüssig ist. Aber über die praktischen Schlußfolgerungen darf sie nur klammheimlich reden.
Dabei sind diese die gleichen, wie der der "Bioethiker" und Humangenetiker und die gleichen, wie sie schon einmal Mediziner und Sozialwissenschaftler propagiert haben. Beispielhaft etwa der konservative Psychiater Hermann Simon 1931: "Der Staat will alles erhalten, kann aber die Bedingungen gar nicht schaffen, um alles zu erhalten. ... Es wird wieder gestorben werden müssen. Es fragt sich nur, welche Millionen sterben müssen. Der Tod kann auch Erlösung sein. Humanität kann auch Dummheit bedeuten".
Zwei Jahre später schritten andere zur Tat.

GERLEF GLEISS, HAMBURG

LESERIN-BRIEF

Liebe Redaktionsmitglieder!

Ich lese seit 2 Jahren 'die randschau' und zwar von vorne bis hinten, und ich finde es toll, daß ihr euch so stark für die Behinderten einsetzt.

Womit ich nicht klar komme, ist eure strikte Ablehnung der pränatalen Diagnostik. Noch Tage nach dem Lesen eurer Zeitschrift kreisen meine Gedanken um dieses Thema, und deshalb habe ich mich heute hingesetzt, um diese Gedanken einmal aufzuschreiben.

Ich habe selbst ein behindertes Kind, und ich hatte anfangs große Probleme, mit dieser neuen Lebenssituation klar zu kommen. Für mich stand immer fest, beim nächsten Kind läßt du eine pränatale Diagnostik vornehmen. Inzwischen bin ich soweit, auch "dank" eurer Zeitschrift, daß ich kein Kind mehr möchte. Ihr habt in mir einiges in Gang gesetzt, u.a. ist in mir das schlechte Gewissen aufgewacht, und ich wüßte nicht, wie ich mich im Fall, daß das Kind behindert ist, entscheiden würde. Dabei weiß ich, daß ich einfach nicht nochmal die Kraft hätte, all die Ängste und Sorgen durchzustehen, die mit einem behinderten Kind verbunden sind. Deshalb kann ich auch die Eltern gut verstehen, die eine pränatale Diagnostik vornehmen lassen.

Ihr wünscht euch für die Behinderten ein so normal wie mögliches Leben. Das wünsche ich mir auch. Aber was ist mit den Eltern? Wie normal ist ihr Leben noch mit einem behinderten Kind? Von heut auf morgen ist da ein kleiner Mensch, der rund um die Uhr Pflege braucht und nicht nur im 1. Lebensjahr, sondern oftmals bis ans Lebensende. Da bleiben eigene Bedürfnisse total auf der Strecke.

Ich möchte keinem Behinderten oder anderen Minderheiten das Lebensrecht absprechen, niemals! Aber ich möchte für mehr Toleranz plädieren. Pränatale Diagnostik für diejenigen, die es wünschen, für diejenigen, die meinen, den Belastungen, die ein behindertes Kind mit sich bringt, nicht gewachsen zu sein, für die, die nicht die Kraft haben, ein zweites oder drittes Kind sterben zu sehen.

Ich weiß von Kindern, die aufgrund ihrer Behinderung von ihren Eltern nach der Geburt "abgegeben" wurden, weil diese der Situation einfach nicht gewachsen waren. Nur wenige dieser Kinder haben das Glück, in eine Pflegefamilie aufgenommen zu werden. Viele verbringen ihr Leben in Krankenhäusern, der Willkür von Ärzten und medizinischem Personal ausgesetzt oder werden in Pflegeheimenen "versteckt". Eltern behinderter Kinder müssen erfahren, daß sich Freunde von ihnen abwenden, damit deren Kinder "so etwas" nicht sehen müssen. Sicher waren das dann die falschen Freunde, aber es tut weh. Das Nichterfüllen gesellschaftlicher und ästhetischer Maßstäbe führt oft zwangsläufig zur Isolation. Unsere Gesellschaft ist nicht gerade behindertenfreundlich. Jeder, der behindert ist oder ein behindertes Kind hat, weiß, wie schwer es oftmals ist, sich stark zu machen, gegenüber Ämtern, Behörden und Mitmenschen. Ist es da verwunderlich, daß man/frau sich gesunde Kinder wünscht.

Ich weiß, niemand hat die Garantie auf ein gesundes Leben. Selbst wenn ein Kind gesund geboren wird, kann es später durch Krankheit oder Unfall behindert werden.

Ich denke, man sollte nicht gegen Humangenetik und pränatale Diagnostik ankämpfen, sondern in erster Linie gegen die Gesellschaft, die nichts oder nur sehr wenig für die Betroffenen tut. Sie sind nun mal auf Hilfe von außen angewiesen, der eine mehr der andere weniger.

Ich wünsche mir für alle diskriminierten Menschen, daß sie in die Gesllschaft voll integriert werden und daß sie die Unterstützung bekommen, die sie brauchen. Dabei möchte ich noch einmal betonen, daß pränatale Diagnostik für mich keine Diskriminierung behinderter Menschen darstellt. Es werden auch gesunde Kinder abgetrieben, weil die Eltern nicht in der Lage sind, ein Kind zu versorgen.
Ich möchte mit diesen Worten niemandem weh tun. Aber es sind meine Gedanken zu diesem Thema, und ich weiß aus persönlichen Gesprächen, daß viele andere auch so denken.

Wo bleibt eure Toleranz gegenüber Andersdenkenden?

JANA SCHOLICH, DRESDEN

dates

bifos-Seminare
Das ausführliche Programm für 1995 kann bei bifos angefordert werden!

3.-5. März 19954 in Kassel: **Organisations- und MitarbeiterInnen-Management. Weiterbildung für behinderte Menschen mit Leitungsfunktionen.**

13.-15. März in Potsdam: **Wie leite ich eine Gruppe/Moderation. Für behinderte Menschen, die in Initiativen, Projekten und Vereinen arbeiten.**

1. April in Kassel: **Argumentation, Agitation und Aktion. Vorbereitung des europäischen Protesttages behinderter Menschen.**

21.-23 April in Wiesbaden: **Nachwuchs der Behindertenbewegung - Wo bleibt er?**
Infos und Anmeldung: bifos - Bildungs- und Forschungsinstitut zum selbstbestimmten Leben Behinderter, Werner-Hilpert-Str. 8, 34117 Kassel, Tel. 0561-71 33 87, FAX 0561-71 31 32

BiBeZ-Seminare:
19.-21.1.95 in Heidelberg: **Weder Herd noch Karriere. Arbeit, Leistung und Selbstverwirklichung von Frauen mit Behinderungen.** Workshop für behinderte Frauen.

Weitere Termine standen bis zur Drucklegung noch nicht fest. Das neue Programm kann bei BiBeZ angefordert werden!
Infos und Anmeldung: Ganzheitliches Bildungs- und Beratungszentrum zur Förderung und Integration behinderter Frauen - BiBeZ e.V., Maaßstr. 37, 69123 Heidelberg, Tel. 06221/830346



13.-14 Januar in Kassel: **Die Pflegeversicherung und ihre Auswirkungen für Ambulante Dienste für behinderte Menschen.** Für MitarbeiterInnen Ambulanter Dienste. Info: Jutta Rütter, Ambulante Dienste Berlin, Tel. 030-693 70 45, Fax: 030/693 02 98 oder Ulrike Lux, Paritätischer Wohlfahrtsverband, Tel. 0561/14 008, Fax: 0561/10 30 27

17.-19. Februar in Melsungen: **Treffen des bundesweiten Forums der Krüppel- und Behinderteninitiativen ("Krüppeltreffen").** Info und Anmeldung: Jörg Fretter, Mombachstr. 17, 34127 Kassel, Tel. 0561/84578, Fax: 0561/89 65 32

1.-3. März 1995 an der Uni Göttingen: **17. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Sprachwissenschaft.** Eine Arbeitsgruppe befaßt sich mit der Deutschen Gebärdensprache.
Info: Jörg Keller, Institut für deutsche Sprache und Literatur II, JW Goethe-Universität, Graefestraße 76, Postfach 11 19 32, 60054 Frankfurt/Main

17.-19. März 1995 in Köln: **Auch im Rollstuhl kann frau sich wehren. Selbstverteidigung für rollstuhlfahrende/gehbehinderte Frauen.** Mit Lydia Zijdel, rollstuhlfahrende Selbstverteidigungslehrerin aus Amsterdam. Kurs-Nr.: 202-95. Info und Anmeldung: Arbeitsgemeinschaft katholischer Studenten- und Hochschulgemeinden (AGG), Rheinweg 34, 53113 Bonn, tel. 0228/23 40 21, Fax: 0228/23 74 76

Termine gesucht!

Die Termin-Redaktion freut sich über Veranstaltungshinweise für die nächsten Nummern. Infos an: die randschau, Ulrike Lux, Wilhelmshöher Allee 24, 34117 Kassel, Tel. 0561/77 69 15, Fax: 0561/89 65 32

Aktionsaufruf

Menschenrechtskonventionen haben konkret noch keinen Menschen vor Disktiminierung, Folter und Verfolgung geschützt, sondern hatten die Funktion von Rechtsangleichung in den Unterzeichnerstaaten. Dies gilt auch für die vom Europarat, dem heute 32 europäische Staaten angehören, verabschiedete europäische Menschenrechtskonvention.

Die Europäische Menschenrechtskonvention soll jetzt erweitert werden. Hinzugefügt werden sollen "ethische Richtlinien", mit denen der staatliche und gesellschaftliche Umgang mit der modernen Medizin und den Biotechnologien - Transplantationsmedizin, Organhandel, Embryonenforschung, Gentherapie, genetisches Screening (zum Beispiel genetischer Fingerabdruck zur Bekämpfung von Aufstand und Kriminalität), Menschenversuche u.a. - europaweit vereinheitlicht werden soll.

Ein Entwurf für diese "Europäische Bioethik-Konvention" wurde von einer vom Europarat beauftragten gruppe, alles Befürworter der neuen Biotechnologien, von jeder Öffentlichkeit unkontrolliert, erarbeitet und sollte im Oktober von der parlamentarischen Versammlung des Europarats verabschiedet werden. Aufgrund öffentlicher Proteste, vor allem in Deutschland, nachdem der Entwurf gegen den Willen seiner Autoren bekannt gemacht wurde, mußte seine Verabschiedung verschoben werden. Sie soll jetzt im kommenden Januar stattfinden.

Die "Biotechnologien" sind ein heftig umkämpfter Markt der kommenden Jahre. Das erklärt das Tempo, mit dem die gesellschaftliche Akzeptanz dieser Technologien mit einer verordneten Ethik vorangetrieben werden soll. Modernisiert durch die "Biotechnologien" werden sozialdarwinistische Vorstellungen, Eugenik, "Euthanasie" und die Selektion zwischen "lebenswerten" und "lebensunwerten" Menschen verschärft auf die Tagesordnung gesetzt. Die Gesellschaft und deren Widersprüche, Krisen und Probleme werden mehr und mehr biologisiert und es werden medizinische Lösungen für soziale Probleme gefordert, angeboten und dann durchgesetzt. Die Bioethik ist ein zentrales Element dabei.

Der Widerstand dagegen steht zur Zeit noch sehr am Anfang: Behindertengruppen, Frauengruppen und kirchliche Kreise. Es ist daher zu befürchten, daß die "Bioethik-Konvention" demnächst nur mit ein paar neuen, etwas beschönigenden Formulierungen verabschiedet wird.

Dieses Schreiben, das wir, das Hamburger Anti-"Euthanasie" und Eugenig-Forum an viele politische Zusammenhänge verschicken, soll dazu beitragen, den Protest und Widerstand zu verbreitern und zu stärken.

Es kann und soll keine umfassende Analyse und Bewertung darstellen, sondern dazu auffordern, aktiv zu werden und die "Bioethik-Konvention" überall zum Thema zu machen, allerdings unter der maßgeblichen Voraussetzung, das es nicht darum geht, die (die Konv.) zu "humanisieren", sondern sie zu verhindern!!

...Erste Aktionsvorschläge sind Postkarten, Fax- und Telefonaktionen gerichtet an die (deutschen) Mitglieder der parlamentarischen Versammlung des Europarates. Weitere Ideen und Vorschläge sind sehr erwünscht.

Nähere Informationen (Adressenliste der Europaabgeordneten?), Vernetzung und Kontakt über:

H. Witkofski
Fettstraße 22
20359 Hamburg
Tel./Fax: 040 / 432 28 86

Postvertriebsstück * Entgelt bezahlt **1P 4356 F**
Hg.: krüppeltopia e.V., Mombachstr. 17, 34127 Kassel

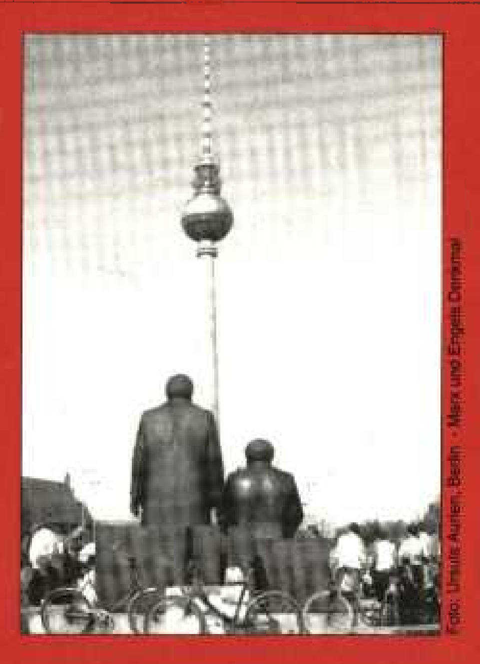


Foto: Ursula Aumen, Berlin - Marx und Engels Denkmal

Zum Schluß:

Jede Revolution beginnt mit einem Auflauf